



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

25. Sitzung

Hannover, den 13. Dezember 2013

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 29:

Mitteilungen des Präsidenten	2227
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	2227

Zur Geschäftsordnung:

Helmut Dammann-Tamke (CDU)	2227
Grant Hendrik Tonne (SPD).....	2228
Jörg Bode (FDP).....	2229
Helge Limburg (GRÜNE).....	2231
Björn Thümler (CDU)	2232

Tagesordnungspunkt 30:

8. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/965	2234
<i>Beschluss</i>	2234

Tagesordnungspunkt 31:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/960	2234
---	------

Frage 1:

Lehrerproteste, Schülerdemonstrationen - laut Ministerin ist das nicht in Ordnung	2235
Björn Försterling (FDP)	2235, 2239, 2244
Frauke Heiligenstadt , Kultusministerin	2235 bis 2244
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	2238
Dr. Gero Hocker (FDP)	2238, 2244
Kai Seefried (CDU)	2239
Christian Grascha (FDP).....	2239
Gabriela König (FDP)	2240
Jörg Bode (FDP).....	2240
Dr. Stefan Birkner (FDP)	2241

Christian Dürr (FDP)	2241
Heinrich Scholing (GRÜNE)	2242
Ina Korter (GRÜNE).....	2243
Almuth von Below-Neufeldt (FDP).....	2243
Doris Schröder-Köpf (SPD).....	2244

Persönliche Bemerkung:

Frank Henning (SPD)	2245
----------------------------------	------

Frage 2:

Verhindert die Landesregierung die Fusion Helmstedt/Wolfsburg?	2245
Bernd-Carsten Hiebing (CDU)	2245, 2249, 2252
Boris Pistorius , Minister für Inneres und Sport	2247 bis 2254
Angelika Jahns (CDU)	2248, 2251
Ansgar-Bernhard Focke (CDU).....	2249
Horst Schiesgeries (CDU)	2249, 2251
Johann-Heinrich Ahlers (CDU)	2250, 2252
Burkhard Jasper (CDU)	2250
Rainer Fredermann (CDU).....	2251, 2253
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	2252
Thomas Adasch (CDU)	2253
Lutz Winkelmann (CDU)	2253
Jörg Hillmer (CDU).....	2254

(Die Antworten zu den Anfragen 3 bis 85, die nicht in der 25. Sitzung des Landtages am 13.12.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/1040 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 32:

Haushaltsberatungen 2014 - Abschluss	2254
---	------

und

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 20142254

und

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014 -)2254

und

Abstimmungen (gebündelt über Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/1044 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/1045 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/1046)2254

und

Schlusserklärungen2267
Björn Thümler (CDU)2267
Johanne Modder (SPD)2269
Christian Dürr (FDP)2271
Anja Piel (GRÜNE)2273

und

Schlussabstimmung2275
Beschluss2275

und

Abstimmungen über die 9. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/966 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/10132276
Beschluss2276

und

Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/2742276
Beschluss2276

und

"So nicht, Rot-Grün!" - Arbeit und Engagement der niedersächsischen Lehrkräfte schützen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/4502276
Beschluss2276

Zur Geschäftsordnung:

Jens Nacke (CDU)2258

Tagesordnungspunkt 33:

Abschließende Beratung:

Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Niedersachsen vereinbaren - Generalplan "Heidewasser" umsetzen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/163 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/10022277
André Bock (CDU)2277, 2284
Sigrid Rakow (SPD)2279, 2281
Heiner Schönecke (CDU)2281, 2286
Dr. Gero Hocker (FDP)2282
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)2283, 2284
Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz2285
Beschluss2286
 (Erste Beratung: 7. Sitzung am 29.05.2013)

Tagesordnungspunkt 34:

Abschließende Beratung:

Damit Niedersachsen am Zug bleibt - Zukunft der Regionalisierungsmittel sichern! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/173 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 17/9642286
Gerd Ludwig Will (SPD)2287
Gabriela König (FDP)2287
Susanne Menge (GRÜNE)2288
Karsten Heineking (CDU)2289
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr2290
Beschluss2291
 (Erste Beratung: 8. Sitzung am 30.05.2013)

Tagesordnungspunkt 35:

Abschließende Beratung:

NPD effektiver bekämpfen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/176 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/9622291
Dr. Stefan Birkner (FDP)2291
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)2292
Michael Höntsch (SPD)2293
Rainer Fredemann (CDU)2295
Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport ..2297
Beschluss2299
 (Direkt überwiesen am 22.05.2013)

Persönliche Bemerkung:

Bernd Busemann (CDU)2299

Nächste Sitzung2300

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident

Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport

Boris Pistorius (SPD)

Staatssekretär Stephan Manke,
Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister

Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit
und Integration

Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,
Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit
und Integration

Kultusministerin

Frauke Heiligenstadt (SPD)

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Olaf Lies (SPD)

Staatssekretärin Daniela Behrens,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Christian Meyer (GRÜNE)

Staatssekretär Horst Schörshusen,
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin

Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft und Kultur

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Stefan Wenzel (GRÜNE)

Staatssekretärin Almut Kottwitz,
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich begrüße Sie zur 25. Sitzung im 10. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 29:

Mitteilungen des Präsidenten

Gleich zu Beginn kann ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen. Das ist eindeutig.

Ich darf zunächst den Geschäftsführer Herrn Brinkmann bitten, die Entschuldigungen vorzutragen.

Schriftführer Markus Brinkmann:

Meine Damen und Herren! Ich bin immer noch Schriftführer

(Zurufe - Heiterkeit und Beifall)

und darf Ihnen die Entschuldigungen für die heutige 25. Sitzung vortragen. Für den heutigen Tag hat sich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Julia Hamburg entschuldigt. Weitere Entschuldigungen liegen uns nicht vor.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Brinkmann. Sehen Sie, so ist das, wenn man sich in anderer Funktion beruflich schon lange kennt. Ich bitte um Entschuldigung. Natürlich haben Sie eben in der Funktion des Schriftführers gehandelt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich darf Ihnen bekannt geben, dass die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 12. Dezember beantragt hat, die Tagesordnung um das Thema „Untersuchung über den unklaren Verbleib und möglichen Verlust von Proben, die im Zusammenhang mit dem sogenannten Gammelfleischskandal innerhalb eines Fleischverarbeitungsbetriebs in Bad Bentheim im Juni genommen wurden“ zu erweitern. Gemeint ist sicherlich eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den im Schreiben der CDU-Fraktion benannten Sachverhalt.

Gemäß § 66 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag auf Antrag einer Fraktion beschließen, dass Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, beraten werden, es sei denn, dass eine Fraktion oder zehn Mitglieder des Landtages

widersprechen. Ich frage daher zunächst das Parlament, ob es Widerspruch gegen die Erweiterung der Tagesordnung um den genannten Antrag gibt.

(Zurufe von der SPD: Ja! - Jens Nacke [CDU]: Moment, Herr Präsident! Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung!)

- Es gibt eine Wortmeldung **zur Geschäftsordnung**. - Ich habe mich wegen der Situation an den Redetext der Landtagsverwaltung gehalten; die hat das genau so formuliert. Es gibt aber zunächst einmal Widerspruch, wie ich feststelle. Wir müssen nachher noch quantifizieren, ob er ausreichend ist. Ich sehe aber eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Der Kollege Dammann-Tamke hat das Wort.

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur gestrigen Sitzung hatte die CDU-Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt „Dringliche Anfragen“ in der Drucksache 17/1006 eine Dringliche Anfrage mit der Überschrift „Ist der Verbraucherschutz bei dieser Landesregierung in guten Händen?“ formuliert.

Uns ist mit Datum vom gestrigen Tag ein Schreiben des Landrates des Landkreises Grafschaft Bentheim zugegangen, in dem uns schriftlich dargelegt wurde, dass bei einer Kontrolle in einem Fleisch verarbeitenden Betrieb in der Grafschaft Bentheim am 25. Juni dieses Jahres Proben gezogen wurden, die u. a. dazu dienen sollten, die Tauglichkeit im Hinblick auf Kriterien für die Verarbeitung von Separatorenfleisch zu analysieren. Sie sollten insbesondere aber auch mikrobiologisch untersucht werden - wie auch in der Pressemitteilung des ML vom 7. November dargelegt -, um festzustellen, ob der Vorwurf begründet ist, dass dort Gammelfleisch verarbeitet wurde.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?
- Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Begründung des Antrags!)

Über die Ergebnisse und den Verbleib dieser Proben - so wurde uns gestern berichtet - ist der Landesregierung bislang nichts bekannt. Wir sind der Auffassung, dass diese Landesregierung im Rahmen eines umfassenden Verbraucherschutzes unverzüglich darüber unterrichten muss, warum Proben zur mikrobiologischen Untersuchung, die den Verdacht der Verarbeitung von Gammelfleisch

ausräumen, nach fast einem halben Jahr nicht auffindbar sind bzw. warum keine Ergebnisse vorliegen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Der von Herrn Dammann-Tamke im Rahmen eines Geschäftsordnungsbeitrags vorgetragene Sachverhalt ist ja Bestandteil des von mir zitierten Schreibens der CDU-Fraktion vom 12. Dezember. Dieses Schreiben liegt vor; deshalb habe ich es eingangs auch gleich so vorgetragen mit Hinweis auf die notwendigen Konsequenzen, die die Geschäftsordnung für einen solchen Antrag beinhaltet.

Ich eröffne jetzt die Geschäftsordnungsdebatte. Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Kollege Tonne.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war am gestrigen Tage schon fast ein bisschen enttäuscht, dass wir keine Geschäftsordnungsdebatte hatten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man fragt sich ja jeden Tag aufs Neue, mit welchen abwegigen Themen die Oppositionsfraktionen zu übertünchen versuchen, dass sie keine eigenen Inhalte zu bieten haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich rückblickend die gestrige Diskussion über die Dringliche Anfrage anschaut, dann wird man feststellen müssen: Sie haben eine Anfrage zum Verbraucherschutz gestellt und haben dann die Anfrage mit missbräuchlichen Nachfragen erst einmal unzulässig ausgeweitet. Das wurde leider zugelassen. Es ist halt nicht jeder Sitzungsleiter so souverän wie Vizepräsident Bachmann.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Zurufe von der CDU: Unglaublich! - Ulf Thiele [CDU]: Sie unverschämter Lümmel! - Kai Seefried [CDU]: Wie schlecht muss es Ihnen gehen? - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Was unterstellen Sie

den anderen Kollegen? Was sagt denn die Kollegin Andretta dazu? Unglaublich! - Jens Nacke [CDU]: Unverschämtheit! - Weitere Zurufe und Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, Sie haben die Antworten gestern erhalten, und der Landwirtschaftsminister hat geantwortet.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Antworten auf die Fragen, die nicht beantwortet werden konnten, werden nachgeliefert, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das heißt im Umkehrschluss: Ihnen geht es an dieser Stelle kein Stück um die Inhalte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, wir lassen Herrn Tonne zunächst einmal seinen Geschäftsordnungsbeitrag beenden, und dann geht es weiter.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Minister Meyer hätte hier jede Antwort geben können.

(Dirk Toepffer [CDU]: Sehr souverän!)

Es hätte Ihnen trotzdem nicht gereicht, weil Ihr einziges Ziel ist, diesen Minister zu diffamieren. Das werden wir nicht zulassen, meine Damen und Herren. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das macht er selbst!)

Deshalb werden wir Ihren Antrag, die Tagesordnung für die heutige Sitzung zu verändern, auch nicht zulassen. Sie können gern eine weitere Unterrichtung im Ausschuss beantragen. Das ist völlig ausreichend.

(Jens Nacke [CDU]: Missachtung des Parlaments! Herr Ministerpräsident, schreiten Sie ein! Das ist eine Miss-

achtung des Parlaments! - Weiter Zurufe)

- Das ist keine Missachtung des Parlaments, Herr Nacke! Beim besten Willen nicht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, wenn das jetzt nicht zur Ruhe kommt - - - Lassen Sie Herrn Tonne bitte ausreden! Ich werde auf seine Formulierung noch zurückkommen. Das machen wir nach dem Beitrag zur Geschäftsordnung. Jetzt bitte ich Sie aber um Ruhe. Sonst wird das eintreten, was Herr Präsident Busemann hier einmal angekündigt hat: eine Sitzungsunterbrechung durch Aufstehen.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Deswegen sage ich Ihnen - auch als Ausblick für heute Mittag -: Sie können hier versuchen, was Sie wollen, Sie werden erleben, die rot-grüne Mehrheit hier in diesem Parlament steht, ganz gleich, was Sie versuchen!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Geben Sie doch dem eigenen Minister die Chance, das klarzustellen!)

Ich sage Ihnen auch: Sie sind sehr gerne eingeladen zur Mitarbeit an Inhalten. Solange Sie das nicht machen, werden wir die Kraft, die Entschlossenheit und auch das Durchsetzungsvermögen haben, die Anträge allein durchzusetzen.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, zunächst erteile ich dem Kollege Tonne einen Ordnungsruf wegen der Zeugniserteilung für das Präsidium. Das geschieht auch im Einvernehmen mit der Schriftführerin und dem Schriftführer. Ich habe geklärt, welche Formulierung gebraucht wurde. Das geht nicht. - Punkt eins.

Als Punkt zwei stelle ich, was die Sache des Geschäftsordnungsbeitrags angeht, fest, dass die Fraktion der SPD dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung widersprochen hat.

Die nächste Wortmeldung zur Geschäftsordnung hat der Kollege Bode für die FDP-Fraktion abgegeben.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tonne, das, was Sie hier gerade geleistet haben, war dem Ernst der Lage und der Sache, um die es geht, absolut nicht angemessen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die FDP-Fraktion schließt sich nicht nur dem Antrag der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung an, sondern wir erweitern den Antrag noch daraufhin, dass im Anschluss daran wieder die Fragestunde mit unbegrenztem Fragerecht aufgerufen wird.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn, Herr Tonne, es gibt seit gestern zwei ungeheuerliche Punkte, die im Raum stehen und geklärt werden müssen.

Auf der einen Seite steht im Raum, dass es seit Juni dieses Jahres im Landkreis Graftschafft Bentheim bei einem Fleisch verarbeitenden Betrieb eine Probennahme gab. Die Untersuchung der Proben hätte dazu führen können, gegen den Betrieb strafrechtlich vorzugehen und das Inverkehrbringen von Fleisch zum Schutze der Verbraucher zu verhindern. Dies konnte nicht passieren, weil Herr Minister Meyer die Proben verbaselt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit gestern Nachmittag - das ist auch der Landesregierung bekannt - steht im Raum, dass im Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums durch eklatante Bearbeitungsfehler Verbraucher gefährdet und das Strafrecht nicht durchgesetzt werden konnte.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Tonne, das ist etwas, was wir hier und heute aufklären müssen und nicht irgendwann in einem Ausschuss, weil es ein so eklatanter Punkt ist, der im Raum steht. Das gilt auch dafür, wie Herr Minister Meyer und die Frau Justizministerin gestern auf die Dringliche Anfrage hier in einer nicht zu überbietenden Klarheit geantwortet haben: Es gab keine Bearbeitungsfehler im Ablauf der Behörden. Es gibt die Proben noch. Alle Proben sind vorhanden. - Diese Aussagen sind seit dem Brief aus dem Landkreis Graftschaft Bentheim schlicht unwahr, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bode, mit Verlaub: Ich muss Sie unterbrechen. Sie haben den Geschäftsordnungsantrag ausreichend und umfassend begründet und laufen jetzt Gefahr, bereits zur Sache zu sprechen. Deswegen bitte ich Sie, zum Geschäftsordnungsantrag zu sprechen.

Jörg Bode (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich komme dann zum zweiten Teil, warum ein Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung zwingend erforderlich ist. Er ist zwingend erforderlich, weil es nämlich noch einen zweiten Punkt gibt, den auch nur dieses Parlament klären kann, nämlich ob das Parlament wirklich zu jedem Zeitpunkt und immer von diesem Landwirtschaftsminister wahr und vollständig informiert wird. Das ist ebenfalls ein Vorwurf, der im Raum steht.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage es hier ganz deutlich: Ob es die Klimaanlage, ob es der der A8, ob es die Bezügefrage ist,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

jedes Mal wurde entweder der Presse oder dem Parlament immer so eine kleine Geschichte erzählt, die beim Nachschauen schlicht und ergreifend nicht wahr gewesen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deshalb halten wir es für zwingend erforderlich, dass dieser Landtag hier und heute gemeinsam

mit der Landesregierung klärt, ob wir dort einen Verbraucherschutzminister oder einen Unwahrheitenverbreitungsminister sitzen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Präsident, damit komme ich zum Schluss der Begründung des Geschäftsordnungsantrags.

Wir haben das eindeutige Gefühl, dass aus dem ehemaligen - - -

(Zuruf von der SPD: „Eindeutiges Gefühl“? - Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Wenn Sie sich darüber so freuen!

Ich kann Ihnen sagen: Ich gehe davon aus, dass am Ende der Debatte, wenn wir sie denn führen würden, auch Sie zustimmen würden, dass aus dem ehemaligen Ziegen-Meyer der Pinocchio-Meyer geworden ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP] zeigt ein Plakat)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bode, Sie nehmen das Plakat weg! Für das Vorhalten dieses verunglimpfenden Plakates bekommen Sie einen Ordnungsruf.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe)

- Ich appelliere an Sie alle, durch Ihr Verhalten das Präsidium in dieser sicherlich parlamentarisch nicht einfachen Situation zu unterstützen. Bleiben Sie bitte ruhig! Überziehen Sie die Inhalte von Geschäftsordnungsbeiträgen nicht! - Herr Kollege Bode, der Ordnungsruf eben - Sie sehen es selber ein - war ja wohl mehr als angebracht.

Meine Damen und Herren, es gibt eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Das Wort hat der Kollege Limburg für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kollege Limburg, ich gebe dem Parlament jetzt noch zehn Sekunden, bis es ruhig ist. Ansonsten unterbrechen wir die Sitzung.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Wenn Sie das möchten, machen wir das.
Herr Kollege Limburg, Sie haben das Wort.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Zunächst einmal stelle ich fest, dass wir uns in einem Untersuchungsausschuss mit der Funktionsweise von Heizungen und Kopiergeräten beschäftigen und hier jetzt mit dem genauen Standort eines Kühlschranks im LAVES.

Meine Damen und Herren, wenn das Land Niedersachsen wirklich nur diese Probleme hätte, dann wäre ich froh und glücklich. Leider aber ist es nicht so. Wir sollten uns mit wichtigen Sachfragen beschäftigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Da sich der Geschäftsordnungsantrag des Kollegen Dammann-Tamke vorgeblich um das Thema „Verbraucherschutz“ dreht, stelle ich zunächst einmal mit einer gewissen Genugtuung fest, dass CDU und FDP, nachdem sie zehn Jahre lang im Verbraucherschutz nichts aus eigener Kraft getan haben, die Bedeutung dieses Themas endlich auch zu erkennen scheinen - lange nach Rot-Grün, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]:
Das ist eine dreiste Lüge!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben vorhin in Ihren Zwischenrufen und Herr Bode hat hier vorne von der Würde des Hohen Hauses und davon gesprochen, was dem Hohen Haus angemessen sei.

(Johanne Modder [SPD]: Hohes Haus?)

Ich will Ihnen einmal sagen, was dem Hohen Haus nicht angemessen ist. Das ist die Art und Weise, wie Sie hier bereits seit Monaten pöbeln, verleumden, verunglimpfen, wie Sie rumschreien, rumbrüllen, wie Sie überhaupt nichts zur sachlichen Diskussion beitragen, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie werden weder diesen Minister noch sonst eine Ministerin oder einen Minister durch Ihr Gebrüll, Ihr

Geschrei und „leider“ auch nicht durch Geschäftsordnungsanträge aus dem Amt bekommen.

(Zurufe von der CDU: Leider!)

Meine Damen und Herren Kollegen, das muss ich Ihnen leider hier mitteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Vorwurf, irgendein Mitglied der Landesregierung würde dieses Parlament unrichtig unterrichten, sitzt bei Ihnen sehr locker. Ich weiß gar nicht, ob es ein Mitglied der Landesregierung gibt, gegen das Sie ihn in dieser Legislaturperiode noch nicht erhoben haben. Aber der Weg, um das feststellen zu lassen, ist Ihnen wohlbekannt - aus den Niederlagen, die Sie selber, als Sie noch an der Regierung waren, in Bückeberg kassiert haben. Der Weg würde zum Staatsgerichtshof nach Bückeberg gehen.

(Ulf Thiele [CDU]: War das eine Aufforderung?)

Aber diesen Weg, Herr Bode, sind Sie wohlweislich noch nicht ein einziges Mal in diesen Fällen gegangen.

(Christian Dürr [FDP]: Doch, klar! Zweimal schon! - Zahlreiche weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Nicht ein einziges Mal in den Fällen angeblich unwahrer Unterrichtung sind Sie ihn bis jetzt gegangen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das ist doch grob falsch! - Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Dürr, Sie haben diesen Vorwurf mehrfach gegen Herrn Minister Meyer erhoben. Sie haben den Vorwurf gegen den Innenminister erhoben. In all diesen Fällen sind Sie den Weg nach Bückeberg nicht gegangen,

(Christian Dürr [FDP]: Das ist falsch! Zweimal sind wir ihn gegangen!)

weil Sie wissen, dass Ihre Vorwürfe unwahr und Verleumdungen sind.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Limburg, ich darf jetzt auch Sie darauf hinweisen, einen Geschäftsordnungsbeitrag zu leisten und nicht darüber hinauszugehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Helge Limburg (GRÜNE):

Selbstverständlich.

(Christian Dürr [FDP]: Zweimal waren wir da!)

Herr Präsident, ich begründe die Ablehnung des Erweiterungsantrages des Kollegen Bode auch damit, dass er den Weg nicht einhält.

Ich möchte Ihnen einen Hinweis mitgeben, Herr Kollege Bode: Wenn Sie so weitermachen,

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

werden wir uns in der Tat früher oder später vor einem Gericht wiederfinden - wenn nicht vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg, dann vor dem Amtsgericht Hannover in einem Prozess wegen Verunglimpfung.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Limburg, für den Begriff und den Vorwurf des Pöbelns muss ich Sie rügen. Ich bitte Sie, das in Zukunft zu unterlassen. Das ist unparlamentarisch.

(Zuruf von der CDU: Dafür kann er einen Ordnungsruf kriegen!)

Ich darf, meine Damen und Herren, jetzt feststellen: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung.

(Widerspruch bei der CDU - Björn Thümler [CDU] meldet sich zu Wort)

- Herr Kollege Thümler, bitte! Sie haben das Wort.

(Zuruf von der SPD: Ziehen Sie den Antrag zurück!)

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon etwas entsetzt darüber, Herr Tonne, dass Sie über Beleidigungen des Präsi-

ums, hin zum Missbrauch der Geschäftsordnung und hin zu der Fragestellung, dass die Interessen des Schutzes der Verbraucher für Sie ein abwegiges Thema sind, irgendwie den Ernst der Lage überhaupt nicht begriffen haben. Herr Tonne, dafür sollten Sie sich schämen und sich hier entschuldigen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Es geht - das will ich hier noch einmal sagen, auch weil Sie, Herr Limburg, das gerade noch einmal eingeführt haben - nicht um die abwegige Frage, in welchem Kühlschrank irgendwelche Proben aufbewahrt werden, sondern um die schlichte Frage, ob dieses Ministerium dieses Parlament, die Ausschüsse dieses Parlamentes unrichtig unterrichtet hat oder nicht. Das ist der Kern der Frage, und darauf gibt es von Ihnen keinerlei Antwort, weil Sie die Antwort scheuen,

(Wiard Siebels [SPD]: Nein, weil wir das im Ausschuss haben wollen!)

weil Sie genau wissen, dass dieses Ministerium an dieser Stelle ein Problem hat.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist nicht so, dass sich das Parlament gestern in der Dringlichen Anfrage das erste Mal mit dieser Thematik beschäftigt hätte. Nein, vergangene Woche gab es eine Unterrichtung des Unterausschusses „Verbraucherschutz“, und diese Unterrichtung war eben nicht vollständig, weil das Ministerium dort nicht berichtet hat, dass es bereits im Oktober eine zweite Probennahme in der Firma Trinity in der Grafschaft Bentheim gegeben hat. Das ist dem Ausschuss nicht mitgeteilt worden.

Das ist die neue Qualität: Man rückt mit der Wahrheit immer nur stückchenweise und erst dann heraus, wenn man sie nicht mehr leugnen kann. Meine Damen und Herren, das ist Ihr Problem mit diesem Landwirtschaftsminister. Deswegen sollten Sie dieses Problem lösen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, gestern haben der Landwirtschaftsminister und die Justizministerin auf die konkret gestellten Fragen ausweichende, halb wahre oder gar keine Antworten gegeben.

(Renate Geuter [SPD]: Das können Sie doch gar nicht beurteilen!)

Deswegen hat dieses Parlament heute im Interesse des Verbraucherschutzes ein Recht darauf, zu wissen: Ist der Verbraucher jetzt geschützt worden, oder sind Proben, die im Juni gezogen worden sind, seit sechs Monaten nicht auffindbar, und ist damit die Ahndung eines möglichen Vergehens, das im Raum steht, nicht weiterverfolgt worden?

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das heißt im Umkehrschluss, dass eben nicht ausgeschlossen werden kann, dass aus dieser Firma seit sechs Monaten eine Bedrohung für den Verbraucher ausgeht,

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

nämlich das, was Sie immer kritisiert haben, meine Damen und Herren. Das wollen wir in diesem Parlament wissen, und zwar jetzt, hier und heute.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Weil, Sie würden diesem Parlament einen Gefallen tun, wenn Sie Herrn Meyer endlich einmal zur Disziplin rufen würden - von diesem Rednerpult aus, nicht - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Thümler, das ist jetzt kein Geschäftsordnungsbeitrag mehr. Sie sprechen zur Sache.

Björn Thümler (CDU):

Doch, ich spreche zur Geschäftsordnung. Das mache ich, und das werde ich auch gleich tun. Das werden Sie gleich erleben.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Fordern Sie Herrn Meyer auf, hier und heute - - -

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Nun warten Sie es doch einmal ab!

(Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Nun bleiben Sie doch friedlich! Ist doch prima!

Fordern Sie Herrn Meyer auf, hier und heute eine Regierungserklärung abzugeben,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

weil sich das Landwirtschaftsministerium

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

gestern den ganzen Nachmittag erkundigt hat, wie man das eigentlich hier machen müsste, wenn man eine Regierungserklärung abgeben will. Meine Damen und Herren, das ist nämlich die Wahrheit. In Wirklichkeit wollte er es. Er wusste nur nicht, wie es geht. Deswegen fordern wir ihn auf, das heute hier zu tun.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt ein Letztes: Herr Limburg, Sie haben hier gerade gesagt, wir sollten aufhören, Klamauk zu machen, rumzupöbeln

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und diese Regierung irgendwie unter Druck zu setzen. Jetzt will ich einmal Ihrem Gedächtnis auf die Sprünge helfen. Wie war es denn vor über einem Jahr, als Sie hier in der Opposition waren

(Ina Korter [GRÜNE]: Zur Geschäftsordnung!)

und auf dieser Regierungsbank noch ein Kabinett saß, das wirklich für das Land Niedersachsen gearbeitet hat?

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da haben Sie in einer Art und Weise, die ich mit parlamentarischen Ausdrücken nicht beschreiben kann, Menschen verpöbelt und diskreditiert, wie es schlimmer gar nicht geht.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sollten sich schämen

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und Ihre Gedächtnislücken füllen,

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Zur Geschäftsordnung!)

indem Sie das Protokoll der letzten Sitzung lesen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich weiß, das wird nicht allen gefallen, aber ich stelle mindestens fest, dass einige Kollegen im Rahmen ihrer Geschäftsordnungsbeiträge den Übergang zwischen Sachdebatte und Geschäfts-

ordnungsbeitrag wirklich grenzwertig ausgelegt haben. Aber da ich es allen Seiten gegenüber großzügig gehandhabt habe, habe ich dann, wie gesagt, im Einzelfall auch nicht die Rede unterbrochen.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vor. Deswegen werde ich jetzt die bereits bekundete Situation, dass widersprochen wird, auch quantitativ feststellen. Wer dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung widerspricht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind deutlich mehr als zehn Kolleginnen und Kollegen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist unglaublich! - Jens Nacke [CDU]: Unfassbar! Sie wollen nur vertuschen! Das ist ein Vertuschungsversuch! - Ulf Thiele [CDU]: Aber hallo! - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Kein Vertrauen zu Minister Meyer!)

Nach der Geschäftsordnung können zehn Kolleginnen und Kollegen eine Erweiterung aus gutem Grunde verhindern. Das ist so in der Geschäftsordnung geregelt. Sie kennen die parlamentarischen Möglichkeiten, das Thema auf der Tagesordnung zu behalten.

(Zurufe von Jens Nacke [CDU] und Anja Piel [GRÜNE])

Nun ist für heute der Antrag der CDU-Fraktion, die Tagesordnung zu erweitern, erledigt.

(Zurufe von Jens Nacke [CDU] und Anja Piel [GRÜNE] - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt, zur Ruhe zu kommen, weil wir jetzt mit der regulären Tagesordnung fortfahren.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 30: Eingaben. Daran anschließend behandeln wir die Mündlichen Anfragen.

(Zurufe von Jens Nacke [CDU] und Anja Piel [GRÜNE] - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, lassen Sie doch jetzt bitte die Diskussion quer über die Tische!

(Anhaltende Unruhe)

- Es sollte Sie alle interessieren, was jetzt auf der Tagesordnung steht.

Dann gehen wir zu den Abstimmungen im Rahmen der Haushaltsberatungen über. Anschließend setzen wir dann die Beratung in der Reihenfolge der

Tagesordnung fort. Nach dem Sitzungsplan war im Ältestenrat vorgesehen, dass die heutige Sitzung gegen 14.35 Uhr endet. Daran ist zu zweifeln.

Die Entschuldigungen sind Ihnen schon zu Beginn der Sitzung vorgetragen worden. Das musste so sein, wegen der Abstimmungssituation.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 30:

8. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/965

Herr Kollege Seefried, Sie haben zu einer Eingabe eine Wortmeldung abgegeben. Bezieht sie sich auf diese Drucksache?

(Kai Seefried [CDU]: Ja!)

- Das ist so. Okay. Ich kann das jetzt nicht so schnell überprüfen. Bisher lagen keine Änderungsanträge zu den Eingaben vor.

(Petra Tiemann [SPD]: Im Rahmen des Haushaltes!)

- Wenn Sie den Antrag der CDU meinen: Der wird im Rahmen der Haushaltsdebatte aufgerufen wird, weil es eine entsprechende Beschlusslage zum Haushalt ist. Dann haben Sie sich geirrt, und die Wortmeldung ist gegenstandslos.

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Ich frage jetzt noch einmal: Gibt es dennoch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer den Beschlüssen der Ausschüsse zustimmen möchte, die Eingaben wie empfohlen zu behandeln, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann hat das Parlament einstimmig entschieden.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 31:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/960

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich wie immer als bekannt voraus.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich Sie, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Ich stelle fest: Es ist jetzt 9.33 Uhr, sodass die Fragestunde regulär um 10.33 Uhr mit dem Aufrufen weiterer Fragen beendet sein würde.

Ich rufe die Fragen auf. Wir kommen damit zur Frage 1, die von einigen Abgeordneten der FDP eingebracht worden ist:

Frage 1:

Lehrerproteste, Schülerdemonstrationen - laut Ministerin ist das nicht in Ordnung

Wer möchte die Frage vortragen? - Herr Kollege Försterling, Sie haben das Wort!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lehrerproteste, Schülerdemonstrationen - laut Ministerin ist das nicht in Ordnung.

Die rot-grüne Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen planen, zum kommenden Schuljahr die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an den Gymnasien um eine Unterrichtsstunde zu erhöhen sowie für alle Lehrkräfte über 55 Lebensjahre die versprochene Altersermäßigung auszusetzen. Hiergegen gibt es Proteste vonseiten der Lehrkräfte, und mittlerweile demonstrieren auch Tausende Schüler gegen den Bildungsabbau.

Da die Kultusministerin bisher noch nicht erklärt hat, in welchen außerunterrichtlichen Bereichen die Lehrkräfte kürzen sollen, um die zusätzliche Mehrbelastung zu kompensieren, haben sich zahlreiche Kollegien in den niedersächsischen Gymnasien dazu entschlossen, die Klassenfahrten zu streichen. In einem Interview mit der *Neuen Presse* vom 3. Dezember 2013 führt die Ministerin aus, dass Schüler nicht hinreichend informiert worden seien, und das sei „nicht in Ordnung“. Zudem würden durch die Maßnahme keine Stellen abgebaut werden, und anderswo würden Lehrkräfte mehr Unterrichtsstunden leisten und dennoch Klassenfahrten durchführen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen außerunterrichtlichen Bereichen sollen die Lehrkräfte kürzen, um die Mehrarbeit durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zu kompensieren?

2. Kennt die Landesregierung die aktuelle Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, und kann sie ebenso

beziiffern, wie hoch die Vorbereitungszeit für eine Unterrichtsstunde am Gymnasium ist?

3. Wie viele Lehrerstellen werden durch die o. g. beiden Maßnahmen in den niedersächsischen Gymnasien ab dem 1. August 2014 frei?

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling, für das Vortragen der jetzt zu behandelnden Mündlichen Anfrage. - Die Antwort der Landesregierung gibt Frau Kultusministerin Heiligenstadt, der ich das Wort erteile.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das große Paket der Zukunftsoffensive Bildung der Landesregierung enthält sehr viele Maßnahmen für bildungspolitische Vorhaben in den nächsten Jahren. Dazu gehören z. B. Vorhaben der besseren Ausstattung der Ganztagschule, der zusätzlichen Schaffung von Krippenplätzen und auch der Qualitätsverbesserungen.

Die Zukunftsoffensive Bildung wird unterschiedlich finanziert. Zwei belastende Maßnahmen, die im Moment in der Diskussion sind, sind die Themen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte und die Aussetzung der Altersermäßigung.

Es war naheliegend, dass die die Lehrkräfte belastenden Maßnahmen Diskussionen auslösen. Ich habe Verständnis für Proteste. Im Übrigen anders, als in der Anfrage hier dargestellt, habe ich immer Verständnis für Proteste geäußert, und ich habe auch den Wunsch, mit den unmittelbar und mittelbar Betroffenen über die Vorhaben der Landesregierung zu sprechen. Ich stelle mich diesen Gesprächen und werbe für die Zukunftsoffensive Bildung. Diese umfasst, wie Ihnen bekannt ist, insbesondere Investitionen in die Ganztagsbetreuung, in die Inklusion und die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Das sind Maßnahmen, die im Übrigen auch von den Lehrerverbänden in der Vergangenheit stets und auch sehr nachdrücklich gefordert wurden, meine Damen und Herren.

Die Finanzierung der Zukunftsoffensive Bildung besteht aus einem Dreiklang.

Erstens. Einen Anteil an der Finanzierung haben zusätzliche finanzielle Mittel, die mit dem zu be-

schließenden Haushalt 2014 heute in der abschließenden Beratung bereitgestellt werden.

Zweitens. Einen weiteren Anteil haben Mittel, die sich aus der demografischen Entwicklung, also dem Rückgang der Schülerzahlen, ergeben.

Drittens. Zur Umsetzung der Reformvorhaben sind auch Umschichtungen im Haushalt unerlässlich. Dazu gehören die Heraufsetzung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte um eine Unterrichtsstunde und das weitere Aussetzen der Altersermäßigung für Lehrkräfte.

Meine Damen und Herren, die Aufstockung und die damit einhergehende Finanzierung im Bildungsbereich sind notwendig, zumal Versäumnisse der vorherigen Landesregierung aufgearbeitet werden müssen,

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen für den bestmöglichen Bildungsabschluss zu geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich betone an dieser Stelle erneut, dass die Landesregierung großen Respekt vor der Leistung der Lehrkräfte hat. Das gilt selbstverständlich für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen. Die Umschichtungen im Haushalt sind aber notwendig, um vor allen Dingen im Interesse der Schülerinnen und Schüler die überfälligen bildungspolitischen Reformvorhaben auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Auseinandersetzung über die Anhebung der Regelstundenzahl für Gymnasiallehrkräfte um eine Unterrichtsstunde und das weitere Aussetzen der Altersermäßigung hat zu Hinweisen aus der Eltern- und Schülerschaft geführt. Eltern befürchten z. B., dass ihre Kinder gemobbt werden, wenn sie an einer Demonstration nicht teilnehmen wollen,

(Johanne Modder [SPD]: Was?)

oder Eltern haben darauf hingewiesen, dass Postkartenaktionen im Unterricht kontrolliert wurden und verteilt wurden. Dazu, meine Damen und Herren, habe ich bereits vorgestern darauf hingewiesen, dass in der Schule das Neutralitätsgebot gilt:

(Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE])

Lehrkräfte dürfen ihre eigenen berufsständischen Interessen nicht in den Unterricht einbringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Wo ist das passiert?)

Ich weiß, dass sich die ganz große Mehrzahl der Lehrkräfte daran hält.

(Ulf Thiele [CDU]: Warum betonen Sie das dann immer so?)

Sollte dies allerdings anders sein - einige Hinweise hat es dazu gegeben -

(Jörg Hillmer [CDU]: Dann sagen Sie doch, wo das passiert ist!)

dann, habe ich gesagt, ist das nicht in Ordnung. Darauf bezieht sich die Äußerung in dem Presseinterview.

Soweit im Rahmen der Protestaktionen der Schülerinnen und Schüler die Forderung erhoben wurde, den Druck an den Gymnasien zu senken, möchte ich anmerken, dass wir zurzeit im Rahmen eines Dialogforums für Gymnasien extra diese Situation gesondert und sehr intensiv diskutieren.

(Ulf Thiele [CDU]: Warum warten Sie die Ergebnisse nicht ab?)

Es werden entlastende Maßnahmen besprochen, wie beispielsweise bezüglich der Reduzierung der Zahl der Klassenarbeiten oder aber auch der Anzahl der Prüfungsfächer.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich appelliere an die Lehrerinnen und Lehrer, die Auseinandersetzung über die beschlossenen arbeitszeitrechtlichen Maßnahmen auf einer Sachebene auszutragen und nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieser Appell bezieht sich ausdrücklich auch auf die Durchführung von Klassenfahrten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich namens der Landesregierung die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung wird keine verbindlichen Festlegungen zur Gestaltung und Gewichtung des außerunterrichtlichen Arbeitszeitan-teils der Lehrkräfte treffen. Auch in der Vergan-

genheit gab es bei einer Absenkung oder Erhöhung der Regelstundenzahl keine entsprechenden Vorgaben oder Empfehlungen. Der außerunterrichtliche Arbeitszeitanteil entzieht sich, wie auch die Rechtsprechung wiederholt festgestellt hat, weitgehend konkreten Regelungen. Soweit Lehrkräfte keine Unterrichtsverpflichtungen oder andere Verpflichtungen zu bestimmten Zeiten wahrzunehmen haben, sind sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben zeitlich nicht gebunden. Dies ist ausdrücklich in der Arbeitszeitverordnung normiert.

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

Bezogen auf die zugrunde gelegte wöchentliche Arbeitszeit in den Unterrichtswochen erfolgt mit der moderaten Anhebung der Regelstundenzahl für Lehrkräfte an Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs und Beruflichen Gymnasien eine Verschiebung von 0,8 Zeitstunden von dem außerunterrichtlichen Arbeitszeitanteil in die unterrichtliche Arbeitszeit. Zudem sind weitergehende Entlastungsmöglichkeiten an den Gymnasien geplant oder sogar schon in die Wege geleitet. So werden die Klassen am Gymnasium weiter verkleinert, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Rahmen des Dialogforums „Gymnasien gemeinsam stärken“ wird derzeit u. a. auch darüber diskutiert, ob die Zahl der Prüfungsfächer und Klausuren auf dem Weg zum Abitur reduziert werden kann und ob auch andere Formen z. B. der Leistungsbewertung herangezogen werden sollten. Der Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte könnte auch dadurch gemindert werden.

Bei der Bewertung der arbeitszeitlichen Inanspruchnahme einer Lehrkraft kann es nicht auf die individuelle und gegebenenfalls tatsächlich nachgewiesene Arbeitszeit ankommen. Die Regelstundenzahl und damit auch der Zeitanteil für außerunterrichtliche Aufgaben müssen sich vielmehr an einer durchschnittlichen Inanspruchnahme einer Lehrkraft durch dienstliche Aufgaben orientieren. Die Festlegung kann deshalb nur pauschalierend und generalisierend getroffen werden. Das ist auch von der Rechtsprechung so anerkannt.

Zu Frage 2: Die aktuelle Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ist der Landesregierung sehr wohl bekannt. Der Zeitaufwand einer Lehrkraft bezogen auf die außerunterrichtlichen Tätigkeiten, wie z. B. die Vorbereitung des Unterrichts, ist individuell unterschiedlich und hängt von vielen Faktoren ab,

z. B. von den Unterrichtsfächern, den Berufserfahrungen und den selbst gestellten Anforderungen.

Bei der Festsetzung der Regelstundenzahl handelt es sich um eine Konkretisierung der für Lehrkräfte wie auch für alle anderen Beamtinnen und Beamten festgesetzten regelmäßigen durchschnittlichen Arbeitszeit. Die Regelstundenzahl ist eine sich an Durchschnittswerten orientierende und unter Berücksichtigung der gesetzlich festgelegten regelmäßigen Arbeitszeit vorgenommene Setzung des Dienstherrn, mit der zugleich der Zeitrahmen bestimmt wird, der für die Wahrnehmung der außerunterrichtlichen Aufgaben für notwendig und angemessen gehalten wird. Eine geringfügige Anhebung oder Senkung der Regelstundenzahl wirkt sich nicht zwangsläufig auf die Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte aus. Vielmehr sind insoweit veränderte allgemeine Rahmenbedingungen und der vom Dienstherrn pauschalierend zugrunde gelegte außerunterrichtliche Arbeitszeitanteil, der sich dadurch auch verändern kann, zu berücksichtigen. Auf die Beantwortung der Frage 1 verweise ich insoweit.

Die Arbeitsbelastung von Gymnasiallehrkräften ist vergleichbar mit der von Lehrkräften an Integrierten Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe. Letztere haben schon jetzt eine höhere Unterrichtsverpflichtung im Umfang von 24,5 Stunden.

Zu Frage 3: Durch die Erhöhung der Regelstundenzahl für Gymnasiallehrkräfte an den öffentlichen Gymnasien und in den Gymnasialzweigen der öffentlichen Kooperativen Gesamtschulen sowie durch die Fortsetzung der derzeit gültigen Regelung bezüglich der Altersermäßigung für den genannten Personenkreis werden keine Lehrstellen frei.

Soweit Sie aber in Ihrer Fragestellung zu dem Umschichtungspotenzial fragen, kann ich Ihnen sagen: Diese Maßnahmen führen zu einem Umschichtungspotenzial von rund 970 Vollzeitlehreinheiten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ministerin, wir bedanken uns für die Antwort. - Jetzt kommen die Zusatzfragen. Es beginnt mit dem Kollegen Jan-Christoph Oetjen, FDP-Fraktion.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, wie sie es begründet, dass die sogenannte Zukunftsoffensive Bildung fast ausschließlich auf dem Rücken der Lehrkräfte für Gymnasien ausgetragen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Astrid Vockert [CDU]: Genau! So ist es!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Behauptung, die Sie in Ihrer Frage aufgestellt haben, ist schlicht und ergreifend falsch, Herr Oetjen.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Diese Landesregierung und das Parlament, die Fraktionen der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, finanzieren in den nächsten Jahren rund 1 Milliarde Euro mehr im Kultushaushalt. Das ist für die Zukunftsoffensive Bildung ein riesengroßer Beitrag. In der Zukunftsoffensive Bildung werden wir eine deutliche Verbesserung der Ausstattung der Ganztagschulen vornehmen mit rund 260 Millionen Euro, was dringend notwendig war.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Wir werden außerdem mit rund 80 Millionen Euro noch einmal eine deutliche Ausweitung der Krippenplätze vornehmen, und wir werden auch noch einmal mit rund 80 Millionen Euro deutliche qualitätsverbessernde Maßnahmen vornehmen, jeweils bezogen auf den Mipla-Zeitraum.

Alle diese Maßnahmen - bis auf den Ausbau der Krippenplätze - kommen allen Schulformen zugute. Alle Qualitätsverbesserungen und auch Ganztagsausstattungen kommen auch den Gymnasien zugute, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein Großteil der Finanzierung wird z. B. durch die sogenannte demografische Rendite im Rahmen des Rückgangs der Schülerzahlen zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Anteil sind zusätzliche frische Mittel im Kultushaushalt. Ich habe auf den jährlichen Betrag im Vergleich zu dem diesjährigen

Ansatz verwiesen. Außerdem sind es noch die beiden Maßnahmen, die Sie geschildert haben, wobei sich auch die Aussetzung der Altersermäßigung nicht ausschließlich auf Gymnasiallehrkräfte, sondern auf alle Lehrkräfte bezieht, auch auf die Lehrkräfte an den Grundschulen, Oberschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Förderschulen etc.

Von daher ist es schlicht und ergreifend falsch, dass ausschließlich Gymnasiallehrkräfte zur Finanzierung der Zukunftsoffensive beitragen. Im Gegenteil, es ist eine riesengroße Kraftanstrengung. Ich bin allen Kabinettsmitgliedern und den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD dankbar, dass sie diese zusätzlichen Mittel im Haushalt bereitstellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Es geht weiter mit einer Zusatzfrage des Kollegen Dr. Hocker, FDP.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung, wie sie die Aussagen der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Anja Piel, bewertet, die in der *Deister- und Weserzeitung* vom 5. Dezember 2013 erschienen sind, man habe - ich darf das zitieren - über die realen Belastungen von Gymnasiallehrern bis zu diesem Tage zu wenig gewusst und in der Vergangenheit so noch nicht nachgedacht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis, Herr Dr. Hocker, dass diese Landesregierung genauso wie alle anderen Landesregierungen vorher Aussagen von Abgeordneten nicht bewerten wird.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare
[CDU]: Das ist auch gut so! - Jens
Nacke [CDU]: Ich werde Sie daran er-
innern, Frau Ministerin!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Försterling, ebenfalls FDP-Fraktion, Sie haben das Wort für eine Zusatzfrage.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Ministerin eben das Wort „Umschichtungspotenzial“ eingeführt hat, frage ich: Wird die Landesregierung dieses Umschichtungspotenzial dadurch ausschöpfen, dass sie Lehrkräfte gegen ihren Willen zum 1. August 2014 an andere Schulen abordnet?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Frau Ministerin Heiligenstadt, bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Försterling, nein!

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke
[CDU]: Auch daran werde ich Sie erinnern, Frau Ministerin!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Es jetzt zügig voran. - Herr Kollege Seefried von der CDU-Fraktion, Sie haben das Wort für eine Zusatzfrage.

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie gerade gesagt haben, dass Sie Aussagen von Abgeordneten nicht bewerten, gehe ich doch davon aus, dass Sie Ihre eigenen Aussagen und Ihr eigenes Handeln entsprechend bewerten können. Deswegen möchte ich Sie mit einer Pressemitteilung vom 21. April 2008 konfrontieren, in der Sie, Frau Heiligenstadt, gesagt haben:

„Wenn die Landesregierung ein letztes Fünkchen ihrer schwer angekratzten Glaubwürdigkeit bewahren will, muss sie den Kabinettsbeschluss umgehend zurücknehmen. Verspätete öffentliche Beschwichtigungen sind lediglich Augenwischerei.“

Ich möchte gerne wissen, wie Sie diese Aussage mit Ihrem eigenen Handeln heute bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Bitte, Frau Ministerin!

(Zuruf von der CDU: Sie äußert sich doch nicht zu Äußerungen von Abgeordneten!)

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Seefried, zwischen dieser Aussage und der Zukunftsoffensive Bildung, die wir heute mit dem Haushalt 2014 beschließen werden, liegen 1 Milliarde Euro zusätzliche Investitionen für Bildung in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Von daher sehe ich mich schon sehr gut in der Linie, dass wir für die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen, für mehr Bildungsgerechtigkeit und für mehr Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen kämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke
[CDU]: Und gegen die Gymnasien!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Kollege Grascha, FDP, stellt die nächste Zusatzfrage.

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe eine Frage zu einer Pressemitteilung der Ministerin, und zwar zu der vom 29. Januar 2009. Dabei geht es allerdings nicht um Geld, sondern in der Pressemitteilung schreibt die heutige Ministerin Frau Heiligenstadt:

„Wir brauchen motivierte und engagierte Lehrkräfte für unsere Schüler und Schülerinnen. Problemsituationen ... kann man nur im Konsens mit den Lehrkräften regeln und nicht mit Zwang.“

Warum handeln Sie nicht danach?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Grascha. - Frau Ministerin Heiligenstadt, bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Wie viele Milliarden liegen denn nun dazwischen?)

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Grascha, die Lehrerverbände haben in den letzten Jahren mehrfach verschiedene Forderungen an die ehemalige Landesregierung gestellt. Dazu gehört z. B. eine deutliche Ausweitung der Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte. Wir kommen dieser Forderung mit der Zukunftsoffensive Bildung nach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Forderung war z. B. die Verkleinerung der Klassengrößen an den Schulen, insbesondere auch an den Gymnasien. Wir setzen die Verkleinerung der Klassengrößen mit dem Haushalt 2014 fort.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Forderung der Lehrkräfteverbände war u. a., dass die Ganztagschulen deutlich besser ausgestattet werden und dass in Niedersachsen z. B. mehr Schulpsychologen eingestellt werden. Wir kommen dieser Forderung der Lehrerverbände im Rahmen der Zukunftsoffensive Bildung eindeutig nach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mögen, kann ich gerne auch noch das eine oder andere Argument weiter anführen. Aber ich denke, es ist deutlich geworden: Wir kommen mit der Zukunftsoffensive Bildung sehr vielen Forderungen insbesondere aus dem bildungspolitischen Kontext nach. Da sind wir eindeutig auf dem richtigen Weg zu mehr Chancengleichheit und zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Niedersachsen.

(Jens Nacke [CDU]: Auf Kosten der Gymnasien!)

- Herr Nacke, es nützt nichts, wenn Sie ständig dazwischenreden.

Ich habe vorhin bereits in der Antwort auf eine Frage deutlich gemacht, dass das nicht ausschließlich über die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung finanziert wird, sondern dass es ein Dreiklang der Finanzierung für die Zukunftsoffensive Bildung und für die eindeutige Prioritätensetzung ist. Bildung ist für diese rot-grüne Landesregierung prioritär.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Das ist ein Feldzug gegen die Gymnasien!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Gabriela König, ebenfalls von der FDP-Fraktion. Sie haben das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich die rot-grünen Abgeordneten in Osnabrück sowohl in der Stadt als auch im Landkreis bei Demonstrationen und Podiumsdiskussionen zu diesem Tagsordnungspunkt weggeduckt haben, frage ich die Landesregierung einfach mal: Wie sieht es denn ab 1. August 2014 im Artland-Gymnasium, an dem Herr Poppe bis zu seiner Landtagstätigkeit Schulleiter gewesen ist, mit der Abordnung oder der Lehrerversorgung aus?

(Beifall bei der FDP - Astrid Vockert [CDU]: Was bahnt sich denn da an?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau König. - Bitte schön, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau König, die Lehrerzuweisung wird wie in jedem Jahr gemacht. Wir werden uns die Bedarfe anschauen und die entsprechenden Lehrerstellen zuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bode von der FDP-Fraktion, Sie dürfen die nächste Zusatzfrage stellen.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, aufgrund der von Ihnen gerade gemachten Ausführungen und Antworten auf die Fragen könnte ich die Landesregierung jetzt natürlich fragen, ob wir das alles falsch verstehen und das auf der Straße nicht Proteste, sondern Jubeldemonstrationen zur Huldigung der Bildungspolitik sind. Tatsächlich möchte ich die Regierung aber etwas anderes fragen, Frau Ministerin, und zwar vor dem Hintergrund einer Pressemitteilung, die Sie als bildungspolitische Sprecherin am 13. Mai 2008 zur Rückzahlung der Arbeitszeitkonten gemacht haben. Ich zitiere:

„Die Lehrerinnen und Lehrer benötigen es schwarz auf weiß, dass sie ihre Überstunden wie vereinbart erstattet bekommen. Die-

ses Klima des Misstrauens hat die Kultusministerin leider selbst gesät.“

Weiter führen Sie dort aus, dass das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen Landesregierung und Lehrern gekittet werden müsse.

Deshalb frage ich Sie: Warum gilt die damals gemachte Meinungsäußerung der Abgeordneten Heiligenstadt für Sie im Handeln als Ministerin heute nicht mehr?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Bode. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bode, ich vermag keinen Unterschied zwischen der Äußerung aus dem Jahr 2008, die Sie zitiert haben, und dem heutigen Handeln auszumachen. Wir zahlen alle Arbeitszeitkonten, die in den letzten Jahren angespart worden sind, über die vereinbarten Regelungen, die im Jahr 2008 mit der damaligen Kultusministerin Heister-Neumann vereinbart worden sind, entsprechend wieder zurück.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Dr. Birkner von der FDP, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, vor dem Hintergrund, dass die gute personelle Ausstattung der Schulen mit Lehrern ja auch maßgeblich für die Bildungsqualität ist, frage ich Sie: Wie wollen Sie denn sicherstellen, dass die Bildungsqualität tatsächlich weiter verbessert wird, wenn Sie Lehrerstellen abbauen?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Birk-

ner, wir bauen keine Lehrerstellen ab. Die Lehrerstellen verbleiben im System.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Sie gehen nur woandershin!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Herr Kollege Dürr von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Ministerin auch noch einmal mit ihrer eigenen Vergangenheit konfrontieren. Vor dem Hintergrund einer Pressemitteilung der damaligen schulpolitischen Sprecherin Frauke Heiligenstadt vom 29. Januar 2009, in der Sie explizit bemängeln, dass die Gymnasiallehrkräfte schon damals über Gebühr belastet sind, weil sie über 40 Stunden im Jahresdurchschnitt arbeiten müssen, frage ich: Wie rechtfertigen Sie vor dem Hintergrund der damaligen Feststellung Ihrerseits die Tatsache, dass Sie jetzt die Wochenstundenzahl um eine Stunde erhöhen wollen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Frau Ministerin Heiligenstadt, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dürr, wir legen mit der Zukunftsoffensive Bildung eine ganze Menge zusätzlicher positiver Maßnahmen für alle Schulen in Niedersachsen, für alle Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen und auch für Lehrkräfte in Niedersachsen auf - u. a. eine deutlich erhöhte Fortbildung für Schulleitungen, was auch immer eine große Forderung insbesondere der Gymnasien war.

(Christian Dürr [FDP]: Ist das denn nicht Mehrarbeit?)

In diesem Zusammenhang werden wir auch im Rahmen des Forums „Gymnasien gemeinsam stärken“ über weitere Entlastungsmöglichkeiten insbesondere an den Gymnasien diskutieren. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir dieses Forum bereits im Juni dieses Jahres einberufen.

Zurzeit diskutiert eine Expertenrunde etliche Maßnahmen im Bereich G 8/G 9, die auch zur Entlastung zum einen für Schülerinnen und Schüler und zum anderen für Lehrkräfte führen.

Außerdem haben wir im laufenden Schuljahr auch eine entlastende Maßnahme durchgeführt, nämlich die Fortsetzung der Senkung der Klassenteiler, was sich hinsichtlich der Klassengrößen insbesondere an den Gymnasien deutlich positiv ausgewirkt hat. Dort sinken z. B. die durchschnittlichen Klassengrößen in den letzten Jahren deutlich.

(Christian Dürr [FDP]: Wir haben das gemacht!)

Ich denke, es sind auch Entlastungen vorgenommen worden,

(Christian Dürr [FDP]: Das waren wir, Frau Heiligenstadt! Aber das ist auch egal!)

die durchaus dazu beitragen, dass wir diese sehr moderate Anhebung der Unterrichtsverpflichtung durchführen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Jetzt ist der Kollege Heinrich Scholing von der Grünen-Fraktion mit der nächsten Zusatzfrage an der Reihe. Bitte schön, Herr Kollege Scholing!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Jetzt sind wir sehr gespannt! Weil Sie etwas davon verstehen!)

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie, Herr Klare, gespannt sind, was für eine Frage ich jetzt stelle, und vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass im Rahmen einer solchen Debatte die Komplexität von Lehrerarbeitszeit gnadenlos platt gemacht wird, frage ich, wie das Verhältnis bezogen auf die einzelnen Schulformen - - -

(Zurufe von Ulf Thiele [CDU] und Jörg Hillmer [CDU])

- Ich fange noch einmal an: Bezogen auf die einzelnen Schulformen frage ich, wie das Verhältnis zwischen Gesamtarbeitszeit, unterrichtsgebunde-

ner Arbeitszeit und nicht unterrichtsgebundener Arbeitszeit in den einzelnen Schulformen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege Scholing. - Frau Ministerin Heiligenstadt, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Bezogen auf die Jahresarbeitszeit ergeben sich für die einzelnen Schulformen folgende prozentualen Arbeitszeitanteile:

Bei Grundschulen liegen die Unterrichtsverpflichtung - in Prozent; darauf bezog sich Ihre Frage wohl, Herr Scholing - bei 51,4 % und die Zeiten für außerunterrichtliche Aufgaben bei 48,6 %.

Bei Hauptschulen bzw. bei berufsbildenden Schulen mit einer Unterrichtsverpflichtung von 27,5 Stunden liegen die Unterrichtsverpflichtung bei 50,5 % und die Zeiten für außerunterrichtliche Aufgaben bei 49,5 %.

Bei Realschulen und Förderschulen, die eine Unterrichtsverpflichtung von 26,5 Stunden in der Woche haben, liegen die Unterrichtsverpflichtung bei 48,7 % und die Zeiten für außerunterrichtliche Aufgaben bei 51,3 %.

Bei Oberschulen und berufsbildenden Schulen, die eine Unterrichtsverpflichtung von 25,5 Stunden pro Woche haben, liegen die Unterrichtsverpflichtung bei 46,9 % und die Zeiten für außerunterrichtliche Aufgaben bei 53,1 %.

Bei Integrierten Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen, die eine Unterrichtsverpflichtung von 24,5 Stunden pro Woche haben, liegen die Unterrichtsverpflichtung bei 45 % und die Zeiten für außerunterrichtliche Aufgaben bei 55 %.

An Gymnasien und berufsbildenden Schulen, die derzeit noch eine Unterrichtsverpflichtung von 23,5 Stunden haben, liegen die Unterrichtsverpflichtung bei 43,2 % und die Zeiten für außerunterrichtliche Aufgaben bei 56,8 %.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Ina Korter, ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen.

Ina Korter (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vor dem Hintergrund, dass die Kultusministerin gerade über den Dialoggipfel zur Revision des Turbo-Abiturs, des G 8, gesprochen hat, möchte ich sie bitten, dem Landtag zu erläutern, ob es schon Zwischenergebnisse gibt oder welche Entlastungen an den Gymnasien, die von der schwarz-gelben Landesregierung in den vergangenen Jahren aufgebaut wurden, dort wieder diskutiert werden und welche Überprüfungsmöglichkeiten dort anstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Kollegin. - Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Korter, die Expertenrunde tagt in einigermaßen kurzen Abständen. Dort sind sehr viele beteiligt: unterschiedliche Gymnasien - große Gymnasien, kleine Gymnasien, städtische Gymnasien, ländlich geprägte Gymnasien -, aber auch Gesamtschulen, Lehrerverbände etc. pp. Wir haben ja einen entsprechenden Prüfungsauftrag im Rahmen des Forums „Gymnasien gemeinsam stärken“ aufgelegt.

Bei den zurzeit besprochenen Fragestellungen geht es z. B. um die Anzahl der Unterrichtsstunden für die Prüfungsfächer auf erweitertem Anforderungsniveau, also um die Frage, inwieweit man dort von vier Stunden möglicherweise auf fünf Stunden in der Oberstufe hochgehen kann. Wenn man zu diesem Ergebnis käme, könnte das zu einer Entlastung in der Oberstufe führen, weil dann pro Lehrkraft nicht mehr ganz so viele Kurse unterrichtet werden müssten.

Eine andere Möglichkeit, die diskutiert wird, betrifft die Anzahl der Klausuren und die Frage, ob eine Reduktion der Anzahl der Klausuren freigestellt werden kann, also sozusagen in die Option der jeweiligen Schule gestellt werden.

(Ulf Thiele [CDU]: Wir reden gerade über Qualität!)

Das würde nicht nur zu einer Verringerung des Korrekturaufwandes führen, sondern natürlich auch zu einer Verringerung des Prüfungsstresses für Schülerinnen und Schüler.

Beispielsweise wird aber auch darüber diskutiert, inwieweit die Verpflichtung zur Einbringung von

Kursen in das Abitur wieder auf das Niveau der Kultusministerkonferenz abgesenkt werden kann. Die Einbringungsverpflichtung liegt in Niedersachsen momentan bei 36 Kursen. Man könnte sie z. B. auf 32 Kurse reduzieren. Ich denke, es ist eine ganze Menge Potenzial für deutlich entlastende Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrkräfte in diesen Diskussionen enthalten, die in der Expertenrunde sehr sachlich geführt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Jetzt hat die Abgeordnete Frau von Below-Neufeldt von der FDP-Fraktion das Wort.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob beim Wegfall von Lehrerstellen mit Teilabordnungen zu rechnen ist, und wie sie gedenkt, diese Mehrbelastung gerade hinsichtlich der Kosten, die für den Lehrer entstehen, auszugleichen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Kollegin. - Frau Ministerin Heiligenstadt, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau von Below-Neufeldt, wir werden uns zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 die Bedarfe an den einzelnen Schulen sehr genau anschauen - es gibt ja auch steigende Bedarfe an den Schulen, z. B. durch eine höhere Ganztagsausstattung - und dann die notwendigen Maßnahmen vornehmen. Das können wir allerdings zurzeit noch nicht genau absehen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Herr Oetjen, wollen Sie fragen oder zurückziehen?

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Zurückziehen!)

- Sie wären nämlich jetzt dran gewesen. Gut, das zu erfahren.

Dann geht es weiter mit dem Kollegen Björn Försterling von der FDP-Fraktion.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung: Wird sie, wie einst von der SPD-Oppositionspolitikerin Heiligenstadt gefordert, eine Untersuchung über die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrkräfte in Auftrag geben?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Herr Kollege. - Frau Ministerin, bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Försterling, ich habe vorhin ausgeführt, dass die Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte an den niedersächsischen Schulen nur eine pauschalisierende und generalisierende Festlegung vornehmen kann. Die Aufteilung in den außerunterrichtlichen und den unterrichtsverpflichtenden Anteil habe ich entsprechend erläutert. Eine empirische Untersuchung über die Lehrerarbeitszeit ist zurzeit nicht geplant.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber Sie haben sie damals gefordert!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Ministerin. - Herr Dr. Hocker, FDP, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob sie beabsichtigt, alle zum 1. Februar und zum 1. August frei werdenden Stellen an den Gymnasien in Niedersachsen 1 : 1 wieder neu zu besetzen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Hocker. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Hocker, ich habe es gerade bei einigen Fragen schon mehrfach ausgeführt: Wir schauen uns die entsprechenden Bedarfe an den Schulen an, natürlich auch an den Gymnasien. Schon allein zum 1. Februar 2014 sind 181 Einstellungsmöglichkeiten an den niedersächsischen Gymnasien bekannt gegeben worden. Davon sind jetzt sogar schon 162 Lehrkräfte eingestellt. Alle Stellen werden so besetzt, wie sie ausgeschrieben sind.

(Beifall bei der SPD - Björn Försterling [FDP]: Wie viele sind denn frei geworden?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, Sie stellen ständig Zusatzfragen aus dem Plenum. Sie alle haben Fragen gehabt, die Sie zurückgezogen haben. Machen Sie doch davon Gebrauch, und machen Sie es von hier vorn aus!

Die nächste Zusatzfrage stellt die Kollegin Doris Schröder-Köpf, SPD-Fraktion.

Doris Schröder-Köpf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, wie die Gymnasiallehrkräfte in anderen Bundesländern trotz höherer Stundenverpflichtung mit den Klassenfahrten umgehen, ob sie die trotzdem noch durchführen?

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte schön, Frau Ministerin!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schröder-Köpf, die Vorgehensweise in den anderen Bundesländern ist mir zurzeit nicht bekannt. Allerdings habe ich nichts davon gehört, dass in anderen Bundesländern keine Klassenfahrten durchgeführt werden. Aber genaue Informationen habe ich nicht.

Ich kann Ihnen allerdings sagen, dass an den integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen, in denen Gymnasiallehrkräfte eine Unterrichtsverpflichtung von 24,5 Stunden haben, Klassenfahrten durchgeführt werden.

(Beifall bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Können Sie etwas zu den Entlastungsstunden sagen, die denen zur Verfügung stehen?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass zur Frage 1 keine Zusatzfragen mehr vorliegen. Die Frage 2 wird also aufgerufen und kommt als Nächstes dran.

Zuvor kommen wir aber zu einer persönlichen Bemerkung. Es ist nicht zwingend vorgeschrieben, dass eine Persönliche Bemerkung am Ende eines Tagesordnungspunktes abgegeben werden muss. Das kann auch zwischendurch geschehen. In diesem Fall ist es sinnvoll, dass das jetzt passiert.

Der Kollege Frank Henning möchte nach § 76 unserer Geschäftsordnung eine **persönliche Bemerkung** abgeben, die sich auf die erste Frage bezieht, und zwar zu der von Frau König gestellten Frage. Herr Kollege Henning, ich setze voraus, dass Sie die Bestimmungen der Geschäftsordnung kennen. - Okay.

Frank Henning (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau König, Sie haben hier heute erklärt, die Osnabrücker Abgeordneten der Regierungskoalition hätten sich bei der Schülerdemo in Osnabrück am vergangenen Samstag weggeduckt und nicht teilgenommen.

Frau König, ich stelle hier fest: Sie sagen in öffentlicher Sitzung des Landesparlaments die Unwahrheit. Sie wissen, dass ich nicht teilgenommen habe, weil ich keine Einladung hatte, genauso wie der Kollege Volker Bajus keine Einladung zur Schülerdemo erhalten hat.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Zur Demo eine Einladung? - Zuruf von Gabriela König [FDP] - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das ist öffentlich erklärt worden. Das stand in der *Neuen Osnabrücker Zeitung*.

Ich stelle noch eines fest, Frau König: Das ist nicht der Stil, den wir in der Friedensstadt Osnabrück normalerweise pflegen.

(Zuruf von Gabriela König [FDP] - Weitere Zurufe)

- Vielleicht hören Sie jetzt einfach einmal zu!

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, der Kollege gibt eine Persönliche Bemerkung zu Protokoll. Das ist sein gutes Recht. Sie dürfen das nicht debattieren und kommentieren. Nehmen Sie es so hin. Das ist sein persönliches Recht.

Frank Henning (SPD):

Frau König, danke, dass Sie jetzt zuhören. - Das ist nicht der Stil, den wir in der Friedensstadt Os-

nabrück miteinander pflegen. Normalerweise hören wir einander zu. Normalerweise behaupten wir auch keine Unwahrheiten in öffentlicher Sitzung. Ich schließe den Kollegen Burkhard Jasper aus Osnabrück da ausdrücklich mit ein. Das ist ein Kollege, der sich eine solche verbale Verunglimpfung, wie Sie es heute Morgen hier gemacht haben, niemals erlaubt hätte.

Ich stelle noch einmal fest: Wir haben keine Einladung gehabt und sind deswegen nicht erschienen.

Da Sie mich kennen - wir kennen uns seit 20 Jahren, Frau König -, müssten Sie eigentlich wissen, dass ich jeder öffentlichen Debatte über dieses Thema nicht ausgewichen wäre, sondern teilgenommen hätte. Das wissen Sie sehr genau. Das, was Sie hier gemacht haben, halte ich für nicht in Ordnung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Warum sind Sie denn nicht hingegangen? Sie wussten doch davon!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Henning.

Ich rufe dann auf

Frage 2:

Verhindert die Landesregierung die Fusion Helmstedt/Wolfsburg?

Diese Frage ist von einigen Abgeordneten der CDU-Fraktion gestellt worden. Der Kollege Bernd-Carsten Hiebing hat sich gemeldet, um die Frage einzubringen. Herr Kollege Hiebing, Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Verhindert die Landesregierung die Fusion Helmstedt/Wolfsburg? In Niedersachsen hat es seit Abschluss des durch die frühere CDU/FDP-Regierung mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossenen Zukunftsvertrages eine große Anzahl an Gesetzen zur Fusion von Kommunen gegeben, die sowohl die Landesregierung als auch der

Landtag mit großer Mehrheit unterstützt haben. Begleitet wurden diese Gesetze durch einzelne Zukunftsverträge zwischen dem Land und den jeweils betroffenen Kommunen. Unter bestimmten Auflagen ermöglicht die Landesregierung den Kommunen eine Entschuldung von bis zu 75 % der Altschulden.

Auch der Landkreis Helmstedt und die Stadt Wolfsburg haben durch entsprechende Gremienbeschlüsse die Voraussetzungen für eine Fusion und den Abschluss eines Zukunftsvertrages geschaffen. Der Landkreis Helmstedt hat einen erheblichen Schuldenstand und ohne eine Entschuldung und Zusammenarbeit mit Partnern keine eigenen Handlungsspielräume mehr.

Sowohl der Landrat des Kreises Helmstedt, Herr Wunderling-Weilbier, als auch der Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, Herr Mohrs, waren von Beginn der Beschlussfassung an sicher, dass die Bildung einer Region oder einer Stadt Helmstedt-Wolfsburg von der Niedersächsischen Landesregierung positiv gesehen und unterstützt wird. Durch ein Gutachten wurden die rechtlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit untersucht. Zur Information der Bürgerinnen und Bürger wurden aufwendige Broschüren an jeden Haushalt verteilt und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus sind in beiden Verwaltungen mehrere Mitarbeiter abgestellt worden, die das Thema Fusion vorbereitet haben. Dadurch sind dem Landkreis Helmstedt und der Stadt Wolfsburg erhebliche Kosten entstanden.

Bei einem Pressetermin am 8. November 2013 teilten der Helmstedter Landrat und der Wolfsburger Oberbürgermeister den Medien mit, dass es einen intensiven Gedankenaustausch mit dem Innenminister gegeben habe und dieser die geplante Fusion als verfassungskonform einstufte.

(Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Hiebing, ich darf Sie kurz unterbrechen - Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind bei der zweiten Frage. Der Lärmpegel ist wirklich sehr hoch. Ich bitte Sie, sich auf den Fragesteller zu konzentrieren und sich dann auf die Antworten zu freuen.

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Es seien allerdings die regionalpolitische Balance zu wahren und die Entwicklungsperspektiven Braunschweigs zu berücksichtigen.

Daher sei es geboten, in einem größeren Kontext und durch gemeinsame Beratung zu einer abgestimmten Lösungsalternative zu gelangen.

Damit stellte der Innenminister fest, dass er eine Fusion der Stadt Wolfsburg mit dem Landkreis Helmstedt zu einer Region nicht unterstützen werde.

Darauf titelten die Medien wie folgt: *Braunschweiger Zeitung* vom 8. November 2013: „Landesregierung verhindert Fusion Helmstedt-Wolfsburg“, *Braunschweiger Zeitung* vom 9. November 2013: „Die alleingelassene Region“, *Wolfsburger Allgemeine Zeitung* vom 8. November 2013: „Verbot von Fusion mit Helmstedt: Wie's weitergeht, ist völlig unklar“, *Braunschweiger Zeitung* vom 8. November 2013: „Statt Fusion erst mal Konfusion“.

In all diesen Artikeln wird der niedersächsische Minister des Innern, Boris Pistorius, für das Scheitern der zwischen Helmstedt und Wolfsburg geplanten Fusion verantwortlich gemacht.

Die *Braunschweiger Zeitung* vom 8. November 2013 kommentiert ferner zu den Hintergründen der Ablehnung des Innenministers: „Hinter vorgehaltener Hand heißt es, mit einer Mehrheit von nur einer Stimme könne die Koalition keine Kommunalreform riskieren. Das ist Unsinn. Niemand hindert Rot-Grün an einer gemeinsamen Initiative mit der CDU.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie werden die Landesregierung und besonders der Innenminister zukünftig Reformen der Kommunalstrukturen „von unten“ fördern, und wird es dazu Dialogangebote der Landesregierung an die Fraktionen im Landtag geben, um eine Strukturreform in der Region Braunschweig-Wolfsburg-Wolfenbüttel zu ermöglichen?
2. Warum hat der Innenminister die Stadt Wolfsburg und den Landkreis Helmstedt nicht bereits früher darüber informiert, dass deren Planungen die regionalpolitische Balance und Entwicklungsperspektiven des Oberzentrums Braunschweig nicht berücksichtigen und daher nicht von der Landesregierung unterstützt werden?
3. Welche Rolle sollen die geplanten Landesbeauftragten bei Strukturreformen „von unten“ haben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Hiebing. - Die Landesregierung antwortet. Herr Innenminister Pistorius, bitte! Sie haben das Wort.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg und der Landrat des Landkreises Helmstedt wandten sich erstmals im Herbst 2012 mit dem gemeinsamen Vorschlag an die Öffentlichkeit, die Stadt Wolfsburg und den Landkreis Helmstedt durch Eingemeindung aller Städte, Samtgemeinden und Gemeinden des Landkreises Helmstedt in die kreisfreie Stadt Wolfsburg zu fusionieren. Der Vorschlag findet bis heute bei den betroffenen Gemeinden, in der regionalen Presseberichterstattung und in der Öffentlichkeit Unterstützung. Im Mittelpunkt der diesbezüglichen Diskussionen stehen die Verbesserung des Entwicklungspotenzials der Stadt Wolfsburg sowie die äußerst prekäre finanzwirtschaftliche Lage des Landkreises Helmstedt und einiger seiner Gemeinden.

Allerdings wurden vor Ort auch Zweifel an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer derartigen Fusion geäußert. Deshalb gaben beide Kommunen bei den Professoren Lothar Hageböling und Veith Mehde die Anfertigung eines Gutachtens „zu den rechtlichen Aspekten einer Fusion des Landkreises Helmstedt mit der Stadt Wolfsburg zu einer kreisfreien Stadt Wolfsburg auf freiwilliger Basis und den einer solchen Fusion nahe kommenden Lösungen“ in Auftrag.

Die Ergebnisse des Gutachtens wurden am 6. Februar 2013 in Wolfsburg der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Gutachter halten die beschriebene Eingemeindungslösung für eher nicht verfassungskonform. Dagegen komme - bei Zurückstellung *anderer* verfassungsrechtlicher Bedenken - die Bildung eines Gemeindeverbandes aus der Stadt Wolfsburg und den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden des Landkreises Helmstedt in Betracht. Die verbandsangehörige Stadt Wolfsburg könnte und sollte in dem Gemeindeverband einen Sonderstatus, vergleichbar dem der Landeshauptstadt Hannover in der Region Hannover, bekommen. Eine zusätzlich zur Gemeindeverbandsbildung angestrebte Vergrößerung der Stadt Wolfsburg durch Eingemeindung einer oder mehrerer Nachbargemeinden würde allerdings nach Meinung der Gutachter die auch gegen eine Gemeindeverbandsbildung bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken vergrößern.

Meine Damen und Herren, mit Schreiben vom 21. Februar 2013 zeigten die Stadt Wolfsburg und der Landkreis Helmstedt dem Innenministerium die beabsichtigte Aufnahme von Verhandlungen über einen Zusammenschluss beider Gebietskörperschaften an. Die entsprechenden Vertretungsbeschlüsse wurden im März 2013 gefasst. Mit Schreiben vom 25. Februar 2013 zeigten darüber hinaus die Stadt Wolfsburg und die Stadt Königslutter am Elm dem Innenministerium an, Verhandlungen auch speziell über einen Zusammenschluss ihrer Gebietskörperschaften aufnehmen zu wollen.

Wichtiges Anliegen des Landkreises Helmstedt und seiner Samtgemeinden und Gemeinden im Zusammenhang mit einem Zusammenschluss von Landkreis Helmstedt und Stadt Wolfsburg ist es, eine Entschuldungshilfe nach dem Zukunftsvertrag zu erlangen. Mit diesem Ziel stellten der Landkreis selbst sowie alle Städte, Samtgemeinden und Einheitsgemeinden im Landkreis Helmstedt fristwahrend, d. h. rechtzeitig vor dem 31. März 2013, entsprechende Anträge an das Land. Dabei handelt es sich in einem Fall um eine beabsichtigte Eigenentschuldung und im Übrigen um beabsichtigte Zusammenschlüsse von Samtgemeinden, Einheitsgemeinden oder Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden.

Seit Mai dieses Jahres werden intensive politische und fachliche Gespräche zwischen dem Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, dem Landrat des Landkreises Helmstedt und Vertretern der Landesregierung geführt. Die Landesregierung begrüßt und unterstützt das Zusammenschlussvorhaben von Stadt Wolfsburg und Landkreis Helmstedt und ist bereit, bei der Klärung weiterer Fragen und der bestmöglichen Ausgestaltung eines solchen Vorhabens mitzuwirken.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aufgrund der bisher geführten Gespräche sind sich alle Beteiligten, meine Damen und Herren, darin einig, dass eine Fusion von Stadt Wolfsburg und Landkreis Helmstedt insgesamt aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht durch Eingemeindungen, sondern „nur“ durch Gemeindeverbandsbildung nach dem Beispiel der Region Hannover erfolgen könne. Dieses Modell beinhaltet jedoch die Übertragung wesentlicher Aufgaben, die heute von der Stadt Wolfsburg wahrgenommen werden, auf den Gemeindeverband.

Alternativ zu diesem Modell könnten einzelne Eingemeindungen in die Stadt Wolfsburg zweckmäßig sein und in Betracht kommen. Durch solche Ein-

gemeindungen würden sehr viel weiter gehende Fragen aufgeworfen. In diesem Fall müssten die gesamten Strukturen im Raum Braunschweig/Wolfsburg betrachtet werden. Insoweit hat das Land in den Gesprächen auf seine Verantwortung in dieser Frage hingewiesen. Diese Gesamtverantwortung erfordert es, bei dem jetzt für das Zusammenschlussvorhaben Wolfsburg/Helmstedt erreichten Erörterungsstand andere Kommunen und kommunale Akteure im Raum Braunschweig in die konkrete Ausgestaltung der anzustrebenden Lösung einzubeziehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg und der Landrat des Landkreises Helmstedt haben daraufhin das Land gebeten, in den weiteren Abstimmungsgesprächen eine moderierende Rolle zu übernehmen und diese zeitnah zu beginnen.

Meine Damen und Herren, anders als der Presseberichterstattung im Raum Braunschweig zu entnehmen war, gehen demzufolge die Gespräche über den bestmöglichen Zuschnitt der kommunalen Grenzen im Raum Wolfsburg/Helmstedt mit der Stadt Wolfsburg und dem Landkreis Helmstedt weiter und treten „lediglich“ in ein neues Stadium ein. Von einem Ende der Gespräche kann keine Rede sein.

(Ulf Thiele [CDU]: Was haben Sie eigentlich veranlasst?)

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1: Die Landesregierung begrüßt es, wenn Kommunen zur Steigerung ihrer Leistungskraft zu freiwilligen Fusionen bereit sind. Sie wird diese Kommunen bei ihren Vorhaben unterstützen, begleiten und beraten. Im Einzelfall ist sie zudem bereit, derartige Prozesse zu moderieren, so auch im Fall der beabsichtigten Fusion der Stadt Wolfsburg mit dem Landkreis Helmstedt; ich verweise auf die Vorbemerkung.

Ungeachtet dessen trägt für kommunale Gebietsänderungen immer der Gesetzgeber die letzte Verantwortung. Das impliziert die wichtige Rolle der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags und ihrer Fraktionen für die Umsetzung solcher Vorhaben. Eines politischen und ausdrücklich wiederholten Dialogangebotes der Landesregierung quasi als Handlungsvoraussetzung bedarf es in diesem Zusammenhang also nicht, weil die Gespräche bereits geführt werden.

(Angelika Jahns [CDU]: Sie haben es getan!)

Im Übrigen verweise ich auf die Vorbemerkungen.

Zu 2: Wie in den Vorbemerkungen dargestellt, werden die Gespräche zwischen den Vertretern des Landes und der Stadt Wolfsburg sowie dem Landkreis Helmstedt seit mehreren Monaten geführt. Im Rahmen der Gespräche ist eine Vielzahl komplexer Fragestellungen zu berücksichtigen. Alle diese Fragestellungen werden zwischen den Beteiligten auch weiterhin in intensiven Gesprächen erörtert werden. Dass die Bildung neuer Gebietskörperschaften immer auch die regionale Balance berücksichtigen muss, meine Damen und Herren, habe ich im Übrigen bereits in einem Interview mit der *Braunschweiger Zeitung* vom 5. Juli 2013 betont.

Zu 3: Die neuen Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung werden zusammen mit dem Innenministerium die zu Fusionen bereiten Kommunen unterstützen oder im Einzelfall, wenn erbeten, solche Vorhaben auch moderieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage hat sich die Kollegin Angelika Jahns von der CDU-Fraktion gemeldet. Sie haben das Wort.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass es bei der Stadt Wolfsburg und beim Landkreis Helmstedt den Antrag auf eine gemeinsame Sitzung gibt, frage ich die Landesregierung: Ist der Innenminister bereit, zu einer gemeinsamen Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Wolfsburg und des Kreisausschusses des Landkreises Helmstedt zu kommen, um Rede und Antwort zu diesen Fusionsplänen zwischen den beiden Kommunen zu stehen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Jahns, bislang liegt mir

eine solche Einladung nicht vor. Ich habe lediglich über die Presse von diesem Wunsch erfahren.

Ich füge hinzu, dass ich mich nicht in der Rolle sehe, vor kommunalen Gremien Rede und Antwort zu stehen. Ich habe ein Dialogangebot gemacht. Ich befinde mich mit allen Akteuren im Gespräch. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wenn eine Einladung kommt, werde ich darüber entscheiden, ob ich teilnehme.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Eine weitere Zusatzfrage wird vom Kollegen Ansgar-Bernhard Focke von der CDU-Fraktion gestellt. Herr Focke!

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass Politik wie auch Verwaltung der Stadt Wolfsburg eine Fusion und Fusionsgespräche mit der Stadt Braunschweig abgelehnt haben, ob die Landesregierung diese Äußerungen der Stadt Wolfsburg ernst nimmt.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Focke, als langjähriger Kommunalpolitiker und jetziger Innenminister ist es selbstverständlich, dass ich jede Äußerung einer kommunalen Gebietskörperschaft ernst nehme.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Schiesgeries, Sie haben das Wort für eine weitere Zusatzfrage.

Horst Schiesgeries (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie steht die Landesregierung zu der Aussage, die der Wolfsburger SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Hans-Georg Bachmann, in den *Wolfsburger Nachrichten* vom 9. November 2013 gemacht hat? Dort heißt es, Herr Innenminister:

„Jetzt ergreifen zwei Partner die Initiative und bekommen Knüppel zwischen die Beine geworfen.“

Ich bitte um eine Antwort.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es verbietet sich für die Landesregierung, Presseerklärungen von Fraktionsvorsitzenden kommunaler Gebietskörperschaften hier im Plenum zu kommentieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Ich werde Sie daran erinnern, Herr Minister, wenn es sich um eine CDU-Pressemitteilung handelt! - Zuruf von der CDU: Das war aber nichts!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage wird gestellt vom Kollegen Bernd-Carsten Hiebing, CDU-Fraktion.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Eine Sekunde, Herr Hiebing! - Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich jetzt wirklich auf die jeweiligen Fragesteller und Redner zu konzentrieren. Es hat sich so eingebürgert, dass an der Regierungsbank auf der linken Seite sehr viel geredet wird, vor allen Dingen übrigens mit dem Minister für Umwelt.

(Petra Tiemann [SPD]: Guter Minister!)

- Ein guter Minister, klar. - Ich bitte einfach, die Gespräche einzustellen. Wir haben es so geregelt, dass das zur Ordnung im Parlament gehört. - Kollege Hiebing, Sie haben das Wort!

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Innenminister Pistorius hat dieser Tage vor dem Plenum erklärt, wenn jemand etwas von Kommunen verstände, dann sei er das.

(Minister Boris Pistorius: Und das Hohe Haus!)

- Herr Minister, das haben Sie dann nachgeschoben.

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD] - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben erst einmal gesagt, dass Sie der größte Kommunalexperte seien. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung, welchen Rat denn der größte Kommunalexperte für den Landkreis Helmstedt und dessen Zukunft übrig hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie zu Recht bemerkt haben, ist der größte Kommunalexperte das Hohe Haus selbst. Das Hohe Haus selbst wird keine Ratschläge geben. Davon gehe ich jedenfalls aus. Ich kann nur wiederholen, was ich in allen Gesprächen gesagt und auch heute Morgen erklärt habe: Ich stehe für alle Gespräche zur Verfügung. Aus der regionalen Sicht mag das eine oder andere favorisiert werden oder auch nicht. Aus Landessicht haben wir eine andere Verantwortung wahrzunehmen, die die Regionen insgesamt im Auge zu behalten hat. Deswegen werde ich auch immer diesen Blick auf diese Region richten und mit großer Sorgfalt und großer Zuwendung mit allen Beteiligten vor Ort nach Lösungen suchen, die den Interessen der Regionen, der einzelnen Gebietskörperschaften insgesamt gerecht werden können oder es wenigstens zu tun versprechen, und gleichzeitig Lösungen entwickeln helfen, die dann auch zukunftsfähig sind.

(Björn Thümmler [CDU]: Gestern waren Sie noch der größte Kommunalpolitiker! - Jens Nacke [CDU]: Das nennt man übrigens Gängelung, was Sie gerade beschrieben haben, Herr Minister!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Wir nehmen die Aussage des Ministers für uns alle als Kompliment; denn wir sind das Hohe Haus. - Meine Damen und Herren, die nächste Frage wird gestellt von Johann-Heinrich Ahlers, CDU-Fraktion. Herr Ahlers!

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung: Wo begleitet die Landesregierung derzeit weitere Gespräche zur kommunalen Neuordnung?

(Jens Nacke [CDU]: „Wo gängelt sie noch?“, ist die Frage!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Außer mit Wolfsburg/Helmstedt befinde ich mich mit dem Landkreis Peine in Gesprächen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage wird gestellt von Burkhard Jasper, CDU-Fraktion.

Burkhard Jasper (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, nach Ihren Ausführungen ist mir noch nicht klar geworden, warum der Landrat und der Oberbürgermeister nach einem Gespräch mit dem Innenminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung das Scheitern der Fusion des Landkreises Helmstedt und der Stadt Wolfsburg bekannt gegeben haben, obwohl Sie laut Bericht der *Neuen Osnabrücker Zeitung* am 20. November erklärt haben, dass sie nicht vom Tisch sei.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Pistorius, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Burkhard Jasper, das ist in der Tat relativ einfach zu erklären, nämlich weil ich - wie ich gerade in meiner Antwort auf die Mündliche Anfrage schon ausgeführt habe - nicht erkennen kann, warum die Fusionsgespräche gescheitert sein sollen, nur weil ein Modell bislang nicht hinreichend auf die regionalen Auswirkungen und auf mögliche Alternativen abgeprüft worden ist. Das ist der Grund, warum es offenbar zu unterschiedlichen Bewertungen in dieser Presseveröffentlichung gekommen ist. Tatsache ist, die Gespräche laufen selbstverständlich weiter. Wir reden hier über einen Prozess, der sich entwickelt. Das ist keine Sache, die man in einer einstündigen Sitzung erörtert, entscheidet und dann umsetzt, sondern wir reden hier über einen Prozess, bei dem man versucht, verschiedene Lösungen zu prüfen, Modifikationen zu erörtern, um am Ende des Prozesses, der auch länger dauern kann, zu einem dann hoffentlich von allen zu tragenden Ergebnis zu kommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Rainer Fredermann, CDU-Fraktion.

Rainer Fredermann (CDU):

Herr Präsident! Als Mitglied der Regionsversammlung stelle ich der Landesregierung die Frage: Wie beurteilt die Landesregierung den Sinn und die Chancen einer gemeinsamen Region für Braunschweig und Wolfsburg nach dem hannoverschen Vorbild?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine gute Frage, auf die ich aber eigentlich erst antworten möchte, wenn die Region sich als Region so aufstellt. Das ist bislang nicht erkennbar. Von daher gibt es für mich keinen Anlass, ein Modell zu bewerten, hinter dem bislang nach meinen Informationen, wenn sie denn zutreffend sind, im Wesentlichen der Großraum Braunschweig steht, während sich alle übrigen Teilnehmer, die dafür infrage kommen und benötigt werden, bislang eher ablehnend geäußert haben. Von daher ist es im Augenblick keine Option, die inhaltlich zu prüfen Aufgabe des Innenministeriums wäre.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der CDU: Geschickt ausgewichen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste und damit ihre zweite Frage stellt Angelika Jahns, CDU-Fraktion.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass es bei den Berichterstattungen vom 8. und 9. November in den Zeitungen, sowohl im Braunschweiger Bereich und hier in Hannover als auch bei uns in Wolfsburg vor Ort überall den Tenor gegeben hat, dass die Fusion gescheitert bzw. vom Innenminister gestoppt sei, frage ich die Landesregierung und insbesondere den Innenminister: Wie bewertet er die Äußerungen von Herrn Betriebsratsvorsitzenden Osterloh in der *Braunschweiger Zeitung* vom 30. November, eine Fusion zu stoppen, sei das eine, aber nichts

in der Hinterhand zu haben, sei das andere, und das sei zu wenig?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Jahns, es gilt das vorhin Gesagte. Ich werde als Minister weder die Äußerungen von Vertretern kommunaler Gebietskörperschaften bewerten noch die des Betriebsratsvorsitzenden, den ich außerordentlich schätze. Ich kann mir das im Übrigen auch nur damit erklären, dass die Berichterstattung einen Eindruck vermittelt hat, der nicht der Realität entspricht; denn die Gespräche sind eben nicht beendet.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe gerade auszuführen versucht: Die Gespräche laufen weiter. Wir bleiben weiter im Gespräch. Wenn die Journalisten aus der Presseveröffentlichung, die dort vorgestellt worden ist, den Schluss ziehen, die Fusion sei gescheitert, dann habe ich das nicht zu kommentieren. Sie ist es nicht. Wir arbeiten weiter an Modellen, die denkbar sind.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Vielleicht wollen die sich einfach nicht gängeln lassen, Herr Minister!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste und damit seine zweite Frage stellt der Abgeordnete Horst Schiesgeries, CDU-Fraktion.

Horst Schiesgeries (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass ja nun der Landrat Wunderling-Weilbier von der Landesregierung zum 1. Januar 2014 zum Landesbeauftragten für Braunschweig ernannt wird, womit die Position des Landrates im Landkreis Helmstedt frei wird, und der Landkreis derzeit keinen Ersten Kreisrat hat, frage ich die Landesregierung, wer für den Landkreis Helmstedt denn nun in nächster Zeit die politische Verantwortung, gerade für die anstehenden Beratungen, übernehmen soll.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist keine Frage, die die Landesregierung beantworten kann, sondern das ist eine Frage, die der Landkreis Helmstedt beantworten muss.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD] - Jens Nacke [CDU]: Sie sind doch der größte Kommunalpolitiker aller Zeiten! Sie müssen das doch wissen! - Björn Thümler [CDU]: So stand es im Protokoll!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Seine zweite Frage stellt jetzt Bernd-Carsten Hiebing, CDU-Fraktion.

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund, Herr Minister, dass Sie eben von wichtigen, entscheidenden Gesprächen berichtet haben, die fortgesetzt werden sollen, frage ich die Landesregierung: Kann man dem Parlament sagen, wer bei diesen ganz entscheidenden Gesprächen denn als Teilnehmer zugegen war? - Ich habe eben einen Namen gehört und möchte fragen: Herr Minister, wer hat denn an diesen entscheidenden Gesprächen mit Ihnen teilgenommen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Innenminister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das waren Gespräche, die ich in meinem Haus als Minister geführt habe. Ich werde jetzt nicht öffentlich darlegen, mit wem diese Gespräche im Einzelnen geführt worden sind, jedenfalls nicht ohne Rücksprache mit den Teilnehmern der Gespräche.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Kollege Johann-Heinrich Ahlers, CDU-Fraktion. Zweite Frage.

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, ich frage die Landesregierung: Welche Angebote macht die Landesregierung den Kommunen zur Förderung freiwilliger Zusammenschlüsse, nachdem die Frist bereits abgelaufen ist?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Der Herr Innenminister antwortet.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Ahlers, ich nehme an, Sie meinen die Frist für die Antragstellung zum Zukunftsvertrag. Diese Frist ist in der Tat abgelaufen. Aus der Region liegen einige Anträge vor. Diese werden bearbeitet, sie werden geprüft und werden von der Kommission entschieden werden. Das ist völlig unabhängig von der Frage zu bewerten, wie die Fusionsverhandlungen oder die Gespräche über Veränderungen des Zuschnitts von Gebietskörperschaften in der Region weiter verlaufen werden. Derzeit ist von der Landesregierung nicht beabsichtigt, darüber hinaus Angebote finanzieller Art zu machen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. Jan-Christoph Oetjen, FDP-Fraktion, stellt nun eine Frage.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund dass der Minister ausgeführt hat, dass es auch Gespräche mit dem Landkreis Peine gibt und ich mich darüber gewundert habe, dass er nur den Landkreis Peine genannt hat, der sich ja nicht alleine neu ordnen kann, möchte ich nachfragen, ob es auch Gespräche mit etwaigen Nachbarlandkreisen und möglichen Fusionspartnern des Landkreises Peine gibt.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Pistorius, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oetjen, ich gehe davon aus, dass das in Kürze geschehen wird. Bislang ist es nicht geschehen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Thomas Adasch, CDU-Fraktion, nächste Frage, bitte!

Thomas Adasch (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwei Fragen an die Landesregierung.

Erstens. Die *Braunschweiger Zeitung* titelte am 8. November dieses Jahres: „Helmstedt schafft es nicht allein“. Wie ist hierzu die Meinung der Landesregierung?

Zweitens. Gibt es Verabredungen zwischen dem künftigen Landesbeauftragten und Noch-Landrat und der Landesregierung zur Zukunft des Landkreises Helmstedt?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meines Wissens gibt es keine Verabredungen. Jedenfalls gibt es keine mit mir. Ich wüsste auch nicht, welchen Inhalt sie haben sollten; denn der Landrat kann ja Verabredungen für seinen Landkreis nicht alleine treffen. Von daher ist mir so etwas nicht bekannt.

Was war die erste Frage?

(Thomas Adasch [CDU]: *Braunschweiger Zeitung* und dass es Helmstedt alleine nicht schafft!)

- In der Beantwortung der mündlichen Anfrage habe ich hinlänglich dargelegt - es ist aber auch jedermann bekannt -, dass Helmstedt haushaltsmäßig außerordentlich angeschlagen ist.

(Angelika Jahns [CDU]: Sehr schön!)

Der Landkreis Helmstedt hat mit Sicherheit eine schwierige Zukunft vor sich, mit der wir uns deshalb auch beschäftigen. Ob es der Landkreis alleine schafft oder nicht, ist keine Frage, die sich nur auf den Landkreis Helmstedt bezieht. Es gibt auch andere Gebietskörperschaften, bei denen Zweifel hieran erlaubt sind. Genau darum drehen sich die Gespräche vor Ort.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. Die letzte vorliegende Wortmeldung stammt vom Kollege Rainer Fredermann. Dies ist seine zweite Frage.

Rainer Fredermann (CDU):

Herr Präsident! Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Salzgitter und der Landkreis Peine Verhandlungen mit den benachbarten Kommunen aufnehmen möchten, frage ich: Welche Maßnahmen der regionalpolitischen Balance müssen diese Kommunen aus Ihrer Sicht beachten, um eine engere Zusammenarbeit zu erreichen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass sich diejenigen, die vor Ort miteinander über Veränderungen von Gebietskörperschaftsgrenzen oder Fusionen sprechen, frühzeitig auch mit dem Innenministerium in Verbindung setzen, um über vorher festzulegende Parameter - Beschränkungen oder was auch immer - zu sprechen, und ich gehe davon aus, dass die in diesem Fall vor Ort Verantwortlichen dies in Kürze auch tun werden.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Nun gibt es doch noch eine Frage vom Kollegen Lutz Winkelmann, CDU-Fraktion. Dies ist seine erste Frage.

Lutz Winkelmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, ich frage Sie direkt: Haben Sie bei den von Ihnen geführten Gesprächen im Hinblick auf die eventuelle Fusion von Helmstedt mit Wolfsburg ganz konkret mit Herrn Osterloh, dem Betriebsratsvorsitzenden von VW, gesprochen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Der Herr Minister antwortet. Bitte, Herr Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Winkelmann, nein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Jörg Hillmer, CDU-Fraktion, stellt die letzte Frage.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Vizepräsident des Landtages, Klaus-Peter Bachmann, in der Zeitschrift der IHK Braunschweig vom November 2013 dahingehend zitiert wird, dass die Stadt Braunschweig räumliche Entwicklungsmöglichkeiten benötige, die beim gegenwärtigen kommunalen Zuschnitt nicht gegeben seien, frage ich die Landesregierung, wie sie die nötigen räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Braunschweig sicherstellen möchte und ob dies die Filetierung der angrenzenden Landkreise bedeutet.

(Zustimmung von Angelika Jahns [CDU])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Hillmer. - Herr Minister Pistorius antwortet.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hilbers,

(Zurufe von der CDU: Hillmer!)

wenn die Frage so einfach zu beantworten wäre, dass man dies im Rahmen einer mündlichen Anfrage tun könnte, dann würde ich es gerne tun. Aber genau das sind die Fragen, die wir regional zu beantworten haben, und bevor wir sie beantworten können, müssen wir sie beraten. Wir müssen mit den Beteiligten darüber reden, welche Möglichkeiten bestehen, welche Alternativen zu den diskutierten Modellen es gibt und was den Regionen und den einzelnen Gebietskörperschaften gerecht wird. Das ist die Aufgabe. Das macht man nicht im Handumdrehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist jetzt 10.49 Uhr. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Fragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden gemäß § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Sie werden

sie in der Regel dann auch auf Ihren Plätzen erhalten.*

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 32:

Haushaltsberatungen 2014 - Abschluss

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014 -)

Abstimmungen (gebündelt über Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/1044 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/1045 - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/1046

Dazu übergebe ich dem Präsidenten die Sitzungsleitung.

(Präsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, Herr Vizepräsident Klare hat bereits Tagesordnungspunkt 32 aufgerufen.

In Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts 2014 und des Begleitgesetzes sowie der weiteren Beratungsgegenstände zu diesem Themenfeld kommen wir jetzt zu den Abstimmungen.

Zunächst eine Erläuterung, wie wir verfahren.

(Eine große Anzahl Abgeordneter verlässt den Plenarsaal - Zurufe: Hierbleiben!)

- Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen nur dringend empfehlen: Wo auch immer Sie jetzt gerade Privatgespräche führen, suchen Sie am besten den eigenen Sitzplatz auf, und hören Sie gut zu, damit die nächsten ein bis zwei Stunden noch alles gut funktioniert.

* Die Antworten zu den Anfragen 3 bis 85, die nicht in der 25. Sitzung des Landtages am 13.12.2013 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/1040 abgedruckt.

Wir beginnen mit den Abstimmungen zum Haushaltsbegleitgesetz. Danach stimmen wir über die Beschlussempfehlungen und die Änderungsanträge zu den Einzelplänen und zum Haushaltsgesetz ab. In diese Abstimmungen werden auch die drei gestern vorgelegten Hilfsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP in den Drucksachen 17/1044, 17/1045 und 17/1046 einbezogen, die sich auf den Einzelplan 07 - Kultus - beziehen. Anschließend stimmen wir über den Antrag auf Annahme einer Entschließung ab, der der Sache nach zum Haushaltsgesetz gehört. Ich verweise auf § 23 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages.

Darauf folgt die Abstimmung über die 9. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben, d. h. über die Eingaben, die sich auf den Haushalt beziehen.

Daran anschließend stimmen wir über die Entschließungsanträge der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/274 und der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/450 ab, die nach der Entscheidung des Ältestenrates in die Haushaltsberatungen einbezogen waren.

Bevor wir mit den Einzelberatungen beginnen, weise ich darauf hin, dass die Landtagsverwaltung in Abstimmung mit dem Finanzministerium - die entsprechende Beschlussfassung voraussetzend - die sich auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen zu den Einzelplänen ergebenden Ergebnisse bereits jetzt als „Fassung der zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes“ in der Drucksache 17/1030 an Sie verteilt. Nach meinem Eindruck ist das, glaube ich, auch schon geschehen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis und zur Hand. Unterstellt wird natürlich ein entsprechender Verlauf der Beschlussfassung. Auf diese Weise können wir nach der Einzelberatung und den Schlusserklärungen der Fraktionen ohne Zeitverzögerung zur Schlussabstimmung kommen.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung zu Tagesordnungspunkt 32: Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014. Zu diesem Punkt liegen die Beschlussempfehlungen des Ausschusses in der Drucksache 17/1001 sowie die Änderungsanträge der Fraktionen der FDP und der CDU in den Drucksachen 17/1015 und 17/1020 vor.

Ich rufe die Änderungsanträge nicht in ihrer Gesamtheit auf, sondern ich stelle sie in der Reihenfolge ihres Eingangs jeweils bei den Artikeln zur Abstimmung, auf die sie sich beziehen. Als Letztes

rufe ich jeweils die Beschlussempfehlung des Ausschusses auf.

Also: Haushaltsbegleitgesetz 2014.

Artikel 1. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses, die ich jetzt zur Abstimmung stelle. Wer dieser Änderungsempfehlung folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Artikel 2. - Unverändert.

Artikel 3. - Hierzu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1020. Wer für diesen Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest: Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Änderungsempfehlung des Ausschusses, die ich zur Abstimmung stelle. Wer für diese Änderungsempfehlung des Ausschusses ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit Mehrheit wurde der Änderungsempfehlung gefolgt.

Artikel 4. - Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1020 vor, den ich zur Abstimmung stelle. Wer für diesen Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich darf bitten, das Herumwandern im Saal auf das geringste Maß zu beschränken, auch was die Logenumgebung anbelangt.

Zu Artikel 4 liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsempfehlung wurde gefolgt.

Artikel 5. - Hierzu gibt es zwei Änderungsanträge. Wie gesagt: nach Reihenfolge des Eingangs.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 17/1015 folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 17/1020. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsan-

trag der CDU abgelehnt worden. - Im Übrigen gilt die Beschlussempfehlung unverändert.

Artikel 6. - Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1015 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat der Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden, er ist abgelehnt worden. - Im Übrigen gilt die Beschlussempfehlung unverändert.

Artikel 7. - Wer für den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 17/1015 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt worden. - Im Übrigen gilt die Beschlussempfehlung unverändert.

Artikel 8. - Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 17/1020 folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Zu Artikel 8 gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses mehrheitlich gefolgt worden.

Artikel 9. - Unverändert.

Artikel 10. - Hierzu gibt es zwei Änderungsanträge.

Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus der Drucksache 17/1015: Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 17/1020 zu Artikel 10. Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Sodann kommen wir zur Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer ihr folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsempfehlung mehrheitlich gefolgt worden.

Artikel 11. - Unverändert.

Artikel 12. - Unverändert.

Artikel 13. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! -

Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses mehrheitlich gefolgt worden.

Artikel 14. - Unverändert.

Artikel 14/1. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

Artikel 14/2. - Hierzu gibt es ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer dafür da ist, der hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses mehrheitlich gefolgt worden.

Artikel 15. - Hierzu liegen mehrere Änderungsanträge vor.

Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus der Drucksache 17/1015: Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Nun zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 17/1020: Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag der CDU mehrheitlich abgelehnt worden. - Im Übrigen gilt die Beschlussempfehlung unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über das Haushaltsbegleitgesetz 2014.

Wer dem Gesetzentwurf mit den beschlossenen Änderungen, Ausschussempfehlungen usw. zustimmen möchte, den bitte ich, jetzt aufzustehen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Ich darf in diesem Zusammenhang feststellen, dass Frau Kollegin Hamburg fehlt, Herr Grupe aber an der Abstimmung nicht teilgenommen hat. Somit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt worden.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Einzelberatung zum Haushaltsgesetz 2014.

Zum Haushaltsgesetz stimmen wir über die Beschlussempfehlungen und die sich darauf beziehenden Änderungsanträge der Fraktionen in der Reihenfolge ihres Eingangs ab, und zwar zunächst zu den Einzelplänen und danach zum Haushaltsgesetzentwurf. Bei den Einzelplänen ist deshalb

vorgesehen, jeweils zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014, dann den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019 und zuletzt die Beschlussempfehlung des Ausschusses aufzurufen. Die Änderungsanträge der Fraktionen werden also nicht in ihrer Gesamtheit aufgerufen, sondern nur insoweit, wie sie sich auf den zur Abstimmung stehenden Einzelplan beziehen.

In die Abstimmungen zu Einzelplan 07 beziehen wir auch die drei gestern vorgelegten Hilfsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP in den Drucksachen 17/1044, 17/1045 und 17/1046 ein. Ich werde, wenn es so weit ist, auch sagen, was das zum Gegenstand hat.

Wir treten jetzt ein in die Abstimmung zum Einzelplan 01 - Landtag. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/971 vor. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Haushalt des Landtages, also Einzelplan 01, einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen jetzt zum Einzelplan 02 - Staatskanzlei. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse zunächst - wie eben angekündigt - über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abstimmen. Das ist die Drucksache 17/1014. Wer dem Änderungsantrag der FDP folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Des Weiteren gibt es hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer dem Änderungsantrag der CDU folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses. Das ist die Drucksache 17/972. Wer dieser Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich so beschlossen worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Ich komme jetzt zu den Abstimmungen im Einzelnen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014 folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen sodann zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU abgelehnt worden.

Wir kommen sodann zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/973. Wer sich der Beschlussempfehlung des Ausschusses anschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Einzelplan 04 - Finanzministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich komme zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer sich dem anschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Es gibt dann den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer dem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Es gibt sodann die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/974. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist dann mehrheitlich so beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich komme zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit entsprechender Mehrheit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt worden.

(Christian Dürr [FDP] stimmt gegen den Antrag - Heiterkeit - Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Wir können das verstehen!)

Stimmenthaltungen? - Begleitet von allgemeiner Heiterkeit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt worden.

(Heiterkeit)

- Da die Stimme des Abgeordneten zunächst schon für den Antrag war, können wir die zweite Stimme nicht mehr werten.

(Christian Dürr [FDP]: Danke, Herr Präsident! - Guter Mann! - Ronald Schminke [SPD]: Man wird darüber noch nachdenken müssen! - Heiterkeit)

- Ich denke, meine Damen und Herren, wir sollten fortsetzen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU steht jetzt zur Abstimmung an. Das ist die Drucksache 17/1019. Wer dem Änderungsantrag der CDU folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag der CDU mehrheitlich abgelehnt worden.

Sodann folgt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/975. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Ausschussempfehlung bezüglich des Einzelplans 05 mehrheitlich angenommen worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir kommen zum Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Frakti-

on der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Zunächst komme ich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer diesem Änderungsantrag seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit entsprechender Mehrheit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt worden.

Es folgt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer diesem Änderungsantrag seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag der CDU abgelehnt worden.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/976. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses zum Einzelplan 06 mehrheitlich gefolgt worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es folgt der Einzelplan 07 - Kultusministerium.

(Jens Nacke [CDU] meldet sich zu Wort)

- Dann nehme ich Sie **zur Geschäftsordnung** gleich dran.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen von CDU und FDP haben gestern zum Einzelplan 07 noch Hilfsanträge vorgelegt. Die Hilfsanträge kommen dann zum Tragen, wenn Sie den übrigen Vorschlägen der Fraktionen von CDU und FDP nicht zustimmen wollen. Nur dann wird über die Hilfsanträge abgestimmt.

Sie enthalten einen Teil unserer Hauptanträge, über die dann gesondert abgestimmt werden soll. Es geht dabei um die Altersermäßigung für Lehrkräfte, um die Qualitätssteigerung im Bereich der frühkindlichen Bildung - also die dritte Kindergartenkraft - und die Unterrichtsverpflichtung von Gymnasiallehrern.

Indem Sie einem Hilfsantrag zustimmen, haben Sie die Gelegenheit, Ihrem Haushalt in Gänze zuzustimmen und ihn nur in einem gesonderten Punkt - mit der entsprechenden Gegenfinanzierung - zu ändern.

Weil wir wissen wollen, wie Sie sich zu diesen Punkten genau verhalten, beantragen wir für diese drei Hilfsanträge namentliche Abstimmung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Nacke. - Will sich sonst noch jemand zur Geschäftsordnung einlassen? - Nein. Ich denke, das Ansinnen und die Rechtslage sind klar.

Ich hatte den Einzelplan 07 - Kultusministerium - aufgerufen. Hierzu liegen die Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU, die mit Datum vom 12. Dezember 2013 eingereichten Hilfsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP gemäß § 81 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in den Drucksachen 17/1044, 17/1045 und 17/1046 sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Zum Regularium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Über die drei Hilfsanträge wäre nur dann - einzeln - abzustimmen, wenn die Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU zu Einzelplan 07 abgelehnt würden. Würde denen gefolgt, hätten sich die Hilfsanträge erübrigt. Dies ergibt sich aus § 81 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung.

Zu diesen Hilfsanträgen ist nunmehr, wie wir gehört haben, jeweils namentliche Abstimmung beantragt worden. Wir würden diese Art der Abstimmung für jeden Hilfsantrag, also insgesamt dreimal, durchführen.

Ich komme zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt worden.

Ich komme zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 17/1019. Wer dem Änderungsantrag der CDU folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch der Änderungsantrag der Fraktion der CDU abgelehnt worden.

Nachdem nun also die Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU abgelehnt wurden, kommen wir, wie angekündigt, zu den namentlichen Abstimmungen.

Dem Antrag auf namentliche Abstimmung ist zu entsprechen, wenn sie zehn Mitglieder des Landtages verlangen. Hier hat schon der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion gesprochen. Ich gehe davon aus, dass die CDU-Fraktion das so beantragt, die unzweifelhaft über mehr als zehn Mandate verfügt. Somit ist die notwendige Unterstützung des Antrages auf namentliche Abstimmung gegeben.

Meine Damen und Herren, das Verfahren für die namentliche Abstimmung ist in § 84 Abs. 2 und 4 unserer Geschäftsordnung geregelt. Danach ruft ein Mitglied des Sitzungsvorstandes alle Mitglieder des Landtages in alphabetischer Reihenfolge mit ihrem Namen auf. Die Aufgerufenen geben ihre Stimme durch den Zuruf „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ab.

Wer also den Hilfsanträgen der Fraktionen der CDU und der FDP, die ich gleich einzeln aufrufen werde, jeweils zustimmen möchte, ruft „Ja“. Wer dagegen ist, ruft „Nein“. Wer sich der Stimme enthalten möchte, ruft „Enthaltung“.

Ich bitte, so laut abzustimmen, dass es vom Sitzungsvorstand - von uns dreien hier oben - gut zu verstehen ist.

Im Stenografischen Bericht wird vermerkt, wie jedes Mitglied des Landtages abgestimmt hat.

Ich weise an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass der Abgeordnete Herr Grupe im Rahmen des sogenannten Pairings für die erkrankte Abgeordnete Frau Hamburg an den Abstimmungen nicht teilnehmen wird.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Sehr fair!)

Wir beginnen jetzt, meine Damen und Herren, mit der namentlichen Abstimmung zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 17/1044. So sie die nicht gerade zur Hand haben - sie müsste aber überall ausgelegt sein -: Das ist die Drucksache, die sich auf die Altersermäßigung für Lehrkräfte bezieht.

Frau Twesten als Schriftführerin verliest jetzt zügig, aber in Ruhe die Namen in alphabetischer Reihenfolge. Man möge sich dann entsprechend äußern. Bitte sehr!

(Schriftführerin Elke Twesten verliest die Namen der Abgeordneten.
Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Thomas Adasch	Ja	Jörg Hillmer	Ja
Johann-Heinrich Ahlers	Ja	Dr. Gero Hocker	Ja
Dr. Gabriele Andretta	Nein	Ottmar von Holtz	Nein
Ernst-Ingolf Angermann	Ja	Michael Höntsch	Nein
Holger Ansmann	Nein	Gerda Hövel	Ja
Klaus-Peter Bachmann	Nein	Angelika Jahns	Ja
Volker Bajus	Nein	Hans-Joachim Janßen	Nein
Martin Bäumer	Ja	Meta Janssen-Kucz	Nein
Karsten Becker	Nein	Burkhard Jasper	Ja
Almuth von Below-Neufeldt	Ja	Petra Joumaah	Ja
Karin Bertholdes-Sandrock	Ja	Karl-Heinz Klare	Ja
Dr. Stefan Birkner	Ja	Stefan Klein	Nein
Karl-Heinz Bley	Ja	Ingrid Klopp	Ja
André Bock	Ja	Lothar Koch	Ja
Jörg Bode	Ja	Gabriela Kohlenberg	Ja
Norbert Böhlke	Ja	Gabriela König	Ja
Marcus Bosse	Nein	Ina Korter	Nein
Axel Brammer	Nein	Horst Kortlang	Ja
Christoph Bratmann	Nein	Jürgen Krogmann	Nein
Markus Brinkmann	Nein	Klaus Krumfuß	Ja
Marco Brunotte	Nein	Clemens Lammerskitten	Ja
Sylvia Bruns	Ja	Sebastian Lechner	Ja
Bernd Busemann	Ja	Dr. Silke Lesemann	Nein
Christian Calderone	Ja	Olaf Lies	Nein
Helmut Dammann-Tamke	Ja	Helge Limburg	Nein
Dr. Hans-Joachim Deneke-		Editha Lorberg	Ja
Jöhrens	Ja	Bernd Lynack	Nein
Otto Deppmeyer	Ja	Dr. Max Matthiesen	Ja
Christian Dürr	Ja	David McAllister	Ja
Hans-Heinrich Ehlen	Ja	Susanne Menge	Nein
Hillgriet Eilers	Ja	Christian Meyer	Nein
Petra Emmerich-Kopatsch	Nein	Volker Meyer	Ja
Mustafa Erkan	Nein	Axel Miesner	Ja
Ansgar-Bernhard Focke	Ja	Johanne Modder	Nein
Björn Försterling	Ja	Matthias Möhle	Nein
Rainer Fredermann	Ja	Adrian Mohr	Ja
Dr. Marco Genthe	Ja	Jens Nacke	Ja
Renate Geuter	Nein	Frank Oesterhelweg	Ja
Immacolata Glosemeyer	Nein	Jan-Christoph Oetjen	Ja
Rudolf Götz	Ja	Belit Onay	Nein
Christian Grascha	Ja	Dr. Christos Pantazis	Nein
Clemens Große Macke	Ja	Anja Piel	Nein
Hermann Grupe	-	Gudrun Pieper	Ja
Hans-Dieter Haase	Nein	Filiz Polat	Nein
Julia Willie Hamburg	-	Stefan Politze	Nein
Karl Heinz Hausmann	Nein	Claus Peter Poppe	Nein
Gerald Heere	Nein	Ulf Prange	Nein
Frauke Heiligenstadt	Nein	Sigrid Rakow	Nein
Karsten Heineking	Ja	Heinz Rolfes	Ja
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić	Nein	Mechthild Ross-Luttmann	Ja
Frank Henning	Nein	Dr. Alexander Saipa	Nein
Holger Heymann	Nein	Uwe Santjer	Nein
Bernd-Carsten Hiebing	Ja	Horst Schiesgeries	Ja
Reinhold Hilbers	Ja	Maximilian Schmidt	Nein

Ronald Schminke	Nein
Heinrich Scholing	Nein
Heiner Schönecke	Ja
Thomas Schremmer	Nein
Andrea Schröder-Ehlers	Nein
Doris Schröder-Köpf	Nein
Annette Schwarz	Ja
Uwe Schwarz	Nein
Kai Seefried	Ja
Wiard Siebels	Nein
Dr. Stephan Siemer	Ja
Miriam Staudte	Nein
Uwe Strümpel	Nein
Detlef Tanke	Nein
Ulf Thiele	Ja
Björn Thümler	Ja
Petra Tiemann	Nein
Sabine Tippelt	Nein
Dirk Toepffer	Ja
Grant Hendrik Tonne	Nein
Elke Twesten	Nein
Astrid Vockert	Ja
Kathrin Wahlmann	Nein
Ulrich Watermann	Nein
Stephan Weil	Nein
Stefan Wenzel	Nein
Dr. Thela Wernstedt	Nein
Maaret Westphely	Nein
Gerd Ludwig Will	Nein
Lutz Winkelmann	Ja)

(Jens Nacke [CDU]: Jetzt sind wir mal gespannt! - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh! - Petra Tiemann [SPD]: Und das jetzt dreimal! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Demokratie schmerzt eben! - Jens Nacke [CDU]: Das schmerzt, Frau Tiemann! Ich weiß! - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Halt, wir sind noch nicht fertig!

Befindet sich ein Mitglied des Landtages im Saal, das noch nicht aufgerufen wurde oder noch nicht abgestimmt hat? Das möge dann gleich „hallo“ schreien. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, sich einen Moment zu gedulden. Ich denke, dass das Ergebnis der Auszählung in einigen Momenten - also gleich - vorliegen wird. -

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis bekannt geben und wäre Ihnen auch dankbar, wenn Sie Ihren Platz einnehmen würden.

Abgestimmt haben 135 Mitglieder des Landtages, davon 67 mit Ja und 68 mit Nein. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist der Hilfsantrag gemäß Drucksache 17/1044 abgelehnt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh! Mit Beifall! - Christian Dürr [FDP]: Ob man da klatschen sollte? - Björn Thümler [CDU]: Verachtung geht genauso! - Heiner Schönecke [CDU]: Unverschämtheit!)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 17/1045. Dabei geht es um das Landesprogramm zur Qualitätssteigerung im Bereich der frühkindlichen Bildung.

(Reinhold Hilbers [CDU] - zur SPD und zu den GRÜNEN -: Das Sie immer versprochen haben!)

Sie kennen die Hinweise - Ja, Nein oder Enthaltung -, wie Sie da verfahren sollen.

Ich darf jetzt gleich den Schriftführer zur Rechten bitten, die Namen zu verlesen. Das gleiche Procedere wie eben. Bitte sehr, Herr Krumfuß!

(Schriftführer Klaus Krumfuß verliest die Namen der Abgeordneten.

Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Thomas Adasch	Ja
Johann-Heinrich Ahlers	Ja
Dr. Gabriele Andretta	Nein
Ernst-Ingolf Angermann	Ja
Holger Ansmann	Nein
Klaus-Peter Bachmann	Nein
Volker Bajus	Nein
Martin Bäumer	Ja
Karsten Becker	Nein
Almuth von Below-Neufeldt	Ja
Karin Bertholdes-Sandrock	Ja
Dr. Stefan Birkner	Ja
Karl-Heinz Bley	Ja
André Bock	Ja
Jörg Bode	Ja
Norbert Böhlke	Ja
Marcus Bosse	Nein
Axel Brammer	Nein
Christoph Bratmann	Nein
Markus Brinkmann	Nein

Marco Brunotte	Nein	Clemens Lammerskitten	Ja
Sylvia Bruns	Ja	Sebastian Lechner	Ja
Bernd Busemann	Ja	Dr. Silke Lesemann	Nein
Christian Calderone	Ja	Olaf Lies	Nein
Helmut Dammann-Tamke	Ja	Helge Limburg	Nein
Dr. Hans-Joachim Deneke- Jöhrens	Ja	Editha Lorberg	Ja
Otto Deppmeyer	Ja	Bernd Lynack	Nein
Christian Dürr	Ja	Dr. Max Matthiesen	Ja
Hans-Heinrich Ehlen	Ja	David McAllister	Ja
Hillgriet Eilers	Ja	Susanne Menge	Nein
Petra Emmerich-Kopatsch	Nein	Christian Meyer	Nein
Mustafa Erkan	Nein	Volker Meyer	Ja
Ansgar-Bernhard Focke	Ja	Axel Miesner	Ja
Björn Försterling	Ja	Johanne Modder	Nein
Rainer Fredermann	Ja	Matthias Möhle	Nein
Dr. Marco Genthe	Ja	Adrian Mohr	Ja
Renate Geuter	Nein	Jens Nacke	Ja
Immacolata Glosemeyer	Nein	Frank Oesterhelweg	Ja
Rudolf Götz	Ja	Jan-Christoph Oetjen	Ja
Christian Grascha	Ja	Belit Onay	Nein
Clemens Große Macke	Ja	Dr. Christos Pantazis	Nein
Hermann Grupe	-	Anja Piel	Nein
Hans-Dieter Haase	Nein	Gudrun Pieper	Ja
Julia Willie Hamburg	-	Filiz Polat	Nein
Karl Heinz Hausmann	Nein	Stefan Politze	Nein
Gerald Heere	Nein	Claus Peter Poppe	Nein
Frauke Heiligenstadt	Nein	Ulf Prange	Nein
Karsten Heineking	Ja	Sigrid Rakow	Nein
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić	Nein	Heinz Rolfes	Ja
Frank Henning	Nein	Mechthild Ross-Luttmann	Ja
Holger Heymann	Nein	Dr. Alexander Saipa	Nein
Bernd-Carsten Hiebing	Ja	Uwe Santjer	Nein
Reinhold Hilbers	Ja	Horst Schiesgeries	Ja
Jörg Hillmer	Ja	Maximilian Schmidt	Nein
Dr. Gero Hocker	Ja	Ronald Schminke	Nein
Ottmar von Holtz	Nein	Heinrich Scholing	Nein
Michael Höntsch	Nein	Heiner Schönecke	Ja
Gerda Hövel	Ja	Thomas Schremmer	Nein
Angelika Jahns	Ja	Andrea Schröder-Ehlers	Nein
Hans-Joachim Janßen	Nein	Doris Schröder-Köpf	Nein
Meta Janssen-Kucz	Nein	Annette Schwarz	Ja
Burkhard Jasper	Ja	Uwe Schwarz	Nein
Petra Joumaah	Ja	Kai Seefried	Ja
Karl-Heinz Klare	Ja	Wiard Siebels	Nein
Stefan Klein	Nein	Dr. Stephan Siemer	Ja
Ingrid Klopp	Ja	Miriam Staudte	Nein
Lothar Koch	Ja	Uwe Strümpel	Nein
Gabriela Kohlenberg	Ja	Detlef Tanke	Nein
Gabriela König	Ja	Ulf Thiele	Ja
Ina Korter	Nein	Björn Thümler	Ja
Horst Kortlang	Ja	Petra Tiemann	Nein
Jürgen Krogmann	Nein	Sabine Tippelt	Nein
Klaus Krumfuß	Ja	Dirk Toepffer	Ja
		Grant Hendrik Tonne	Nein

Elke Twesten	Nein
Astrid Vockert	Ja
Kathrin Wahlmann	Nein
Ulrich Watermann	Nein
Stephan Weil	Nein
Stefan Wenzel	Nein
Dr. Thela Wernstedt	Nein
Maaret Westphely	Nein
Gerd Ludwig Will	Nein
Lutz Winkelmann	Ja)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Krumfuß.

Meine Damen und Herren, befindet sich ein Mitglied des Landtags im Saal, das noch nicht aufgerufen wurde oder noch nicht abgestimmt hat? - Ich sehe keine Anzeichen. Also ist das nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie auch hier, sich einen Moment zu gedulden. Ich denke, wie eben werden wir das Ergebnis ganz zügig haben. Ich danke erst einmal.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen schon das Ergebnis bekannt geben. Es haben 135 Mitglieder des Landtages abgestimmt. Davon haben 67 mit Ja und 68 mit Nein abgestimmt. Keine Enthaltungen. Damit ist der Hilfsantrag in der Drucksache 17/1045 abgelehnt.

(Christian Dürr [FDP]: Kein Klatschen? - Jens Nacke [CDU]: Zweites Versprechen gebrochen!)

Meine Damen und Herren, wir fahren fort und beginnen mit der namentlichen Abstimmung zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drucksache 17/1046. Dabei geht es um die Unterrichtsverpflichtung von Gymnasiallehrern. Das Verfahren ist bekannt: Ja, Nein, Enthaltung.

Ich habe, weil es beim zweiten namentlichen Abstimmungsvorgang schon ein bisschen unruhiger war als beim ersten, die Bitte: Bitte keine Nebenkomentierungen, Zwiegespräche - wie auch immer - und bitte auch laut Ihre Meinung kundtun! Denn wir müssen das vorne zweifelsfrei hören können.

In diesem Sinne darf ich jetzt wieder Frau Twesten bitten, die Namen zu verlesen.

(Schriftführerin Elke Twesten verliest die Namen der Abgeordneten.
Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Thomas Adasch	Ja
Johann-Heinrich Ahlers	Ja
Dr. Gabriele Andretta	Nein
Ernst-Ingolf Angermann	Ja
Holger Ansmann	Nein
Klaus-Peter Bachmann	Nein
Volker Bajus	Nein
Martin Bäumer	Ja
Karsten Becker	Nein
Almuth von Below-Neufeldt	Ja
Karin Bertholdes-Sandrock	Ja
Dr. Stefan Birkner	Ja
Karl-Heinz Bley	Ja
André Bock	Ja
Jörg Bode	Ja
Norbert Böhlke	Ja
Marcus Bosse	Nein
Axel Brammer	Nein
Christoph Bratmann	Nein
Markus Brinkmann	Nein
Marco Brunotte	Nein
Sylvia Bruns	Ja
Bernd Busemann	Ja
Christian Calderone	Ja
Helmut Dammann-Tamke	Ja
Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens	Ja
Otto Deppmeyer	Ja
Christian Dürr	Ja
Hans-Heinrich Ehlen	Ja
Hillgriet Eilers	Ja
Petra Emmerich-Kopatsch	Nein
Mustafa Erkan	Nein
Ansgar-Bernhard Focke	Ja
Björn Försterling	Ja
Rainer Fredermann	Ja
Dr. Marco Genthe	Ja
Renate Geuter	Nein
Immacolata Glosemeyer	Nein
Rudolf Götz	Ja
Christian Grascha	Ja
Clemens Große Macke	Ja
Hermann Grupe	-
Hans-Dieter Haase	Nein
Julia Willie Hamburg	-
Karl Heinz Hausmann	Nein
Gerald Heere	Nein
Frauke Heiligenstadt	Nein
Karsten Heineking	Ja
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić	Nein
Frank Henning	Nein
Holger Heymann	Nein
Bernd-Carsten Hiebing	Ja
Reinhold Hilbers	Ja

Jörg Hillmer	Ja
Dr. Gero Hocker	Ja
Ottmar von Holtz	Nein
Michael Höntsch	Nein
Gerda Hövel	Ja
Angelika Jahns	Ja
Hans-Joachim Janßen	Nein
Meta Janssen-Kucz	Nein
Burkhard Jasper	Ja
Petra Joumaah	Ja
Karl-Heinz Klare	Ja
Stefan Klein	Nein
Ingrid Klopp	Ja
Lothar Koch	Ja
Gabriela Kohlenberg	Ja
Gabriela König	Ja
Ina Korter	Nein
Horst Kortlang	Ja
Jürgen Krogmann	Nein
Klaus Krumfuß	Ja
Clemens Lammerskitten	Ja
Sebastian Lechner	Ja
Dr. Silke Lesemann	Nein
Olaf Lies	Nein
Helge Limburg	Nein
Editha Lorberg	Ja
Bernd Lynack	Nein
Dr. Max Matthiesen	Ja
David McAllister	Ja
Susanne Menge	Nein
Christian Meyer	Nein
Volker Meyer	Ja
Axel Miesner	Ja
Johanne Modder	Nein
Matthias Möhle	Nein
Adrian Mohr	Ja
Jens Nacke	Ja
Frank Oesterhelweg	Ja
Jan-Christoph Oetjen	Ja
Belit Onay	Nein
Dr. Christos Pantazis	Nein
Anja Piel	Nein
Gudrun Pieper	Ja
Filiz Polat	Nein
Stefan Politze	Nein
Claus Peter Poppe	Nein
Ulf Prange	Nein
Sigrid Rakow	Nein
Heinz Rolfes	Ja
Mechthild Ross-Luttmann	Ja
Dr. Alexander Saipa	Nein
Uwe Santjer	Nein
Horst Schiesgeries	Ja
Maximilian Schmidt	Nein

Ronald Schminke	Nein
Heinrich Scholing	Nein
Heiner Schönecke	Ja
Thomas Schremmer	Nein
Andrea Schröder-Ehlers	Nein
Doris Schröder-Köpf	Nein
Annette Schwarz	Ja
Uwe Schwarz	Nein
Kai Seefried	Ja
Wiard Siebels	Nein
Dr. Stephan Siemer	Ja
Miriam Staudte	Nein
Uwe Strümpel	Nein
Detlef Tanke	Nein
Ulf Thiele	Ja
Björn Thümler	Ja
Petra Tiemann	Nein
Sabine Tippelt	Nein
Dirk Toepffer	Ja
Grant Hendrik Tonne	Nein
Elke Twesten	Nein
Astrid Vockert	Ja
Kathrin Wahlmann	Nein
Ulrich Watermann	Nein
Stephan Weil	Nein
Stefan Wenzel	Nein
Dr. Thela Wernstedt	Nein
Maaret Westphely	Nein
Gerd Ludwig Will	Nein
Lutz Winkelmann	Ja)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Twesten.

Meine Damen und Herren, befindet sich ein Mitglied des Landtags im Saal, das noch nicht aufgerufen wurde oder noch nicht abgestimmt hat? - Ich sehe keinen Protest. Demnach hat alles funktioniert.

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie auch in diesem Fall, sich einen Moment zu gedulden. Das Ergebnis der Auszählung wird - wie eben auch - in wenigen Augenblicken vorliegen.

Meine Damen und Herren, wir werden immer schneller. Ich gebe das Ergebnis bekannt. Abgestimmt haben 135 Mitglieder des Landtags. 67 Mitglieder haben mit Ja, 68 mit Nein gestimmt. Es gab keine Enthaltungen. Der Hilfsantrag gemäß Drucksache 17/1046 ist somit abgelehnt worden.

Wir sind noch im Einzeletat 07. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/977 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um ein Hand-

zeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses mehrheitlich beschlossen. Wir sind mit dem Einzelplan 07 fertig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer sich diesem Änderungsantrag anschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich komme sodann zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer sich diesem Änderungsantrag anschließen will, den darf ich auch hier um ein Handzeichen bitten. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich komme sodann zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/978. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Stimme geben will, den darf ich um ein Handzeichen bitten. - Die Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses und damit auch der Einzelplan 08 mehrheitlich angenommen worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, und Verbraucherschutz. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen und beginne mit dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer diesem Änderungsantrag seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich komme zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer diesem Änderungsantrag folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/979. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses mehrheitlich angenommen worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Einzelplan 11 - Justizministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Ich beginne mit den Änderungsanträgen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich komme sodann zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich komme sodann zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/980. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses seine Stimme geben möchte, den bitte um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof. - Unverändert.

Ich komme zum Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer dem seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich komme zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer diesem Änderungsantrag seine Stimme geben möchte, den bitte ich auch hier um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Es steht dann die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/981 an. Wer der Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt worden.

Ich komme zum Einzelplan 14 - Landesrechnungshof. - Unverändert.

Ich komme zum Einzelplan 15 - Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1014. Wer dem folgen will, der hebe die Hand. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich komme schließlich zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/1019. Wer sich diesem Änderungsantrag anschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Schließlich steht die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/982 an. Wer der Beschlussempfehlung seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses mehrheitlich angenommen worden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir kommen zum Einzelplan 17 - Landesbeauftragter für den Datenschutz. Ich lasse hier über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/983 abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 17 mehrheitlich angenommen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir kommen zum Einzelplan 20 - Hochbauten. Ich lasse hier über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 17/984 abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 20 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum Haushaltsgesetzentwurf. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 17/400 mit den in der Beschlussempfehlung in der Drucksache 17/970 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Ich rufe jetzt die Paragraphen des Haushaltsgesetzentwurfs 2014 der Reihe nach auf:

§ 1 einschließlich Anlage 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drucksache 17/1030, die Sie heute Morgen bekommen haben, d. h. unter Berücksichtigung der zu den Einzelplänen eben beschlossenen Änderungen sowie der unveränderten Einzelpläne 12 - Staatsgerichtshof - und 14 - Landesrechnungshof. - Wer für den § 1 in der genannten Fassung ist, der hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

§§ 2 bis 5. - Unverändert.

§ 6 einschließlich Anlage 2. - Unverändert.

§§ 7 bis 13. - Unverändert.

§ 14. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer sich dieser Änderungsempfehlung anschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mehrheitlich so angenommen.

§§ 15 und 16. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, ist jetzt den Fraktionen die Gelegenheit gegeben, die - wie vereinbart - jeweils zehnminütigen

Schlusserklärungen

zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 abzugeben. Wir entsprechen damit einer guten alten Tradition. Ich darf Ihnen nunmehr das Wort erteilen und zunächst die Wortmeldung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Thümler, die uns bereits vorliegt, aufrufen. Bitte sehr! Sie haben das Wort zur abschließenden Erklärung zu Punkt 32.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat in dieser Woche engagiert und leidenschaftlich über den Haushalt gestritten. Wir haben mit unseren Alternativvorschlägen aufgezeigt, wie Politik wirklich gelingen könnte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn ich nach vier Tagen Haushaltsdebatte ein Fazit über die rot-grüne Haushaltspolitik ziehen soll, kommt mir Wilhelm Busch in den Sinn:

„Wenn einer, der mit Mühe kaum
Gekrochen ist auf einen Baum,
Schon meint, dass er ein Vogel wär,
So irrt sich der.“

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in den Einzelplanberatungen haben CDU und FDP viele gute Argumente vorgebracht - Argumente, die die Mehrheit dieses Hauses zum Nachdenken hätten bringen können, nein: hätten bringen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Allen guten Argumenten im Plenarsaal und allen Protesten und Demonstrationen draußen im Lande zum Trotz haben Sie sich keinen einzigen Schritt bewegt, sondern Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass Rot-Grün eine einzige Enttäuschung ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Rot-Grün ist eine einzige Enttäuschung - eine einzige Enttäuschung vor allem für jene, bei denen Sie im Wahlkampf mit Ihren Versprechen große, ja sehr große Erwartungen - offenkundig zu große Erwartungen - geweckt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Enttäuschung bei den Erzieherinnen, Enttäuschung bei den Lehrern, Enttäuschung bei den Beamten, Enttäuschung bei den Gewerkschaften

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Angelika Jahns [CDU]: Genau so ist es!)

und letztlich - schauen Sie auf die Presseartikel der letzten Tage und Wochen, meine Damen und Herren - Enttäuschung auch bei den Medienvertretern!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Kultusministerin hat sich doch tatsächlich dazu verstiegen, auch in dieser Woche wieder von einer Offensive zu sprechen. Ich frage mich nur - auch angesichts der Proteste von Tausenden von Schülern, Eltern und Lehrern draußen -: Weshalb kommen Sie nicht heraus aus Ihrer Bildungsdefensive, Frau Heiligenstadt?

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihre Selbstwahrnehmung scheint aber so gestört zu sein, dass Sie das gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen und aufnehmen wollen.

Deswegen zitiere ich einmal aus dem Leitartikel der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 11. Dezember 2013 über Lehrer- und Schülerproteste:

„Die Regierung scheint von der Wucht der Proteste überrascht, wie erschreckend hilflose Erklärungen der neuen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt zeigen.“

Herr Weil, gute Politik zeichnet sich dadurch aus, dass man seinen Standpunkt auch mal überdenkt. Gute Politik zeichnet sich dadurch aus, dass man seinen Standpunkt auch mal revidiert. Zu diesen beiden Schritten sind Sie und diese Landesregierung der Mittelmäßigkeit offensichtlich eben nicht in der Lage.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber es kommt noch dicker. Es ist doch wirklich unglaublich, wie Sie auf die Schülerproteste der vergangenen Wochen und Monate reagiert haben. Ich rufe einmal in Erinnerung: Ihre flammenden Appelle für eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre klingen uns allen hier noch in den Ohren. Das hat ja auch Eingang in Ihren Koalitionsvertrag gefunden. Ebenso können wir uns noch gut an die Debatte hier im Landtag Ende Mai dieses Jahres

erinnern, als es um einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Politische Bildung gehört in die Schule - Diskussionsveranstaltungen auch vor der Wahl zulassen!“ ging.

(Johanne Modder [SPD]: Ja!)

Meine Damen und Herren, damals haben Sie ganz bewusst am Neutralitätsgebot in den Schulen gerüttelt. Damals wollten Sie den Wahlkampf in die Schulen tragen -

(Ina Korter [GRÜNE]: Quatsch!)

etwas, was Sie heute lauthals beklagen, wo Ihnen eine ganze Schülergeneration die Gefolgschaft verweigert, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist eben Ihre rot-grüne Doppelmoral. Das ist genau die rot-grüne Heuchelei in Reinkultur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Ihren Augen sind junge Menschen wohl nur dann gute Menschen, wenn sie der rot-grünen Politik blindlings folgen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Angelika Jahns [CDU]: Genau so ist es!)

Mündige Schülerinnen und Schüler zu willfährigen Helfershelfern angeblich verwöhnter Lehrer zu stempeln, die sogar froh darüber sind, für eine Demo den Unterricht zu schwänzen: Was für ein erbärmliches Weltbild ist das eigentlich?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das erinnert doch in ganz fataler Weise an den unsäglichen sozialdemokratischen Ausspruch von der Lufthoheit über den Kinderbetten.

(Zurufe von der CDU: Ja! - Genau! - Richtig! - Ganz genau!)

Nein, Herr Weil, so geht das nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will Ihnen einmal sagen, worum es in der Sache wirklich geht. Hier zitiere ich aus dem Kommentar der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom 5. Dezember 2013:

„Wer heute noch denkt, es ginge primär um die Klassenfahrten, der irrt. Es geht um eine

gute Schule mit einer ausreichenden Zahl an Lehrern, die Zeit für ihre Schüler haben. Es wird Zeit, dass diese Botschaft in Hannover ankommt.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen bei Diskussionsveranstaltungen in ihren Wahlkreisen erlebt hat, der konnte feststellen: Vielen von ihnen ist sichtlich unwohl bei diesen Themen. Das hat man gerade in der Abstimmung auch gemerkt.

(Claus Peter Poppe [SPD]: Wo waren Sie denn?)

Ich bin mir sicher: Selbst bei Ihnen von Rot-Grün ist es eine Minderheit, die diesem Haushalt aus Leidenschaft und Überzeugung zustimmt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine große Chance haben die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen gerade leider verpasst. Sie hätten in der namentlichen Abstimmung unseren Änderungsanträgen titelscharf zustimmen können. Sie haben sich in die Büsche geschlagen, meine Damen und Herren, als Sie hätten Rückgrat zeigen können und müssen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich frage die Abgeordneten der SPD und der Grünen: Kann es richtig sein, die Wohltaten für die Gesamtschulen auf dem Rücken der Gymnasiallehrer zu finanzieren? Kann es richtig sein, mit einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer Tausende von Referendaren mutwillig in andere Bundesländer zu vertreiben? Kann es richtig sein, auf Qualitätsverbesserung in den Kitas zu verzichten?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Weil, die fortdauernden Proteste von Lehrern, Schülern und Eltern - machen die Sie eigentlich nicht nachdenklich? Oder haben Sie sich fest vorgenommen, unbeirrbar über den Protest und den Wunsch nach Anhörung und Mitsprache hinwegzugehen?

Das ganze Gerede von Dialog und Transparenz - das alles ist doch längst nicht mehr als eine hohle Phrase.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen, dass unser Land vorankommt. Deshalb haben wir, wie so viele Niedersachsen mit uns, die bescheidene Erwartung, dass Sie endlich aufhören, Dinge liegen zu lassen und später zu machen. Die Menschen in Niedersachsen warten darauf, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thümler. - Es folgt jetzt die Schlussklärung der Fraktion der SPD. Frau Johanne Modder, Sie haben das Wort. Bitte sehr!

Johanne Modder (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine intensive Haushaltsdebatte liegt hinter uns. Ich will mich an dieser Stelle bei allen Rednerinnen und Rednern aller Fraktionen für ihre Beiträge ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Beiträge waren überwiegend sachlich und konstruktiv und haben gezeigt, wie intensiv sich unsere Fachpolitiker mit den Themen beschäftigt haben. Ich hätte mir gewünscht, die Debatten hätten etwas mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommen.

Die Debatten haben aber auch sehr deutlich gemacht, wo die Schwerpunkte der neuen rot-grünen Landesregierung liegen und dass sich die heutige Opposition nicht mehr an ihre Regierungsvergangenheit und -verantwortung erinnern will und sich noch nicht wirklich in ihrer neuen Oppositionsrolle eingefunden hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zeitweise hatte ich das Gefühl, die CDU will ihre ungeklärte Führungsfrage durch die Lautstärke der Zwischenrufe klären. Ich hatte da auch schon eine Favoritin für Sie. Aber dann hat sich Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Herr Nacke wieder durch sein ihm eigenes Verhalten in den Vordergrund geschoben. Aber ich habe große Hoffnung, meine Damen und Herren, dass Sie das auch in Ihren eigenen Reihen nicht durchgehen lassen. Also bitte enttäuschen Sie mich nicht!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Haushaltsberatungen haben noch einmal deutlich gemacht: Die Opposition setzt auf reinen Populismus, unterlegt ihre Haushaltsanträge mit unsoliden Vorschlägen

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sehr solide!)

und geht mit dem Rasenmäher übers Land, ohne Sinn und Verstand, Herr Hilbers, und vor allem ohne Verantwortungsbewusstsein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie erhöhen die globale Minderausgabe und -aufgepasst! - auch die globale Mehreinnahme. Sie verlassen also den Weg einer seriösen Haushaltsplanung.

Gestern haben CDU und FDP noch versucht, ihre Anträge zu konkretisieren. Ich nehme einmal ein Beispiel heraus: Sie planen zusätzliche Grundstücksverkäufe. Die Summe können wir, glaube ich, vernachlässigen. Aber Sie bleiben völlig unkonkret. Also, Herr Möllring hatte schon einmal vor, den Strand von Norderney zu verkaufen. Es blieb aber immer die Frage offen: bei Flut oder bei Ebbe?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber im Ernst: Die drei Änderungsanträge, die uns gestern noch auf den Tisch flatterten, setzen auf unrealistische Annahmen, wie die Einnahmen aus Förderabgabe und Förderzins deutlich machen. Dauerbelastungen auch für zukünftige Jahren finanzieren Sie aus Einmaleffekten. Das ist eine tolle Rechenkunst; sie geht ein bisschen in die Wahrscheinlichkeitsrechnung hinein. Sie, meine Damen und Herren der Opposition, haben sich damit jetzt wirklich aus jeder ernsthaften Finanz- und Haushaltspolitik verabschiedet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will eine weitere Sache in aller Ernsthaftigkeit ansprechen, weil mir das für die parlamentarische Auseinandersetzung und für die Zukunft sehr wichtig ist. Wer hier im Parlament Beschäftigte und politische Beamte als Pappkameraden bezeichnet, stellt sich mit solchen Entgleisungen ins Abseits.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist nicht nur schlechter Stil; das ist auch niveaulos. Dies ist auch nicht mehr mit der noch nicht verarbeiteten Wahlniederlage zu erklären. Sie sollten sich dafür entschuldigen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will noch einmal deutlich machen, wofür diese rot-grüne Koalition steht. Wir haben die Interessen des Landes und unserer Bürgerinnen und Bürger fest im Blick, und wir kennen vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen unsere Verantwortung für eine nachhaltige und zukunftsfähige Haushalts- und Finanzpolitik.

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen, zuletzt heute Vormittag, intensiv über unsere bildungspolitischen Vorhaben diskutiert, und natürlich haben auch Demonstrationen die Beratungen begleitet.

Ich betone für meine Fraktion ausdrücklich: Wir nehmen die Sorgen und Belange der Betroffenen sehr ernst. Wir unterstützen deshalb unsere Kultusministerin, die im Rahmen des Dialogforums an Möglichkeiten zur Entlastung der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer arbeitet.

Aber unsere Gesamtverantwortung umfasst mehr. Diese Regierungskoalition steht für einen Politikwechsel. Wir haben gemeinsam in diesem Jahr schon viel - ich füge hinzu: schon sehr viel - erreicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir, die rot-grüne Regierungskoalition, stehen für eine Wirtschaftspolitik, die die Wirtschafts- und Beschäftigungsmotoren unterstützt und stärkt, wie wir es z. B. mit der maritimen Wirtschaft und der Offshorebranche machen. Wir stehen für eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die gute Arbeit und gerechte Löhne zur Leitlinie macht, und für eine Bildungsoffensive, die auf Chancengerechtigkeit setzt und Bildungshürden abschafft. Wir schaffen die Studiengebühren ab und bauen Ganztagschulen massiv aus. Wir wollen, dass Inklusion gelingt.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir stehen für eine Sozialpolitik, die Ungerechtigkeiten abstellt und Grundlagen legt für ein selbstbestimmtes Leben. Die Erhöhung des Blindengeldes und die Weichenstellungen im Bereich Wohnen und Pflege im Alter sind hier wichtige Bausteine.

Wir stehen für eine Sozialpolitik, die die Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum fördert und Strukturveränderungen aktiv begleitet. Wir stehen für eine Regionalpolitik, die die regionalen Ungleichheiten in unserem Land nicht hinnehmen will, sondern aktiv in die Gestaltung eingreift, wie es mit der Einsetzung der Landesbeauftragten und der Einrichtung der neuen Landesämter für regionale Landesentwicklung passiert. Und wir stehen für eine neue Willkommenskultur und einen anderen Umgang mit Flüchtlingen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese rot-grüne Koalition steht für Generationengerechtigkeit. Wir halten die Schuldenbremse bis spätestens 2020 ein, und wir bauen Schulden ab.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Wir investieren aber auch in die Sanierung von Infrastruktur und Landesliegenschaften. Deshalb haben wir das Sondervermögen gefordert und beschlossen, um endlich anzupacken, was Sie haben verrotten lassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch diese Investitionen gehören zur Generationengerechtigkeit, meine Damen und Herren.

Wir, die 69 Abgeordneten - Frau Hamburg, da bin ich mir gewiss, ist in Gedanken bei uns; deswegen gehen aus diesem Hause auch Grüße an Julia -

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

dieser rot-grünen Regierungskoalition, haben eine klare Vorstellung von der Zukunft dieses Landes. Wir modernisieren Niedersachsen nachhaltig und gerecht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss eine persönliche Anmerkung in Richtung der rot-grünen Regierungskoalition. Ich finde, wir arbeiten wunderbar zusammen. Das hat richtig Spaß gemacht. Herzlichen Dank dafür! Wir sind eine Klasse Mannschaft!

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Modder. - Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Schlusserklärung der Fraktion der FDP. Ich erteile Herrn Dürr, dem Vorsitzenden, das Wort.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Gleich geht es in die Schlussabstimmung über den Haushalt 2014. Aber es geht gleich nicht allein um den Landeshaushalt. Der Landtag stimmt gleich auch darüber ab, wie es in den kommenden Jahren in diesem Land weitergeht.

Deshalb ist jetzt der richtige Moment, SPD und Grüne an ihre Versprechen zu erinnern. Frau Modder, Sie haben gerade die Landtagswahl erwähnt. Eine zentrale Frage steht doch nach diesen drei namentlichen Abstimmungen im Raum: Wenn die Wählerinnen und Wähler am 20. Januar gewusst hätten, wie Sie hier und heute abstimmen, hätte es dann die gleichen knappen Mehrheitsverhältnisse im Landtag gegeben? - Diese Frage ist klar mit Nein zu beantworten, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nach der Wahl haben Sie Ihren Koalitionsvertrag „Erneuerung und Zusammenhalt“ betitelt. Wir müssen feststellen, Ihre Politik und Ihr Haushalt haben mit Erneuerung und Zusammenhalt nun wirklich überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie werden Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Sie haben sich die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben. Aber nachdem Niedersachsen zehn sehr, sehr, sehr erfolgreiche Jahre hinter sich hat, sorgen Sie für eine politische Flaute. Ihre Fahnen hängen schlaff herab! CDU und FDP hatten nach zehn Jahren noch zehnmal mehr Schwung als Ihre Ministerinnen und Minister nach zehn Monaten, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie sorgen nicht für soziale Gerechtigkeit. Sie kürzen bei den Gymnasien. Wir haben damals 2 500 Lehrer zusätzlich eingestellt. Sie bauen über 1 700 Lehrerstellen ab. Weniger Lehrer - weniger Unterricht. Das trifft ja nicht diejenigen, die sich einen

Nachhilfelehrer leisten können, meine Damen und Herren, das trifft diejenigen, die sich keine Nachhilfe leisten können. Das ist nicht sozial gerecht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben ein Vergabegesetz beschlossen, das gerade kleine Unternehmen hart treffen wird. Wir sprechen von kleinen Firmen mit weniger als zehn Mitarbeitern, die jetzt Probleme bei öffentlichen Aufträgen bekommen. Das ist nicht sozial gerecht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wie Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LGLN und - ich sage das gerade in Richtung des Wirtschaftsministers - mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Innovatives Niedersachsen - die erfolgreichste Standortkampagne in Deutschland, die Ansiedlungsgeschäfte in Niedersachsen sehr erfolgreich abgewickelt hat - umgehen, wie Sie dort die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaltgestellt haben, Herr Lies,

(Zurufe von der SPD: Abenteuerlich!
Die einen sagen so, die anderen so!)

ist nicht sozial gerecht und hat mit Anstand oder sogar Stil ganz und gar nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus einem Brief vorlesen, der in der Mitgliederzeitschrift des Landesverbandes Niedersachsen der Deutschen Steuergewerkschaft abgedruckt ist. Er richtet sich an die Frau Kollegin Geuter:

„Sehr geehrte Frau Geuter,

ich bin aufs Äußerste verärgert und enttäuscht. Ich empfinde es als einen Schlag ins Gesicht und einen Mangel an Wertschätzung, dass gerade die Beamten, die dafür sorgen, dass Sie überhaupt Steuern verteilen können, für Ihre ‚Sparexzesse‘ erhalten müssen - und das bei gleichzeitig gestiegenen Steuereinnahmen.“

Meine Damen und Herren, das ist erneut nicht sozial gerecht, wie Sie mit den Beamten des Landes umgehen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was erwartet man als Bürger von einer Landesregierung? - Dass sie dafür sorgt, dass es den Menschen besser geht, dass sie das Land im besten Sinne des Wortes voranbringt. Das Problem bei

Ihnen ist: Sie bringen nicht das Land voran. Das einzige, was Sie voranbringen, sind die eigenen Genossen in der Landesverwaltung; denn die kommen im Besoldungssystem voran, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt bei Ihnen genau zwei Maßeinheiten für das Vorankommen: Besoldungs-Euro und Autobahnkilometer.

Sie bringen einige Leute voran, z. B. Ihre Regionalbeamten; sie bekommen B6 und werden demnächst Tausende Kilometer quer durch Niedersachsen zurücklegen. Da muss dann ein Göttinger Koordinator pendeln, um die Regionalbeamten in Braunschweig und Hildesheim, die auch noch eine Außenstelle in Hannover bekommen sollen, zu koordinieren. Aber zeigen Sie uns doch mal den Niedersachsen, der nicht Regionalbeamter ist, den das voranbringt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn der Kollege Gerald Heere am 17. Oktober twittert, „Regionalförderung wird grün in Niedersachsen“, dann muss man doch mal fragen: Was hat eine Mutter mit zwei Kindern in Goslar oder Lüchow davon, dass da jetzt was grün wird?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie hat ein Interesse daran, dass die Wirtschaftsförderung sinnvoll und unbürokratisch bei ihr vor Ort neue Chancen eröffnet. Sie will ganz bestimmt nicht, dass Sie mit dem Geld Partenspielchen machen und Ihre Genossen versorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch beim Thema Infrastruktur: Da fahren rot-grüne Abgeordnete auch noch mit „A20 - nein danke!“-Aufklebern durch die Gegend. Da ist doch auch von Zusammenhalt keine Spur! Das ist ja auch klar; denn - ganz ehrlich! - was interessiert die Städter von den Grünen, warum auf dem Land eine Autobahn gebraucht wird, solange die Üstra hier in Hannover am vom Land geförderten Hochbahnsteig hält und einen ins warme Verwaltungsbüro bringt? - Sie haben keine Ahnung von den Bedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass dort Infrastruktur gebraucht wird, nicht nur, um voranzukommen, sondern auch, um dort Arbeitsplätze hinzubekommen, ist Ihnen völlig fremd! Dieses Land wird regiert von einem Oberbürgermeister, der nur bis zur Endhaltestelle der Üstra denkt, und von seinen grünen Stadteliten. Wo wollen die das Land hinbringen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was Sie hier machen, das ist doch keine Erneuerung. Das ist ein Rückfall in alte Zeiten, SPD-Zeiten in den 90ern, als die Sozialdemokratie wie Mehltau über dem Land lag.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist wie damals, frei nach Willy Brandt: Sie wollen nur mehr Bürokratie wagen. Ich sage Ihnen: Es gibt kein Beispiel in der Geschichte dafür, dass mehr Bürokratie zu mehr sozialem Zusammenhalt oder sogar zu Erneuerung geführt hat. Das komplette Gegenteil ist der Fall, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Sie streichen mit diesem Landeshaushalt allen Lehrern die Altersermäßigung. Allen Gymnasiallehrern drücken Sie Mehrarbeit auf. Sie verweigern allen Landesbeamten eine faire Tarifierung. Sie machen 100 Millionen Euro mehr Schulden, als notwendig wären, und stecken das Geld in zusätzliche Stellen. Mit Erneuerung und Zusammenhalt hat all das nichts zu tun; denn, Herr Ministerpräsident, Sie sagen ja selbst, dass bis heute nicht klar ist, was die Regionalbeamten eigentlich machen sollen. Es bleibt nur, dass sie Ihnen die Kommunen vom Hals halten sollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Weil, seien wir doch mal ehrlich,

(Zurufe von der SPD)

auch wenn das einigen Ministern in Ihrer Regierung zugegebenermaßen sehr schwer fällt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber, Herr Weil, in Wahrheit nervt Sie doch die tägliche Landespolitik. In Wahrheit nervt Sie doch die Fahrerei übers Land. Und dann noch dieser Landtag. Man sieht ja: Wir stören Sie doch nur beim Aktenlesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Abgeordneten, auch die von Rot-Grün, sind hierher gekommen und haben sich in den letzten drei Tagen mit viel Herzblut und Engagement eingebracht. Alle Abgeordneten? - Nein. Alle bis auf einen: den Ministerpräsidenten. Und warum sind Sie hier? Weil die Opposition Sie geholt hat. Die HAZ von heute bringt es auf den Punkt: Unfreiwillig im Landtag: Stephan Weil.

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Meine Damen und Herren, es steht noch die Schlusserklärung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus. Ich erteile der Vorsitzenden, Frau Anja Piel, nunmehr das Wort. Bitte sehr!

Anja Piel (GRÜNE):

Verehrter Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich den Worten meiner Kollegin Hanne Modder anschließen und Ihnen allen für die lebhaften Diskussionen und Auseinandersetzungen der letzten Tage danken. Einen ganz persönlichen Dank möchte ich auch im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einmal für das Pairing an Sie richten. Ich sende von dieser Stelle aus - ich glaube, in Ihrer aller Namen - gute Wünsche an Julia-Willie Hamburg, die hoffentlich aufgrund dessen, dass sie jetzt Zeit zum Genesen hat, uns im nächsten Jahr wieder bei der Arbeit begleiten wird. Vielen Dank!

(Beifall im ganzen Haus)

Wir hören es wohl, wenn dem einen oder anderen hier im Saal oder auch oben auf der Pressetribüne nach nunmehr fast einem Jahr Rot-Grün schon einmal ein Stoßseufzer entfährt, wie bei Lorient der Satz: „Früher war mehr Lametta.“ Ja, früher war mehr Lametta. Früher war mehr Homestory, mehr Talkshow und mehr Boulevard. Aber - da bin ich ganz ehrlich, und in dieser Frage bin ich tatsächlich bewusst konservativ - ich habe in meinem ersten Jahr hier gelernt, dass ein Landtag, eine

Regierung und eine Opposition dafür gewählt und dafür da sind, Politik für Bürgerinnen und Bürger zu machen, Probleme zu lösen und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ganz ehrlich, ich glaube, das ist Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, in den vergangenen Jahren zuweilen etwas aus dem Blick geraten. Das hat man Ihnen genau deshalb auch mit dem Wahlergebnis im Januar quittiert. Manchmal fragt man sich auch ein bisschen, was aus den Heldinnen und Helden des niedersächsischen Empire geworden ist. Ich denke, es hat mit Ihnen, Herr McAllister - das sage ich auch mit einer Portion Anerkennung -, hier früher wirklich einmal ein anderes Niveau gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das wird mit einer der entscheidenden Gründe dafür sein, dass Sie jetzt als Hoffnungsträger Ihr Glück in Europa versuchen wollen. Ich wünsche Ihnen dabei von Herzen viel Erfolg.

In der Tat, es war einmal mehr Lametta. Aber Lametta ist ja vielleicht auch die Politik gewesen, die manchmal für die Vergangenheit gemacht war. Es hat dem Land offenbar mitunter nicht viel genutzt, dass die Studiengebühren und die Blockadehaltung gegen die IGS vielleicht den Eliten geholfen haben, die Sie im Blick hatten, aber dass viele, viele Kinder dabei auf der Strecke geblieben sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Glauben Sie wirklich, dass Sie uns, wie Sie in den vergangenen Tagen oft behauptet haben, beibringen müssen, wie man Politik für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes macht? Das kommt mir ein bisschen so vor, als seien Sie mit Ihren Angriffen auf unsere Projekte aus der Zeit gefallen und haben die geänderte Windrichtung einfach nicht bemerkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wie wollen wir in Zukunft in Niedersachsen leben? Wie soll das Land aussehen, das unsere Kinder und Kindeskinde von uns übernehmen?

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Hoch verschuldet!)

Das sind die zentralen Fragen, die uns Grüne gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der SPD, in allem leiten, auch bei der Gestaltung dieses Haushalts. Wir haben heute unter Beweis gestellt: Wir stehen auch zu unbequemen Entscheidungen,

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Welche Entscheidungen?)

wenn wir damit im Großen Positives bewirken können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir sehen davon ab, dass wir heute gefeiert werden wollen. Wir wollen morgen mit unserer Politik bestehen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das würde ich an Ihrer Stelle auch sagen!)

Wir wollen uns nicht kurzfristig auf die Schultern klopfen lassen. Wir wollen für die Kinder im Land, die wir mit dem Ausbau der Ganztagschulen mitnehmen, etwas erreichen. Dafür haben wir heute gemeinsam eine Entscheidung getroffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie werfen uns immer wieder vor, wir könnten nicht mit Geld umgehen.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

Das Gegenteil ist der Fall. Wir konsolidieren mehrfach.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das stimmt ja nun definitiv nicht!)

Zum einen begegnen wir der Verschuldung.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Indem Sie neue Schulden machen!)

Rot-Grün senkt die Neuverschuldung Schritt um Schritt. Und, Herr Hilbers, wir begeben uns auf einen realistischen und einen sozialverträglichen Pfad auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Einen unengagierten Weg!)

- Das ist schwer auszuhalten. Aber es ist so.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Hilbers, es mag vielleicht ein wenig länger dauern, als von Ihnen vollmundig angekündigt. Aber Sie werden sich in den nächsten Jahren dar-

an gewöhnen müssen, dass unsere Haushaltspolitik anderen Leitmotiven folgt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Mehr Schulden, mehr Ausgaben, das haben wir schon gemerkt!)

Wir sanieren auf der einen Seite den Haushalt. Aber wir unterlassen es nicht gleichzeitig, unsere Energie in Soziales, Bildung und Umwelt zu stecken.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Den Sozialetat haben Sie doch gekürzt!)

Dagegen war Ihre Regierungszeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, begleitet von vielen ökologischen und auch sozialen Fehlentscheidungen. Wir haben dieser Tage auch darüber gesprochen. Wir haben das korrigiert, etwa die Abschaffung bzw. Absenkung des Blindengeldes. Ich nenne auch die falsche Einwanderungspolitik. Europa, Deutschland und Niedersachsen sind keine Burgen, die es gegen Flüchtlinge und Einwanderer zu verteidigen gilt, sondern ein Zuhause, das wir Menschen öffnen, die zu uns kommen. Das werden wir ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir beenden auch die Arbeitsverweigerung bei der Gleichstellung. Frauen gehört die Hälfte der Macht. Das ist auch deshalb wichtig, um mit den Männern die Verantwortung zu teilen. An die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Das klappt übrigens in unserer quotierten Fraktion ganz wunderbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU: Ha, ha!)

Wir machen eine Agrarpolitik, die Niedersachsen bundesweit nach vorne bringt und nicht mehr dazu führt, dass wir die rote Laterne in Sachen Ökolandbau bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wir machen Schluss mit der ausgrenzenden Bildungspolitik und nähern uns einer gut vorbereiteten Inklusion. Und: Wir beenden das Auf-der-Bremse-Stehen beim Ausbau der erneuerbaren Energien, weil wir es im Hinblick auf die Stilllegung der alten, störanfälligen Atomkraftwerke 2020 für eine glatte Havarie gehalten haben, was Sie in den letzten Jahren an Energiepolitik gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das war deutlich keine Planungssicherheit für Unternehmen der erneuerbaren Energien. Das waren nicht die notwendigen Änderungen, und das hat nicht dazu geführt, dass die Unternehmen der Windenergie sich in den letzten Jahren auf Sie verlassen konnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Straßen im Land machen wir uns jetzt zügig an die notwendigen Sanierungen, die Sie nicht vorgenommen haben. Diesbezüglich gebe ich der Kollegin Johanne Modder völlig recht. Wir werden auch alternative ÖPNV-Verkehrskonzepte zur Stärkung unseres Flächenlandes entwickeln.

Sie haben völlig recht. Nach zehn Jahren Schwarz-Gelb bleibt wahrhaft keine Zeit mehr für Ankündigen, Liegenlassen und später Machen. Wir nehmen die Herausforderungen an, und zwar mit den richtigen Investitionen in eine inklusive, solidarische Gesellschaft, die allen nützt, in eine andere Landwirtschaft mit einem deutlichen Plus an Qualität und Verbraucherschutz und natürlich auch Tierschutz, in eine gerechte Bildung und Arbeit und eine Einwanderungspolitik, die im Europa des 21. Jahrhunderts alte Fehler vermeidet und Menschen endlich willkommen heißt und bei uns ankommen lässt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, tun Sie sich und uns endlich den Gefallen, und kommen Sie in der Wirklichkeit an!

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

- Ja, es ist immer noch schwer zu glauben. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben sich im Januar 2013 für eine verantwortungsvolle Politik entschieden. Sie haben sich für Rot-Grün entschieden, und wir liefern mit diesem Haushalt das, wofür wir im Wahlkampf angetreten sind,

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Eben nicht! - Ulf Thiele [CDU]: Sie glauben doch wohl nicht ernsthaft, dass die Lehrer Sie heute noch wählen würden, oder?)

für ein Niedersachsen, das wir guten Gewissens an unsere Kinder und Kindeskinde übergeben können.

Meine Damen und Herren, früher war mehr Lametta, und es hat vielleicht mehr gegläntzt und gefunkelt, was Sie ganz offensichtlich hin und wieder vermissen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Die Politik war auch besser!)

Aber wissen Sie, Lametta ist aus der Mode gekommen

(Zuruf von der CDU: Nein, gibt es immer noch!)

wie Ihre schwarz-gelbe Politik auch. Deshalb ist dieses Jahr nicht nur der Baum bei uns rot-grün, sondern der Haushalt auch.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Piel.

Meine Damen und Herren, wir treten gleich der Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz näher. Ich weise Sie aber darauf hin, dass mit dieser Abstimmung, wie wir das am Mittwoch miteinander besprochen haben, die Haushaltsberatung noch nicht abgeschlossen ist. Denn es liegen einige Entschließungsanträge und Eingaben vor, die abstimmungstechnisch ebenfalls bewältigt sein wollen. Laufen Sie also nach der Schlussabstimmung bitte nicht alle hinaus. Es geht noch ein bisschen weiter.

Ich rufe nun auf:

Schlussabstimmung

Wer dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 in der Drucksache 17/400 mit den beschlossenen Änderungen sowie § 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drucksache 17/1030 nunmehr endgültig seine Zustimmung geben will, den bitte ich aufzustehen. - Jetzt die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich darf feststellen: Das Erste war die Mehrheit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wie angekündigt gibt es jetzt noch die eine oder andere Abstimmung.

Wir kommen zu der Abstimmung über den gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages in die Beratung einbezogenen Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/987. Wer den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/987 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit größerer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zu den

Abstimmungen über die 9. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/966 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drs. 17/1013

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 9. Eingabenübersicht auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer zu diesen Eingaben der Ausschussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir stimmen nun über die Eingabe ab, zu der der erwähnte Änderungsantrag vorliegt. Das ist die Eingabe 00555/03/17 in der laufenden Nr. 3 der Eingabenübersicht, betr. a) Arbeitszeiterhöhung für Gymnasiallehrkräfte, b) Streichung der Altersermäßigung. Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU zielt auf Berücksichtigung.

Wer dem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, die lautet: „Für erledigt erklären.“ Wer sich der Beschlussempfehlung anschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt, und die Eingabe wurde für erledigt erklärt.

Als Letztes kommen wir jetzt zu den Abstimmungen über die mit dem Haushalt verbundenen Entschließungsanträge.

Ich rufe auf:

Die Landesregierung muss ihre verkehrspolitische Umorientierung stoppen - Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz müssen erhalten bleiben! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/274

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/274 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe nun auf:

„So nicht, Rot-Grün!“ - Arbeit und Engagement der niedersächsischen Lehrkräfte schützen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/450

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/450 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden es nicht glauben: Damit sind sämtliche im Zusammenhang mit dem Haushalt 2014 anstehenden Abstimmungen abgeschlossen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

An vielen Stellen wurde schon den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gedankt. Nach den intensiven Beratungen der letzten Tage will ich ausdrücklich namens des ganzen Hauses unseren Dank entrichten an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ministerien, nicht zuletzt die des Finanzministeriums,

(Starker Beifall)

der Staatskanzlei, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und des Landtages. Sie haben alle eine ungeheure Arbeit geleistet. Vielen Dank namens des ganzen Hauses!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort. Sie werden sicherlich eine Se-

kunde Geduld haben, sodass die Sitzungsleitung wechseln und Frau Dr. Andretta die weitere Leitung übernehmen kann.

Danke schön.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Tagesordnung fort. Diejenigen, die sich noch austauschen möchten, können das gern draußen tun. Dann freuen wir uns, wenn ins Plenum wieder etwas Ruhe einkehrt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 33:

Abschließende Beratung:

Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Niedersachsen vereinbaren - Generalplan „Heidewasser“ umsetzen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/163 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/1002

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich für die CDU-Fraktion Herr Kollege Bock. Bitte!

André Bock (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit dem Antrag „Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Niedersachsen vereinbaren - Generalplan ‚Heidewasser‘ umsetzen“ hat die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht, der in die richtige Richtung geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen das Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Niedersachsen parallel zum wasserrechtlichen Verfahren abschließen und damit einen sich über Jahre hinziehenden Prozess im Sinne der Heideregion - also im Sinne der Landkreise Harburg und Lüneburg und des Heidekreises - zu einem guten Abschluss führen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Mit unserem Ansatz, erstens den Beschluss des Landtages aus dem September 2010 kurzfristig umzusetzen, zweitens einen Generalplan „Heidewasser“ aufzustellen, mit dem u. a. die Entschädigung für das in der Nordheide geförderte Trinkwasser dauerhaft geregelt wird -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Herr Kollege Bock! Sie sollten unsere Aufmerksamkeit haben. - Ich bitte noch einmal alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die noch etwas zu besprechen haben, dies draußen zu tun. Diejenigen, die hier im Plenarsaal sind, bitte ich um Aufmerksamkeit für den Kollegen Bock. Bitte!

André Bock (CDU):

- sowie drittens einen Heidewasserfonds einzurichten, der u. a. aus Mitteln der Hamburger Wasserwerke *und* eben des Landes Niedersachsen gespeist wird, werden die notwendigen Rahmenbedingungen für das Verwaltungsabkommen geschaffen. Dass wir damit richtig liegen, hat die jüngste Anhörung im Umweltausschuss deutlich gemacht.

Umso verwunderlicher ist der von den Regierungsfractionen der SPD und der Grünen vorgelegte Änderungsantrag,

(Beifall bei der CDU)

vor allem vor dem Hintergrund, dass der Kollege Janßen im Mai-Plenum noch davon sprach, dass nach Auffassung der Grünen mit dem Landtagsbeschluss vom Herbst 2010 aus niedersächsischer Sicht alles Notwendige festgelegt und jener Beschluss auch die Grundlage für das weitere Handeln dieser Landesregierung sei.

Abgesehen davon, gleicht der nun vorgelegte Änderungsantrag in Teilen wörtlich unserem Antrag: Auch die Punkte 2, 3 und 5 sind dem Beschluss aus dem Jahr 2010 ähnlich. Diesen Beschluss erwähnen Sie vorsichtshalber aber nicht, wahrscheinlich deshalb, weil sich die Grünen damals verweigert haben. Sie legen in Ihrem Änderungsantrag Fördermengen fest, wobei das natürlich wesentlicher Bestandteil des wasserrechtlichen Verfahrens sein wird. Sie fordern ein Gutachten zur Feststellung bzw. Überprüfung der Fördermengen und deren Anpassung ein. Nebenbei bemerkt, war dies auch schon Gegenstand des Beschlusses von 2010. Frau Staudte verkaufte dies kürzlich in

einer aktuellen Pressemitteilung als großen Fortschritt.

(Beifall bei der CDU - Miriam Staudte [GRÜNE]: Aber nicht mit niedersächsischem Geld!)

Sie fordern nun ein engmaschiges Monitoring, um die laufenden Beweissicherungsmaßnahmen zu ergänzen. Und das nennen Sie dann insgesamt „konkretisieren“.

Nun könnte ich ja mit dem einen oder anderen Punkt aus Ihrem Änderungsantrag - wenn Sie so wollen: konkretisierten Punkt - auch leben. Die CDU-Landtagsfraktion hat im Umweltausschuss ja auch Entgegenkommen signalisiert. Ich will auch darüber hinwegsehen, dass sich nun insbesondere die Grünen damit rühmen, wobei sie sich, wie gesagt, am Beschluss 2010 nicht beteiligt haben.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Weil wir einen besseren hatten! Das wissen Sie nur nicht, weil Sie noch nicht hier waren!)

Einen entscheidenden Punkt aber haben Sie vergessen - der fehlt -, nämlich die Beteiligung des Landes Niedersachsen am sogenannten Heidewasserfonds. Hier lassen Sie die Heideregion im Stich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund müssen die Worte von Ministerpräsident Weil am letzten Mittwoch zu Ihrer Regionalpolitik wie blanker Hohn in den Ohren der Menschen in der Heideregion klingen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei erklärte Frau Rakow doch hier an gleicher Stelle im Mai-Plenum noch, dass der SPD das Thema an sich mindestens genauso wichtig sei wie der CDU. Wie, bitte schön, passt das alles zusammen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Warum ist es denn so wichtig, dass sich Niedersachsen am sogenannten Heidewasserfonds beteiligt? - Zum einen ist das wichtig als Signal in die Region, in der u. a. die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide und viele andere seit über 30 Jahren um eine gute Lösung in dieser Sache kämpfen, aber auch als Signal in Richtung Hamburg, hier gemeinsam etwas aktiv für die Grundwasserneubildung tun zu wollen. Vor allem aber auch deshalb, weil das Land Niedersachsen von der Verwaltungsvereinbarung und der sich

über weitere 30 Jahre erstreckenden gigantischen Wasserförderung in der Nordheide finanziell deutlich profitieren wird, profitieren wir durch die Einnahmen aus dem sogenannten Wassercent, die sich - gemessen an den derzeitigen jährlichen Einnahmen - in diesem Zeitraum zwischen 45 und 48 Millionen Euro bewegen werden.

Allerdings müssen wir beim Thema Wassercent auch berücksichtigen: Die Rückflüsse hieraus - im Kreis Harburg macht das ca. 45 % der dortigen Einnahmen aus oder anders ausgedrückt: rund 760 000 Euro pro Jahr - sind zum einen zweckgebunden. Davon stehen den Land- und Forstwirten im Kreis Harburg wiederum nur 400 000 Euro für Grundwasserschutzmaßnahmen zur Verfügung. Für notwendige Projekte ist das deutlich zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Der Rest geht in den weiteren Etat von Minister Wenzel.

Aber die regional verbleibenden Gelder sind - wenn wir in dieser Sache über Geldmittel für einen Fonds reden - ein guter Richtwert dafür, was das Land Niedersachsen aus unserer Sicht in einen solchen Fonds einzahlen sollte. Es ist daher richtig, dass die CDU-Landtagsfraktion im eigenen Etatentwurf zum Landeshaushalt 500 000 Euro für eine Beteiligung des Landes Niedersachsen bereitgestellt hat. Dies würde ein Mehr und Kontinuität in der Mitfinanzierung notwendiger Projekte zur Grundwasserneubildung gewährleisten und vor allem die Verhandlungsposition von Niedersachsen gegenüber Hamburg stärken. Nur leider haben Sie dies mit Ihrem Beschluss über den Landeshaushalt soeben abgelehnt. Meine Damen und Herren, so sieht rot-grüne Regionalpolitik aus!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich weiß, dass Sie an dieser Stelle wieder mit dem Vorwurf reagieren werden, dass wir angeblich so locker mit den niedersächsischen Steuermitteln umgehen wollen. Wie fragte Frau Rakow hierzu im Mai-Plenum noch?

„Denn wie passt das eigentlich zur Schuldenbremse und zur sparsamen Haushaltsführung?“

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, an dieser Stelle müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Wie passen u. a. 141 neue Stellen im Regierungsapparat oder die vier Landesbeauftragten nebst

Personal zur sparsamen Haushaltsführung und zur Schuldenbremse?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hier unterscheidet sich die CDU-Struktur- und -Regionalpolitik eben deutlich von der Ihren. So machen wir das jedenfalls nicht, meine Damen und Herren.

Die Menschen in der Heideregion werden nicht nachvollziehen können, dass die Regierungsfaktionen für alles Mögliche Geld in den Haushalt eingestellt haben, aber 500 000 Euro nicht aufgenommen wurden, um sinnvolle Maßnahmen zur Grundwasserneubildung zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir daran zurückerinnern, dass der heutige Umweltminister, Herr Wenzel, noch dereinst mehr Mittel aus dem sogenannten Wasserpfeffig generieren wollte, um das Geld daraus u. a. für den Grundwasseraufbau einzusetzen, ist die Ablehnung von Mitteln für diesen Fonds einmal mehr unverständlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nun mag es wohl so kommen, dass Sie von Rot-Grün Ihren Antrag heute dennoch mit knapper Mehrheit durchdrücken werden. Aber ich frage: Was kommt dann, Herr Minister Wenzel? - Nun, da wir Sie dahin tragen mussten, dass Sie hier endlich weiter tätig werden, nachdem es zuletzt im Dezember 2012 Gespräche mit Hamburg gab, frage ich: Wie geht es denn nun weiter, Herr Wenzel? - Ihr Antrag lässt durch seine Formulierung offen, wer mit Hamburg wie über einen Fonds weiterverhandeln soll. Sie haben zwar den Punkt „Heidewasserfonds“ aufgenommen, aber wie, Herr Minister Wenzel - das frage ich Sie -, soll ein solcher Fonds erfolgreich zum Abschluss kommen, wenn das klare Signal aus Niedersachsen fehlt und eine Beteiligung nicht vorgeesehen ist?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es kann ja wohl nicht sein, dass Niedersachsen am Katzentisch sitzen soll.

Ich könnte zur Not ja noch damit leben, dass in 2014 erst einmal keine Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, um eine gegenseitige Summe mit Hamburg besser aushandeln zu können. Aber sich an dieser Stelle generell zu verweigern, ist das falsche Signal und gefährdet die Einrichtung dieses Fonds. Damit würde ein entscheidender

Teil an diesem Abkommen fehlen, ein entscheidender Teil für die Heideregion. Und das hätten am Ende Sie, Herr Minister Wenzel, zu verantworten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, Herr Minister Wenzel, jetzt haben Sie noch die Gelegenheit, die richtigen Signale für die Heideregion zu setzen und dem CDU-Antrag mit dem Heidewasserfonds zuzustimmen. Dass Sie sich am Namen „Generalplan“ stören, hindert doch nicht daran, auch heute hier eine gemeinsame Lösung zu finden. Erinnern wir uns daran zurück: Schon im Mai-Plenum wurde ein Vorschlag unterbreitet: „WWF - Wenzels Wasserfonds“. Wenn es denn hilft, meinestwegen auch das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, verpassen Sie bei der Abstimmung nicht eine historische Chance für die Heideregion! Zeigen Sie, dass Sie auch in Sachen Regionalpolitik lernfähig sind! Stimmen Sie unserem Antrag zu, um das Thema Verwaltungsabkommen für alle - auch für die Heideregion - zu einem guten Ende zu bringen!

In diesem Sinne vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich rufe für die SPD-Fraktion nun Frau Kollegin Rakow auf. Bitte!

Sigrid Rakow (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir wollen das Verwaltungsabkommen zwischen Niedersachsen und Hamburg abschließen. Wir wollen, dass es zu einem guten Ende kommt - und das möglichst bald. Keine Frage! Auch wollen wir, dass die Menschen in Hamburg gutes Trinkwasser haben. Dafür wollen wir auch eine entsprechende Wasserentnahmegebühr gezahlt bekommen. Wir wollen auch die Position der Menschen in der Nordheide stärken und eine großzügige Regulierung möglicher Schäden vereinbaren.

Wir wollen aber nicht, meine Damen und Herren, das Wasser zu einem Handelsgut machen. Wir wollen auch nicht Steuergeld aus Niedersachsen in einen regionalen Fonds einzahlen, wobei noch nicht einmal ersichtlich ist, warum das ausgerech-

net hier - in Abwägung zu allen anderen Regionen, wo es gegebenenfalls wesentlich nötiger wäre - geschehen soll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Redezeit möchte ich mich auf zwei Dinge beschränken: einmal auf den Konsens zwischen fast allen Fraktionen hier, der immer wieder mal im Raume stand, und zum anderen auf den Dissens, der nachher daraus geworden ist.

Zum Konsens: Wir hatten ihn 2010 vereinbart - zwar mit einiger Mühe, aber wir hatten ihn vereinbart. Damals wollten wir auf eine geringere als die von Hamburg beantragte Wassermenge hinwirken, alle zehn Jahre die Auswirkungen der Wasserentnahme überprüfen, ein umfassendes Überwachungsmanagement einführen, Schadensausgleichsregelungen treffen und von den Hamburger Wasserwerken Finanzmittel für einen regionalen Wasserschutz einfordern. Das waren die wesentlichen Punkte des damaligen Landtagsbeschlusses von CDU, FDP und SPD. Und, meine Damen und Herren, diese Inhalte wollen wir immer noch. Wir haben aber inzwischen - da Sie jetzt mit einem weiteren Antrag gekommen sind - einen Änderungsantrag vorgelegt, der die Vereinbarung von damals sogar noch besser darstellt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir hatten uns damals auf den gemeinsamen Antrag geeinigt, um ein starkes Signal gen Hamburg zu senden und um die damalige Landesregierung mit breiter Unterstützung in die Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung treten zu lassen. Das ist uns als Opposition damals nicht leicht gefallen, aber wir haben es gemacht. Ich denke, das war gut so. Wir haben ganz bewusst andere Meinungen aus unserer Fraktion im Interesse der gemeinsamen Sache zurückgestellt.

Jetzt plötzlich aber, meine Damen und Herren, gilt all das an Gemeinsamkeiten und gemeinsamem starken Auftreten gegenüber Hamburg bei Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, wohl nicht mehr. Sie bringen einmal den Generalplan ins Gespräch. Das Wort halte ich für daneben, für nicht passend. Das brauchen wir jetzt hier aber nicht zu diskutieren. Auch den Inhalt Ihres Generalplans brauchen wir nicht; denn das, was darin

steht, ist im Prinzip unstrittig. Darin ist die Entschädigungsfrage enthalten. Die ist gelöst. Die Verursacher möglicher Schäden - das wären dann die Hamburger Wasserwerke - zahlen. Es gibt dafür Regelungen, zuständige Behörden und notfalls den Rechtsweg.

Meine Damen und Herren von der CDU, an dieser Stelle kann ich Sie aber nur alle auffordern, unserem Antrag zuzustimmen; denn wir haben in ihn die Beweislastumkehr hineingeschrieben. Damit möchten wir nämlich die Menschen in der Nordheide ganz stark unterstützen. Die Einführung der Beweislastumkehr nützt den Menschen in der Nordheide, und das ist uns ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen auch, dass HAMBURG WASSER seine Ankündigung einhält und in den Heidewasserfonds einzahlt, von dem Sie die ganze Zeit sprechen. Es ist auch in Ordnung, dass daraus zusätzliche Maßnahmen bezahlt werden. Es sind *nur* zusätzliche Maßnahmen, die daraus bezahlt werden - zusätzlich zu dem, was schon aus der Wasserentnahmegebühr finanziert wird.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, darüber hinaus aber weitere Mittel fordern, müssen Sie auch sagen, woher Sie die nehmen wollen, und Sie müssen sagen, warum Sie das nicht 2010 gefordert und nicht gleich in den Haushalt eingestellt haben. Das hätten Sie doch machen können, damals hatten Sie die Mehrheit. Da haben Sie alles verweigert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit bin ich beim zweiten Teil des Dissenses. Herr Schönecke hat im Laufe der Beratungen geäußert, dass er Probleme hat, den Bürgern bei sich zu Hause zu erklären, dass die Wasserentnahmegebühr nicht in viel größerer Höhe in die Region zurückfließt. Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Schönecke, da hilft ein Blick in das Niedersächsische Wassergesetz. Darin steht nämlich, dass das verbleibende Aufkommen - mindestens 40 % - nach Abzug von Verwaltungsgebühren usw. für Maßnahmen zum Schutz der Gewässer, des Naturschutzes und anderer Maßnahmen verwendet wird.

(Glocke der Präsidentin)

Daran hat sich die Landesregierung damals immer gehalten. Es waren die 40 %, aber mehr waren im Haushalt selber für weitere Maßnahmen auch nicht enthalten. 100 %, Herr Schönecke, stehen schon mal gar nicht drin. Sie haben einen tatsächlichen Mittelrückfluss von 45 %. Im Grunde ist das schon ein ganz erfreulicher Betrag.

Das Niedersächsische Wassergesetz, das das regelt, haben Sie in Ihrer Regierungszeit so verfasst. Sie hätten ein besseres machen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Zeit drängt, ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie verhalten sich an dieser Stelle, indem Sie mit unmäßigen Forderungen kommen, sehr verantwortungslos. Es geht hier wie 2010 darum, gemeinsam die Interessen Niedersachsens gegenüber anderen - nämlich Hamburg - zu vertreten. Da wäre wieder ein starkes Signal gefragt. Aber Sie verstecken sich hinter unerfüllbaren Forderungen, schwächen damit die niedersächsische Verhandlungsposition und schaden den Menschen in der Nordheide. Das ist ein unwürdiges Verhalten. Übernehmen Sie Verantwortung, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Rakow. - Hierzu gibt es eine Kurzintervention. Herr Kollege Schönecke, bitte!

Heiner Schönecke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Frau Rakow, als jemand, der seit ewigen Zeiten an der Landesgrenze zu Hamburg wohnt und sehr genau einschätzen kann, was Hamburg zusagt und dann umsetzt bzw. Wirklichkeit werden lässt, sage ich, dass Sie mit den Hamburgern durchaus hart verhandeln müssen. Nur, liebe Frau Rakow: Sie müssen es tun!

Unser Umweltminister hat bis heute in der Frage einer Verlängerung des Verwaltungsabkommens an keiner Stelle diese Verhandlungen direkt mit der Hamburger Umweltsenatorin, Frau Blankau, aufgenommen. Wir haben hier im Niedersächsischen Landtag auf Reaktionen aus Hamburg gewartet. Seit dem 7. März 2011 hat Olaf Scholz dort die Mehrheit im Senat und kann sozusagen han-

deln. Seit der Zeit ist aber auch gar nichts passiert. Seitdem Herr Wenzel das Ruder in der Hand hat, ist aber auch nichts passiert. Das ist die Sorge in der Region. Die gibt es nicht nur bei uns im Landkreis Harburg, sondern genauso im Heidekreis und im Landkreis Lüneburg. Dieses Gebiet ist größer als nur der Landkreis Harburg.

Es gibt nur an einer einzigen Stelle in Niedersachsen einen gigantischen Wasserexport in ein anderes Bundesland, wobei nur der Wassercent bezahlt wird. Überall woanders wird dafür richtig Geld bezahlt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Schönecke, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Der Redner verlässt das Redepult)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Rakow möchte antworten. Bitte!

Sigrid Rakow (SPD):

Herr Schönecke, ich dachte gerade, jetzt sagen Sie, dass Sie doch unserem Antrag zustimmen, weil wir mit Hamburg hart verhandeln müssen und unsere Position durch eine breite Landtagsmehrheit gestärkt wird. Schade eigentlich - Chance vertan!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie greifen jetzt die noch nicht einmal seit einem ganzen Jahr arbeitende Landesregierung an. Dieses Verwaltungsabkommen müsste aber schon seit 2004 neu gefasst werden. Unglaublich viele Akteure hätten das schon schaffen können. Was haben die denn gemacht? Wie haben die denn verhandelt? Warum ist dabei denn nichts herausgekommen? - Sie müssten einmal gucken, ob nicht vielleicht in Ihren Reihen Fehler gemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kreiden Sie das bitte nicht dieser Landesregierung an! Die arbeitet seit einem Dreivierteljahr daran. Die ganzen Dinge sind in guter Arbeit.

(Zurufe von der CDU: Eben nicht! - Nichts passiert!)

Das wird vorangehen. Das wird auch abgeschlossen werden. Im Moment steht die Jahreszahl 2015 im Raum. Wenn Sie jetzt noch Ihre Unterstützung geben, dann steht am Ende vielleicht wirklich das gute Ergebnis, auf das wir im Grunde seit Jahr und Tag warten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Dr. Hocker das Wort.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* hat am 31. März 2010 getitelt: „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“. Sie hat damit einen Artikel über den Besuch des gemeinsamen Arbeitskreises von CDU und FDP in der Region überschrieben. Wir haben uns damals vor Ort ein Bild von dem Zustand, von dem Grundwasserpegel und davon machen können, dass man trockenen Fußes die Este durchschreiten konnte. Uns ist damals sehr klar geworden, dass in diesem Verfahren Eile geboten ist und dass man das nicht sozusagen auf die lange Bank schieben kann.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Seitdem sind über dreieinhalb Jahre vergangen. Zugegeben: In der Zwischenzeit hat es einen Regierungswechsel gegeben. Aber der Anspruch der Menschen in der Region ist ungebrochen. Die haben die Nase voll davon, dass man anscheinend nur diskutiert und sich austauscht. Sie verlangen von uns, dass dieser Landtag endlich handelt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen in der Pflicht, heute und in den nächsten Wochen endlich Beschlüsse dazu zu fassen, wie es mit dem Heidewasser weitergehen soll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von den GRÜNEN: Das tun wir gleich!)

Dass Sie von SPD und Grünen jetzt, nach dreieinhalb Jahren, das Fass noch einmal aufmachen wollen, das hat nicht nur bei den Menschen vor Ort wenig Verständnis hervorgerufen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dass man im fernen Hannover anscheinend immer noch nicht in der Lage ist, sich auf die Bestandteile der Vereinbarung zu einigen, das hat Kopfschüt-

teln vor Ort hervorgerufen. Deswegen stehen wir heute ganz besonders in der Pflicht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Kopfschütteln hat aber nicht nur hervorgerufen, dass man sich so lange nicht hat einigen können und dass die Beratung so lange dauert. Kopfschütteln ausgelöst hat auch die Aussage, die Frau Rakow eben noch einmal wiederholt hat: Wasser als Handelsware anzusehen, sei verpönt.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn man so lange - dreieinhalb Jahre lang und noch länger - über Konditionen, zu den Wasser gefördert, geliefert und bezahlt werden soll, und darüber verhandelt, wie der Grundwasserpegel kontrolliert werden soll, was ist das dann noch anderes, Frau Rakow, als ein Handel mit Wasser?

Daran ist aber nichts Anrühiges. Wenn der eine mehr von einem Gut hat und etwas davon an einen anderen verkauft, dann ist das Handel. Das ist legitim. Das hat überhaupt keinen negativen Beigeschmack und ist überhaupt nicht zu verurteilen, Frau Rakow.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Miriam Staudte [GRÜNE]: Wenn es eine Handelsware wäre, dann würde der Verkäufer möglichst viel davon verkaufen wollen!)

Wir haben jahrelang über das Thema Heidewasser diskutiert.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Menschen in der Region haben einen Anspruch darauf, dass wir endlich eine gemeinsame Position finden. Mit einem Votum des ganzen Landtages können wir unsere Haltung in den Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg verstärkt zum Tragen bringen. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Ich hoffe, Sie kommen zur Verunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Hocker. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Janßen das Wort. Bitte!

(Norbert Böhlke [CDU]: Sind Sie der Abgeordnete aus der Region?)

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Nein, aber der zuständige Fachabgeordnete.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden hier über ein Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Niedersachsen. Bereits 2010 - wie richtig gesagt worden ist - hat der Niedersächsische Landtag dazu Eckpunkte beschlossen.

Mit ihrem Antrag vom Mai dieses Jahres fordert die CDU nunmehr die rasche Umsetzung. Ach was! Drei Monate, meine Damen und Herren von der CDU, nachdem Sie Ihre Kompetenz für die direkte Umsetzung verloren haben! Wo waren Sie denn eigentlich bis Dezember 2012? - Da hatten Sie direkten Einfluss. Da hätten Sie Ihre Wünsche umsetzen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Haben Sie aber nicht. Warum eigentlich nicht? - Darauf komme ich gleich zurück.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Weil die CDU schon vorher aufgehört hat, zu regieren!)

Dann garnieren Sie Ihren Antrag vom Mai, über den Beschluss von 2010 hinausgehend, auch noch mit der Forderung, dass nun auch Niedersachsen in einen gemeinsamen, freiwilligen Fonds mit Hamburg einzahlen soll, um Maßnahmen im Wassergewinnungsbereich zu finanzieren. Sie schreiben übrigens nichts dazu, welche Maßnahmen gemeint sind, und es wird auch nicht erkennbar, warum Niedersachsen denn dazu verpflichtet sein sollte.

Die Forderung, dass Niedersachsen zusätzlich Geld in einen Fonds einstellen soll, haben Sie zu Ihrer Regierungszeit nicht erhoben - aus guten Gründen. Sie würden damit nämlich einen Präzedenzfall für andere Wasserentnahmen im Land schaffen. Das hat Ihnen die damalige Regierung wahrscheinlich nicht zugebilligt. Mit Ihrer Forderung machen Sie jetzt ein Fass auf, das Sie nicht wieder zubekommen und das Sie auch nicht füllen können - auch nicht mit einem solchen geänderten Haushaltsantrag -, weil Sie nämlich Begehrlichkeiten an allen möglichen anderen Wasserentnahmestellen wecken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wir hingegen haben Ihren Antrag zum Guten gewendet und mit Substanz gefüllt. Wir haben sehr ambitioniert den Schutz der hier lebenden Menschen und von Natur und Umwelt gestärkt. Einige Beispiele:

Wir fordern in unserem Änderungsantrag die Umkehr der Beweislast.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zukünftig soll bei Gebäudeschäden im Entnahmegbiet oder bei landwirtschaftlichen Schäden der Wasserentnehmer HAMBURG WASSER nachweisen, dass sie nicht durch seine Tätigkeiten entstanden sind. Wir wollen damit die Hürden dafür absenken, Schäden zu melden und Schadensursachen nachzugehen.

Auch die Anforderungen an Umweltbelange werden verbessert und präzisiert. Es wird ein engmaschiges Monitoring der Abflussmenge von Oberflächengewässern eingerichtet. Das ist deshalb von eminenter Bedeutung, weil zuerst hier eine Reduzierung der Grundwasserneubildung sichtbar wird. Das mögliche Trockenfallen ökologisch wertvoller Oberläufe der Heidegewässer wollen wir in jedem Fall vermeiden.

Deshalb, meine Damen und Herren, soll die Beeinträchtigung von Natur und Umwelt jetzt auch Folgen haben. Nach zehn Jahren wird gutachtlich überprüft, ob das Wasserdargebot für die Entnahme immer noch ausreichend ist. Ist das nicht der Fall, ist das Verwaltungsabkommen entsprechend zu ändern und die Entnahme gegebenenfalls zu reduzieren.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sehr gut!)

Das ist neu. Diese Konsequenzen hatten wir bis jetzt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Punkte sind Meilensteine einer Mensch, Natur und Umwelt beachtenden Wasserentnahme.

Auch der Heidewasserfonds wird kommen, gespeist von HAMBURG WASSER, finanziert nämlich von denjenigen, die das Wasser entnehmen, also vom Verursacher, und nicht von Niedersachsen, wofür es schlicht keinen Grund gibt. Niedersachsen finanziert seinen Anteil zur Verbesserung der Grundwasserqualität in der Region über den Wasserpennig.

Ihr Beharren auf einer weitergehenden finanziellen Beteiligung von Niedersachsen am Heidewasserfonds, meine Damen und Herren von der CDU, ist unbegründet, und es ist scheinheilig, weil Sie eine solche Beteiligung in Ihrer Regierungszeit nicht gefordert, geschweige denn realisiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Unser Beschlussvorschlag hingegen ist ein bemerkenswerter Fortschritt für die Menschen in der Nordheide sowie Natur und Umwelt. Stimmen Sie diesem Antrag zu, und lassen Sie die populistischen Forderungen nach mehr Geld aus Niedersachsen!

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es gibt nun eine Kurzintervention von Herrn Bock. Bitte!

André Bock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Drei Punkte zu den Anmerkungen von Herrn Janßen:

Erstens. Wir haben jetzt mittlerweile Dezember. Sie regieren Sie dem 19. Februar. Ich frage mich: Wie lange brauchen Sie noch, um in dieser Sache in der Regierungsverantwortung anzukommen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Immerhin hat die alte, CDU-geführte Landesregierung - das wissen Sie, weil Sie Kontakt in die Häuser haben - bis Dezember 2012 hieran gearbeitet.

(Zuruf von der SPD: Zehn Jahre!)

Es lag nicht an Niedersachsen, sondern am Hamburg, dass es an dieser Stelle nicht weiterging. Immerhin ging von diesem Land der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung aus.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Zweitens. Sie werfen uns vor, wir wollen in eine Sache Geld hineingeben, und das weckt nur Begehrlichkeiten in anderen Gebieten. Dann sagen Sie doch konkret, in welchen Bereichen. In Niedersachsen gibt es nämlich keinen vergleichbaren Fall. In Verden in Richtung Bremen findet was anderes statt als in der Nordheide in Richtung

Hamburg. Das ist schlicht nicht vergleichbar, und deswegen können Sie es auch nicht so darstellen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: die Umkehr der Beweislast. Ich glaube nicht, dass Sie mit einer solchen Forderung und einem solchen Punkt in Ihrem Antrag die Verhandlungsposition von Niedersachsen gegenüber Hamburg stärken. Im Gegenteil: Sie schwächen sie, und damit werden wir in der Sache längst nicht weiterkommen.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Keine Schäden vermeiden, sondern Geld nehmen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Janßen möchte antworten. Bitte!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bock, augenscheinlich haben Sie ja sehr viel länger gebraucht, um wirklich in der Verantwortung anzukommen.

Es wurde verhandelt. Ich gehe davon aus, dass auch jetzt verhandelt wird. Das wird der Umweltminister sicherlich gleich noch näher ausführen.

Aber es ist natürlich so: Sie fordern - zusätzlich zu den Maßnahmen, die in einer Region, in der Grundwasser entnommen wird, sowieso durchgeführt werden - die Einrichtung eines Fonds. Das kann genauso von jeder anderen Wasserentnahmeorganisation bzw. den dort betroffenen Menschen eingefordert werden. Das ist ein Punkt, den Sie nicht differenzieren können.

Wer das Wasser wohin liefert, ist völlig unerheblich. Es wird Wasser gefördert. Es geht ja darum, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Das kriegen Sie schlicht nicht in den Griff, und das ist der Hauptpunkt dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun der Umweltminister, Herr Minister Wenzel, das Wort.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kolleginnen! Herr Bock, Herr Schönecke, Herr Dr. Hocker, das Projekt, das hier vor uns auf dem Tisch liegt, hat ja wirklich schon eine lange Geschichte.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: So ist es!)

Mir ist nie so richtig verständlich geworden, warum das in der letzten Wahlperiode nicht schon zum Abschluss gebracht wurde.

(Zustimmung von Hans-Joachim Janßen [GRÜNE])

Wir waren uns an einem Punkt immer einig: Hamburg soll so wenig Wasser wie möglich und nur so viel wie nötig erhalten.

Herr Schönecke, um Ihrer Kurzintervention hier die Spitze abzurechen: Sie können sicher sein, dass wir in den letzten Wochen und Monaten Gespräche geführt haben und dass wir auf sehr gutem Wege sind. Von daher sind die Behauptungen, die Sie hier eben in den Raum gestellt haben, schlicht und einfach zurückzuweisen.

(Heiner Schönecke [CDU]: Herr Wenzel, wann?)

Durch das vom Landtag geforderte Verwaltungsabkommen mit der Freien und Hansestadt Hamburg sollen zwischen den Ländern die Punkte vereinbart werden, die mit dem Wasserrecht nur bedingt oder gar nicht zu regeln sind. Das sind z. B. der Verzicht auf die Inanspruchnahme sonst üblicher Sicherheitszuschläge auf die Fördermengen, eine regelmäßige Überprüfung des Bedarfs innerhalb der Wasserrechtsperiode oder auch die Einrichtung eines Fonds zur Förderung von speziellen Projekten zur Verbesserung der Grundwasserbildung.

Die Fragen von Bedarf und schadlos gewinnbarer Menge werden hingegen im Wasserrechtsverfahren durch den Landkreis Harburg nach niedersächsischem Wasserrecht entschieden, wie auch sonst für niedersächsische Wasserversorgungsunternehmen.

Meine Damen und Herren, über fast alle Forderungen des Landtags vom 30. August 2010 ist inzwischen eine Einigung mit Hamburg erzielt worden. Nicht möglich ist jedoch, dem Ergebnis des Wasserrechtsverfahrens vorzugreifen.

Die im Änderungsantrag der Fraktionen genannten Mengen können daher nur Platzhalter für das sein, was aufgrund des Dargebotes und der abgestimmten Wasserbedarfsprognose schließlich und endlich beantragt wird und was aus Sicht der Wasserbehörde dann auch wasserrechtlich zugelassen werden kann.

Ein endgültiger Abschluss der Verwaltungsvereinbarung wird somit erst zu einem späteren Zeitpunkt des Wasserrechtsverfahrens möglich sein. Daher muss ich Sie um etwas Geduld bitten. Aber ich bin sehr guter Hoffnung, Herr Schönecke, dass wir das deutlich schneller hinkriegen als die letzte Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein weiterer offener Punkt ist die in der Region gewünschte und von den Regierungsfractionen jetzt aufgegriffene Beweislast. Es ist noch mit Hamburg zu besprechen, ob über die wasserrechtlich festzulegenden Beweissicherungsmaßnahmen hinaus regelmäßige Aussagen etwa zum Zustand der Heidebäche gemacht werden können und inwieweit sich Hamburg zu einer Beweislasteichterung bereitfindet.

Es ist schwierig, die Zusammenhänge zwischen möglichen Veränderungen in der Ökologie einerseits und der Verantwortung dafür durch die Entnahme andererseits eindeutig festzustellen. Hier wollen wir ja gerade über den zugesagten Fonds und die hiermit zu finanzierenden Maßnahmen eine bestmögliche Verbesserung im Wasser- und Naturhaushalt erreichen.

Meine Damen und Herren, abschließend noch ein Wort zur Forderung der CDU-Fraktion nach einer Beteiligung des Landes an dem Fonds. Der Fonds soll offen sein für die Mitfinanzierung durch Dritte. Das finde ich gut. Ich sehe hier aber nicht, dass es einer Beteiligung des Landes bedarf, und schon gar nicht möchte ich das niedersächsische Erfolgsmodell zum Trinkwasserschutz durch neue Inhalte und abweichende Zahlungswege infrage stellen. Dies haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, als Sie noch in Regierungsverantwortung waren, auch nicht gewollt.

Bis auf diese Landesbeteiligung, meine Damen und Herren - so jedenfalls meine Wahrnehmung -, besteht hier eigentlich große Gemeinsamkeit im Landtag. Herr Schönecke, Herr Bock, ich kann an dieser Stelle nur an Sie appellieren: Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie dem Antrag der

Regierungsfractionen zu! Es würde die weiteren Verhandlungen sehr erleichtern.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister! - Die CDU-Fraktion hat noch eine Restredezeit von 2:11 Minuten, aufgrund der Überziehung der Redezeit durch den Herrn Minister eine weitere Minute. Bitte, Herr Schönecke, 3:11 Minuten!

Heiner Schönecke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Minister Wenzel, an der Stelle haben Sie ein Problem. Die Region im südlichen Hamburg wartet darauf, dass Sie Flagge zeigen, dass Sie sagen, was Sie an der Stelle wollen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Machen wir ja auch! - Unruhe - Glocke der Präsidentin!)

Sie drücken sich weg und geben den Hamburgern eine Steilvorlage dahin gehend, dass alles das, was Sie machen, auf freiwilliger Basis passiert.

1974 haben die Altvorderen in diesem Hause einem Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Niedersachsen zugestimmt. 2004 ist das ausgelaufen. Durch unterschiedlichste Situationen ist es nicht erneuert worden. Das hing mit Regierungswechseln in Hamburg zusammen, das hing mit der Abschaffung der Bezirksregierungen zusammen, das hing damit zusammen

(Unruhe)

- das ist jetzt der letzte Punkt - - -

(Zuruf von Gerd Ludwig Will [SPD])

- Sie können das nicht alles so genau wissen, wenn man an der holländischen Grenze wohnt. Das ist klar, Herr Will.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Vorsicht, Vorsicht, Vorsicht!)

Wir wissen, an welcher Stelle wir darüber reden müssen und warum wir darüber reden müssen.

Warum fordern wir von Ihnen, dass Sie hier an dieser Stelle den Hut aufsetzen, Herr Minister Wenzel? - Weil wir genau wissen: HAMBURG

WASSER hätte schon zum heutigen Tage freiwillig einen solchen Heidewasserfonds einrichten können. Was hindert denn HAMBURG WASSER bis zum heutigen Tage daran, so etwas für die Heide zu tun? - HAMBURG WASSER verhält sich wie ein Hamburger Kaufmann. Die geben nur das aus, was sie ausgeben müssen.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: So ist es!)

An der Stelle, Herr Minister Wenzel, müssen Sie zum Hamburger Senat und sagen: Bevor Sie hier die nächste Genehmigung bekommen, werden wir alles in Sack und Tüten haben! - Und Sie müssen zeigen, was Sie an der Stelle können. Es gibt kein Wegducken in dieser Frage. Sie sind gefordert!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass ich die Beratung schließen kann.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 34:
Abschließende Beratung:

Damit Niedersachsen am Zug bleibt - Zukunft der Regionalisierungsmittel sichern! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/173 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 17/964

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Kollegen Will von der SPD-Fraktion. Bitte!

(Unruhe)

- Bevor wir fortfahren, bitte ich Sie wieder um etwas Ruhe im Plenarsaal. - Danke.

Gerd Ludwig Will (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir darauf hingewiesen, dass die Regionalisierungsmittel des Bundes mit über 615 Millionen Euro -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Herr Will! - Die Gespräche an der Regierungsbank sind bitte einzustellen! - Danke. - Bitte, Herr Will!

Gerd Ludwig Will (SPD):

Vielen Dank.

- für Niedersachsen die wichtigste Grundlage für die Finanzierung des schienengebundenen Nahverkehrs sind.

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern muss ab 2014 sowohl die Höhe als auch die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Bundesländer verhandelt werden. Hier hat die alte Landesregierung sowohl durch die Zweckentfremdung der Mittel - der VDV spricht z. B. von bis zu 25 % - für andere Aufgaben der neuen Landesregierung eine denkbar schlechte Verhandlungsposition hinterlassen. Außerdem hat es zwischen 2003 und 2013 kein ernsthaftes Bemühen gegeben, die Mittel mit zur Reaktivierung von Bahnstrecken in Niedersachsen zu nutzen. Im Gegenteil, Sie haben diese Regionalisierungsmittel für die Finanzierung von Landesaufgaben zweckentfremdet.

Meine Damen und Herren, das ist nun anders. Die neue Landesregierung hat in einem transparenten landesweiten Verfahren unter Einbeziehung des Parlaments und der Fachleute von außen die Potenziale von stillgelegten Bahnstrecken ernsthaft zu prüfen. Schon im nächsten Jahr soll klar sein, welche Strecken das Potenzial zur Reaktivierung haben. Das gilt auch für die Prüfungen zur Reaktivierung stillgelegter Bahnhöfe. Die Regierungsfractionen begrüßen dies ausdrücklich.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dazu braucht das Land entsprechende Mittel, um die Projekte schrittweise umzusetzen. Dafür müssen die Regionalisierungsmittel langfristig auch über die geplante Lauf-

zeit bis 2019 hinaus abgesichert werden. Nur dann gibt es Planungssicherheit und können langfristige Verkehrsdienstleistungen vergeben und vereinbart werden. Das nützt der Mobilität im Land und der Planungs- und Investitionssicherheit der Aufgabenträger und der Verkehrsunternehmen.

Dazu brauchen wir endlich auch eine Gleichbehandlung mit anderen Bundesländern. Wir wollen den unterschiedlichen Anteil am Eisenbahnverkehr in Niedersachsen durch Taktverdichtung im SPNV und durch gezielte Reaktivierungsmaßnahmen steigern. Und wir wollen die zweckentfremdeten Anteile an den Regionalisierungsmitteln für die sogenannten 45-a-Finanzierungen ab dem Jahr 2015 schrittweise zurückführen und damit den Anteil des SPNV endlich wieder steigern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen ist in den vergangenen zehn Jahren in der Mobilität deutlich hinter den Möglichkeiten geblieben. Das zeigen die Beispiele anderer Bundesländer. Wir wollen mehr Menschen zum Umstieg vom Individualverkehr auf den SPNV und den straßengebundenen ÖPNV bewegen. Dazu brauchen wir für die Menschen mehr Angebote und mehr Qualität. Dafür werden wir die Regionalisierungsmittel des Bundes zielgerecht einsetzen. Stimmen Sie dem Antrag der Regierungsfractionen zu!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Will. - Für die FDP-Fraktion hat nun Frau König das Wort. Bitte!

Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin beinahe versucht, diesem Antrag zuzustimmen

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]:
Sehr gut! - Gerd Ludwig Will [SPD]:
Enttäuschen Sie uns jetzt nicht!)

- beinahe; vorsichtig! -, nachdem ich nämlich den Koalitionsvertrag des Bundes gelesen habe. Die Unmenge an Wohltaten, die dort zusätzlich mit 23 Millionen Euro Neuverschuldung verteilt werden sollen, belasten nämlich nicht nur die zukünftigen Generationen und die Sozialkassen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Milliarden!
Nicht Millionen!)

- Milliarden, Entschuldigung.

Sie werden auch an anderer Stelle Ausgabenprobleme erzeugen. Warum also nicht auch bei den Regionalisierungsmitteln?

Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD kann man nämlich lesen:

„Bei der anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014 streben wir eine zügige Einigung mit den Ländern an. Um die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs langfristig zu sichern, werden wir die Regionalisierungsmittel für den Zeitraum ab 2019 in der Bund-Länder-Finanzkommission auf eine neue Grundlage stellen. Von den Ländern erwarten wir, dass sie einen effizienten Mitteleinsatz nachweisen und Anreize für gute Qualität und für einen Zuwachs an Fahrgästen schaffen.“

Ich bin mal gespannt, wie schnell Sie es hinkriegen wollen, dass diese Dinge überhaupt erst einmal eintreffen werden. Deswegen bin ich in der Nähe bei Ihnen, dass Sie jetzt im Prinzip natürlich versuchen, eine Qualität herauszurufen. Aber in Ihrem Mittelansatz in der Mipla habe ich davon noch nichts gesehen.

Da ich im Haushaltsplan vergeblich eine Finanzierung der 45-a-Mittel suche, mit denen Sie jetzt nicht mehr die Schülerbeförderung finanzieren wollen, sondern die Sie jetzt anders und nicht mehr aus den Regionalisierungsmitteln finanzieren wollen, würde ich ganz gerne die Stelle wissen, wo Sie das haben bzw. wo Sie das letztendlich versteckt haben.

(Karl-Heinz Bley [CDU]: Das wissen sie selbst nicht! - Reinhold Hilbers [CDU]: Fehlanzeige!)

Wann immer Sie von SPD und Grünen dieses Thema hatten, haben Sie das ja kritisiert. Also wollen wir doch mal gucken, was bei Ihnen im Koalitionsvertrag steht. Ich zitiere wieder:

„Vor dem Hintergrund der anstehenden Neuausrichtung der Verkehrspolitik des Bundes ergibt sich ein Umschichtungspotenzial im Verkehrsetat zur anteiligen Übernahme der Schülerbeförderung (45-a-Mittel) ...“

Mehr steht dort leider nicht. Das ist keine Aussage, aus der ich letztendlich schließen kann, dass Sie es wirklich ehrlich meinen.

(Zuruf von der SPD: Sie sollten uns auch ein bisschen Vertrauen entgegenbringen!)

Das, was Sie hier verteilen, sind leere Worthülsen. Das ist vielleicht ein Wunsch, aber es ist noch lange keine Umsetzung. Deswegen ist der Antrag für mich rein prophylaktisch, ein Beruhigungsmittel für die Kommunen und für die Aufgabenträger. Mich beruhigt er hingegen nicht im Geringsten. Ich rate Ihnen daher dringend: Machen Sie erst mal Ihre Hausaufgaben, sprechen Sie mit dem neuen Verkehrsminister und stellen Sie vor allen Dingen - das ist ganz wichtig - Transparenz in der Finanzierung der Verkehrsstruktur her! Dann reden wir weiter.

Fröhliche Weihnachten wünsche ich Ihnen noch.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Menge das Wort. Bitte!

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es war einmal eine schwarz-gelbe Regierung, die nahm sich von jährlich 620 Millionen Euro Bundesmitteln 13 % und finanzierte davon Aufgaben wie den Schülerverkehr und Schülertaxitransporte. Das nannte sie dann „Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs“.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Unerhört!)

Sie vertrat und vertritt den Standpunkt, dass intelligente Mobilitätskonzepte und mit ihnen der ÖPNV den Wirtschaftsstandort Niedersachsen abrupt in eine postapokalyptische Industriebranche verwandeln würden. Dass der Bund trotz gewisser Parteienaffinität dennoch etwas anderes erwartet hat, um Niedersachsen weiterhin Fördermittel in entsprechender Höhe quasi als Belohnung für gemachte Hausaufgaben zu garantieren, wunderte die schwarz-gelbe Regierung. Was in Herrgotts Namen hätte sie denn noch machen sollen? - Hier einige Ideen, werte Damen und Herren der CDU und FDP: abgestimmte Konzepte entsprechend der örtlichen Siedlungsstruktur, verbesserte Vernetzung im Nahverkehr, verbesserte Anbindung

zwischen den Verkehrsträgern, vernetzte Systeme zwischen Auto, Bus, Bahn und Rad, klimafreundliche Antriebssysteme, Barrierefreiheit und anderes mehr.

Verehrte Damen und Herren, Herr Oetjen, der von Ihnen vorgestern geforderte richtige Weg wäre es gewesen, dem ÖPNV diese Mittel, die sich in zehn Jahren immerhin auf 800 Millionen Euro summieren, nicht einfach zu entziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wichtige Weichenstellungen müssen nun nachgeholt werden. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, für Schülertransporte ein Konzept und einen tragfähigen Haushaltsansatz für diese originäre Landesaufgabe zu finden.

Wir werden die Regionalisierungsmittel zur Stärkung des ÖPNV im Land, für moderne und vernetzte Konzeptionen im ÖPNV und mithin für Klimaschutz einsetzen. Aufgabe, Kompetenz, Verantwortung - Rot-Grün packt Liegeengebliebenes und Vernachlässigtes an. Wir sind überzeugt, dass unsere Mobilitätskonzepte - Sie haben ja auch keine - der richtige Weg zur Stärkung der Kommunen und zur Stärkung der Regionen, insbesondere des ländlichen Raumes, sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufgaben anpacken, Kompetenz zeigen, in gesellschaftlicher Verantwortung für Soziales, Ökologie und Ökonomie. Wahlversprechen erfüllt, angepackt, besser gemacht. Weiter so!

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Heineking.

Karsten Heineking (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen! Sehr geehrte Frau Menge, wenn Sie gerade behaupten, die CDU-Fraktion habe keine Konzepte, dann liegt es vielleicht auch daran, dass Sie sie nicht verstanden haben, wenn Sie das glauben.

(Beifall bei der CDU)

Heute beraten wir abschließend Ihren Entschließungsantrag: „Damit Niedersachsen am Zug bleibt - Zukunft der Regionalisierungsmittel sichern!“ Dieses Thema auf der Agenda zu haben, ist selbstverständlich richtig. Deshalb unterstützt die CDU-Landtagsfraktion auch das in dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD festgehaltene Ansinnen bei den Regionalisierungsmitteln. Die Kollegin Frau König hat vorhin schon aus dem Koalitionsvertrag vorgetragen, sodass ich es mir an dieser Stelle ersparen kann.

Bereits im Juni 2013 konnten diese Mittel dank der CDU-geführten Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen um die Hochwasserhilfen gemäß Entflechtungsgesetz den Ländern zugewiesen werden und bis 2019 auch auf dem bisherigen Niveau gesichert werden. Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt somit hinter aktuellen Entwicklungen zurück.

(Beifall bei der CDU)

Das ist offenbar ein Grund dafür, dass Sie Ihren Antrag aus dem Mai 2013 hastig überarbeiten und eine neue Version aufsetzen mussten. Leider hat sich die Qualität Ihres Antrags nicht verbessert. Im Gegenteil, gerade bei dem Thema Bahnstreckenreaktivierung betreiben die Koalitionsfraktionen einmal mehr reine Augenwischerei.

(Beifall bei der CDU)

Fakt ist: Von nahezu 80 können überhaupt nur 6 bis 8 Strecken tatsächlich reaktiviert werden. Das wusste ich, das wussten Sie, das wussten eigentlich alle hier. Trotzdem haben Sie den Leuten in den Regionen falsche Hoffnungen gemacht. Das konnten wir auch in der Presse lesen: Die Regionen, die Landkreise werden durch diese Überprüfungen gestärkt. - Ich weiß nicht, wodurch. Und das, obwohl sich wichtige Zahlen für die Auswahl zu reaktivierender Strecken seit der letzten Prüfung kaum verändert haben. Bahnstreckenreaktivierung ist nicht das Allheilmittel für die Höhe der Regionalisierungsmittel. Sie geht auch nur zu einem Bruchteil in die gesamte gefahrene Betriebsleistung ein. Außerdem muss die entsprechende Nachfrage vorhanden sein, und auch die Wirtschaftlichkeit muss gegeben sein. Mir scheint, Sie wollen damit nur eine ideologisch motivierte Ausrichtung auf die Schiene erzwingen.

Auch Ihr Umgang mit der Schülerbeförderung ist mehr als fahrlässig. Sie plädieren für eine gelungene Infrastruktur. Ich frage mich, wie Sie das machen wollen. Nach § 45 a des Personenbeför-

derungsgesetzes stehen den Verkehrsbetrieben Ausgleichszahlungen durch das Land zu, wenn sie ermäßigte Beförderungsentgelte für Schüler und Auszubildende anbieten und somit nicht kostendeckend arbeiten können. Bisher wurden die sogenannten 45-a-Finanzierungen zum Teil aus Regionalisierungsmitteln bestritten. Sie werfen uns vor, dieser Anteil sei zweckentfremdet. Ich sage Ihnen etwas: Sieben andere Bundesländer verfahren nach dem gleichen Prinzip. Auch sie gewähren den Verkehrsunternehmen Ausgleichszahlungen aus den Regionalisierungsmitteln. Es geht doch darum, den Schülerinnen und Schülern sowie den Auszubildenden in Niedersachsen möglichst preiswerte Fahrkarten zu ermöglichen.

Auf Seite 64 im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen steht - ich zitiere -:

„Die rot-grüne Koalition geht davon aus, dass die Schülerbeförderung gerade in ländlichen Regionen eine Basis für den gesamten Öffentlichen Personennahverkehr auf der Straße ist.“

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Gut vorgelesen!)

Weiter heißt es dort:

„Der Schülerverkehr muss durch differenzierte Förderung möglichst über den ganzen Tag in ein normales öffentliches Verkehrsangebot eingebunden werden.“

Sie haben die Bedeutung der Schülerverkehre also erkannt. Wie passt das dann aber mit dem Vorhaben zusammen, über drei Jahre hinweg Mittel aus der Schülerbeförderung herauszuziehen, wie es in Ihrem Antrag vorgesehen war? - Ihnen war die konkrete Summe von 60 Millionen Euro, die Sie laut der früheren Antragsversion bis 2017 umschichten wollten, offenbar zu heikel. Schließlich verzichten Sie in dem geänderten Antrag nunmehr auf konkrete Zahlen.

Bisher gibt es jedoch keine verlässliche Aussage darüber, ob, wann und wie die Mittel, die Sie aus der Schülerbeförderung abzuführen gedenken, für die Verkehrsunternehmen ab 2014 ausgeglichen werden sollen. Damit verunsichern Sie die Unternehmen. Schließlich haben die Verkehrsverbände und das Wirtschaftsministerium im August 2012 eine Rahmenvereinbarung zur Fortzahlung der Ausgleichszahlungen an die Verkehrsunternehmen für Schülerverkehre in gleichbleibender Höhe bis zum Jahre 2016 vereinbart. Somit haben die Ver-

kehrsunternehmen einen Rechtsanspruch auf Ausgleichszahlungen.

Was Sie hier treiben, ist keine durchdachte und nachhaltige Verkehrspolitik, sondern Planlosigkeit. Deshalb werden wir Ihren Antrag heute ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun Herr Wirtschaftsminister Lies das Wort. Bitte, Herr Minister!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich das gleich zu Beginn sagen: Dieser Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist ein ganz zentraler Punkt für die zukünftige Ausrichtung -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Herr Minister! Ich möchte gleich zu Beginn um etwas mehr Ruhe bitten. Wir sind im Endspurt, haben es also bald geschafft. - Bitte, Herr Minister!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

- der Verkehrspolitik in Niedersachsen. Die Zukunft der Regionalisierungsmittel wird ein ganz entscheidendes und wichtiges Instrument sein.

Frau König, ich bin ein bisschen verwundert, dass dieser kleiner Ruck noch fehlte. Ich habe immer noch nicht durchschaut, warum Sie das, was in den Verhandlungen in Berlin herausgekommen ist, jetzt davon abhält zuzustimmen. Im Gegenteil, das wäre ein klares Signal, wenn Niedersachsen geschlossen aufträte, um die Zukunft der Regionalisierungsmittel sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Heineking, für die Antwort auf Ihre Rede bräuchte ich eine Stunde. So lange müsste ich nämlich versuchen, es noch einmal zu erklären. Sie sind selber Mitglied des Lenkungskreises, der sich um das Thema Reaktivierung kümmert. Ich bin ein bisschen verwundert, dass Sie einerseits selber in diesem objektiven Kreis, den wir bewusst

so gewählt haben, mitwirken und andererseits hier eine völlig gegensätzliche Rede halten. Dann äußern Sie die Bedenken doch da, wo sie hingehören, aber halten Sie hier nicht große Reden! Ich finde, das ist unangemessen und passt nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich glaube, ein transparenteres Verfahren bei einem solchen Weg hat es noch nicht gegeben. Insofern sollte man das positiv honorieren. Dass am Ende nicht alle 78 Strecken reaktiviert werden, war allen von Beginn an klar. Das war auch nie das Ziel.

Weil Sie es angesprochen haben, will ich noch einmal auf das Thema Regionalisierungsmittel eingehen. Das, was Sie in der Zeit nach 2003 gemacht haben, war verantwortungslos. Sie haben aus dem klassischen Landeshaushalt Geld herausgebrochen und haben das dann aus den Regionalisierungsmitteln finanziert. Sie haben den Haushalt geschwächt und die Regionalisierungsmittel belastet. Damit haben Sie dafür gesorgt, dass wir schwere Verhandlungen mit den anderen Bundesländern zu führen haben. Das ist der Erfolg Ihrer zehnjährigen Politik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und uns fragen, wie wir das eigentlich machen wollen, dann kann ich Sie nur bitten, genau diesen Antrag zu unterstützen - gerade mit Blick auf die Verhandlungen, die wir mit den anderen Bundesländern führen. Es sind übrigens nur zwei, die in diesem großen Umfang Geld aus den Regionalisierungsmitteln nehmen. Fünf haben das extrem abgeschwächt. Die anderen machen es gar nicht. Sie können sich doch vorstellen, dass die anderen Bundesländer gerade in der jetzigen Zeit auf uns schauen und fragen: Was macht ihr eigentlich mit dem Geld?

Das müsste doch der Ansatz für Sie sein, genau diesen Weg zu unterstützen - mit dem Signal, ab 2015 schrittweise das Geld zurückzuführen, und zwar finanziert aus dem Landeshaushalt. Weil wir zu einer Stärkung von § 45 a und Schülerbeförderung kommen wollen, stärken wir auch unsere Verhandlungsposition in Berlin. Um meine Redezeit nicht zu überziehen, kann ich Sie nur ermuntern, dass Sie uns unterstützen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ein klares Signal aus dem gesamten Landtag wäre die richtige Botschaft, damit wir in Berlin erfolgreich weiterverhandeln können.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schließe die Beratung und komme zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde mit Mehrheit gefolgt. Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe auf den - vorläufig letzten -

Tagesordnungspunkt 35:
Abschließende Beratung:

NPD effektiver bekämpfen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/176 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/962

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile der FDP-Fraktion das Wort. Herr Kollege Dr. Birkner, bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „NPD effektiver bekämpfen“ ist unser Entschließungsantrag überschrieben. Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, dass man bei der Bekämpfung der NPD und bei der Auseinandersetzung mit der NPD als neonazistische Partei, die, wie wir es auch im Antrag schreiben, „offen und aggressiv fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen vertritt“, nicht den Fehler begeht und sich ausschließlich auf ein Verbotverfahren konzentriert; denn dann gerät eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Gesinnung in den

Hintergrund, weil nicht mehr der Schwerpunkt darauf gelegt ist.

Wir wollen mit einem solchen Verbotsverfahren auch nicht den Eindruck erwecken, dass der NPD hier ungewollt eine Aufmerksamkeit zukommt, die sie nun wahrlich nicht verdient und die sie in weiten Teilen der Bundesrepublik auch nicht hat. Durch ein solches Verbotsverfahren wird der Eindruck erweckt, die NPD sei eine Partei von größerer Bedeutung, als sie es tatsächlich ist.

Wir sehen in diesem Verbotsverfahren auch Risiken, die damit verbunden sind. Das letzte Parteiverbot ist 40 oder 50 Jahre her

(Minister Boris Pistorius: 60!)

- 60 sogar; der Herr Innenminister sagt es -, stammt also aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Damals war die Situation noch eine ganz andere. Die Bundesrepublik war noch nicht in der Lage, eine gefestigte demokratische Struktur zu haben, und musste sich mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen auseinandersetzen. Eine solche Situation haben wir heute nicht mehr. Wir haben gefestigte demokratische Strukturen, die auch die Auseinandersetzung mit einer verfassungsfeindlichen Partei nicht zu scheuen brauchen. Diese Auseinandersetzung muss dann auch in diesem Rahmen von allen demokratischen Kräften als Gesellschaft gemeinsam geführt werden.

Insgesamt sagen wir auch: Es ist nicht gewiss, wie das Verfassungsgericht am Ende entscheiden wird. Das Schlimmste, was am Ende dabei herauskommen könnte, wäre, dass dieses Verbot keinen Erfolg hat und man es plötzlich damit zu tun hat, dass der NPD eine ungewollte Aufmerksamkeit zugutekommt und dass sie vom Verfassungsgericht bescheinigt bekommt: So verfassungsfeindlich, wie die Antragsteller meinten, ist sie dann doch nicht. - Das wäre genau das falsche Signal.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre auch das falsche Signal, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte so entscheiden würde.

Deshalb sagen wir unter dem Strich bei allem Verständnis und auch bei allem Respekt vor den Motiven der Antragsteller, dass dies der falsche Weg der Auseinandersetzung mit der NPD ist. Man sollte den Schwerpunkt woanders suchen und nicht vor Gericht, weil dort die Aussichten sehr ungewiss sind - auch wenn, wie ich zugestehen

möchte, die Antragsschrift in der vorliegenden Form zunächst einmal überzeugt.

Insofern wünsche ich den Antragstellern auch, dass dieses Verbotsverfahren erfolgreich sein wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn jetzt ist man diesen Schritt gegangen. Im Ergebnis muss dann auch tatsächlich ein Verbot erreicht werden. Denn ansonsten wäre durch diesen Antrag wirklich ein Schaden für die Demokratie entstanden.

Insofern halten wir nach wie vor an unserer Auffassung fest: Die NPD ist anders zu bekämpfen als durch Verbotsverfahren. Wir haben eine stabile Demokratie, die die Auseinandersetzung nicht zu scheuen braucht. Hier handelt es sich um eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Ein Verbotsverfahren ist an sich der falsche Weg. Nun ist dieser Weg aber beschritten worden. Insofern wünsche ich den Antragstellern auch im Namen der FDP-Fraktion den Erfolg dieses Verbotsverfahrens; denn alles andere wäre ein noch größerer Schaden als bisher.

Danke sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Janssen-Kucz das Wort. Bitte!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wissen, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und undemokratisch ist. Ihr Agieren ist menschenverachtend. Das haben wir auch im Landtagswahlkampf erlebt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Der NPD-Verbotsantrag aller Bundesländer ist Anfang Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht eingegangen. Auf der Innenministerkonferenz in Osnabrück wurden die Eckpunkte in einer Pressekonferenz vorgestellt. Wir hatten am 5. Dezember 2013 eine Unterrichtung im Innenausschuss. Dort wurden diese Eckpunkte auch vorgestellt. Die in Teilen zitierten Textstellen aus öffentlichen Reden, Agitationen und Schriftstücken der NPD haben alle Ausschussmitglieder mehr als betroffen gemacht. Die Wesensverwandtschaft, die

Parallelen zwischen der Ideologie der NPD und den Nationalsozialisten der NSDAP wurden sehr deutlich.

Ich hätte es begrüßt, wenn sich der Bundestag und auch die Bundesregierung der Initiative der Bundesländer angeschlossen hätten. Das wäre ein starkes Zeichen gewesen - ein starkes Zeichen im gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, und jetzt haben wir hier diesen Antrag der FDP-Fraktion. Lieber Herr Birkner, Sie haben eine etwas andere Rede gehalten als das, was in dem Antrag steht. Sie fordern die Landesregierung mit Ihrem Antrag auf, das NPD-Verbotsverfahren nicht länger zu unterstützen. Ich finde, das ist mehr als absurd. Wir gemeinsam haben den Antrag zur Regierungszeit der CDU und der FDP und nach langem Zögern von Herrn Schünemann auf den Weg gebracht. Wir haben uns als Land Niedersachsen entschieden, das NPD-Verbotsverfahren aktiv zu begleiten und zu unterstützen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Frau Kollegin! - Ich bitte um etwas Ruhe. - Danke.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Wir wollen und wir werden nicht zulassen, dass die NPD Staatsgelder kassiert und damit nicht nur die eigenen rechtsextremen Strukturen unterhält, sondern auch andere rechtsextreme Gruppierungen und freie Kameradschaften mitfinanziert.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Wir dürfen nicht zulassen, dass unter dem Schutz des Parteienprivilegs eine so rassistische und menschenfeindliche Ideologie weiter verbreitet wird. Deshalb unterstützen wir weiter das Verbotverfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben von einem Maßnahmenbündel gesprochen, Herr Dr. Birkner: Die NPD effektiv bekämpfen. Ich habe Ihnen gestern in den Haushaltsberatungen dargelegt, wie wir das unter Rot-Grün konsequent angehen: mit dem Landesprogramm gegen Rechts, dem „Löschangriff gegen Rechts“ und der Fortsetzung des Aussteigerprogramms PARC.

Aber es ist ein Widerspruch in sich, einerseits aktiv in Präventionsprogramme gegen Rechts zu investieren und Geld in die Hand zu nehmen und andererseits die NPD und ihre menschenverachtende Politik über die Parteienfinanzierung mitzufinanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Natürlich birgt das Verbotverfahren auch die Gefahr des Scheiterns. Aber deswegen gleich die Flinte ins Korn zu werfen und die Hetze der NPD einfach laufen zu lassen, wäre fatal.

Wir brauchen ein deutliches Signal in die Gesellschaft: Der Staat bekämpft die Nazis auf allen Ebenen. Lassen Sie uns entschlossen gegen die NPD und andere Naziorganisationen vorgehen!

Ich finde, wir sollten beim NPD-Verbot mehr die Betroffenen in den Blick nehmen und hören, was sie zu sagen haben. Daher möchte ich zum Schluss die Auschwitz-Überlebende Esther Bejorano zitieren:

„In Zeiten, in denen die NPD und neofaschistische Kameradschaften ganze Regionen zu national befreiten Zonen erklären und die NPD immer noch nicht verboten ist, müssen wir alle uns einmischen und von der Regierung fordern, endlich zu handeln. Wer nicht durch die Hölle von Auschwitz gegangen ist, kann es schwer erahnen, was es für uns bedeutet, wenn Nazibanden in allen Städten marschieren dürfen.“

Danke schön.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nun hat das Wort für die SPD-Fraktion Herr Höntsch. Bitte!

Michael Höntsch (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Birkner, es ist fast 50 Jahre her, da zeigte mir mein Vater die Gräberfelder in Bergen-Belsen. Seit diesem Tag haben mich die Bilder der Leichenberge nicht mehr losgelassen. Dieser Besuch hat mich geprägt. Es entsetzt mich noch immer, wohin die Naziideologie in Deutschland geführt hat. Auch und gerade in dieser Tradition steht die NPD.

49 Jahre ist es her, dass sie in der Döhrener Masch hier in Hannover gegründet wurde. Seit vier Jahrzehnten bin ich dabei, wenn diese Partei irgendwo aufmarschiert. Das anstehende Jubiläum der NPD im kommenden Jahr sollte das letzte sein, das diese Partei, mit Steuergeldern finanziert, begehen kann.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dafür wünscht sich Rot-Grün die Unterstützung dieses Hauses.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, Sie haben hier im Niedersächsischen Landtag in dieser Frage leider ein Alleinstellungsmerkmal, das Ihnen nicht gut zu Gesicht steht.

Häufig wird der Eindruck erweckt, das Ganze sei ein Nischenthema. Auch bei Ihnen ging das wieder ein bisschen in diese Richtung. Das ist definitiv falsch und gefährlich obendrein.

Sprechen wir mit den Opfern rechter Gewalt, reden wir mit den Menschen, die sich zu Recht bedroht fühlen, dann merken wir sehr schnell: Von einer Petitesse kann keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bitte erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Böse anonyme Nachrichten kann ich von meinen Enkelsohnen fernhalten. Aber der Frage meines ältesten Enkelsohnes, warum vor seiner Kita immer die Polizei steht - ja, es ist die jüdische Kita -, kann ich nicht ausweichen. Da muss die Antwort des Opas immer nur etwas Angst machen. Ich will aber meine Enkelkinder ohne Angst aufwachsen sehen. Sie sollen jüdische Kultur und jüdischen Glauben fröhlich in unserer Stadt erleben können.

Auf der Seite der NPD in Niedersachsen finden wir sehr Schlimmes:

„Gerade vor dem Hintergrund des großen Einflusses der Juden kommt es für uns kaum überraschend, dass die Förderung des Judentums kurz vor der Bundestagswahl geschieht, wobei es in der Bundesrepublik egal ist, welche Bundespartei Sie wählen. Die Bundestagsparteien sind sich in der Förderung des Judentums alle einig.“

Erschreckend auch immer wieder die Plakate, auf denen offensichtlich Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund auf ihrem Weg zum Flughafen

gezeigt werden. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, hier wird, wenn auch strafrechtlich auf schmalen Grat, an die niedersten Instinkte appelliert. Ich denke, wir sind uns alle darüber einig.

Ich war vor ein paar Wochen in Wolfsburg beim sogenannten Nationalen Tag, den die NPD einmal im Jahr veranstaltet. Hier ein paar Redefetzen: „Willkommen in der KdF-Stadt Wolfsburg. Wir begrüßen den Kameraden Schmidt aus der Reichshauptstadt. Multikulti ist Völkermord. Lasst uns des 1. Mai gedenken; wir wissen, wem wir diesen Tag zu verdanken haben.“ Udo Pastörs meinte in Braunschweig: „Es wird der Tag kommen, an dem die Führer dieses korrupten Systems für ihre verbrecherischen Taten zur Rechenschaft gezogen werden.“

Volksverhetzung und Verherrlichung des Nationalsozialismus - das ist ihr Programm, und das dürfen Demokraten nicht hinnehmen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Es zieht sich eine Blutspur rechter Gewalt durch die letzten Jahre. Ich bin froh, dass es auch hier bei der Beurteilung zu einem Paradigmenwechsel in Niedersachsen gekommen ist. Es war ein Fehler, über Jahre hinweg Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzen. Das hat zur Blindheit auf dem rechten Auge geführt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu meiner Schulzeit sprachen Lehrer immer noch von der dunklen Zeit. Das hat sich zum Glück verändert. Heute sprechen die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen von Verbrechen der Nazifaschisten.

Es kann nicht angehen, dass Initiativen, die sich gegen Nazis wehren, ein Revers unterschreiben müssen, wenn sie denn Förderung erhalten wollen. Es ist die Ministerin Kristina Schröder, die damit DGB, Jugendfalken und andere in die Nähe von Verfassungsfeinden rückt. Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch das ist ein Paradigmenwechsel: Nicht der Protest gegen Naziaufmärsche ist der Skandal, sondern die Aufmärsche selber sind es.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Innenminister Pistorius, ich danke Ihnen von ganzem Herzen, wie Sie in Bad Nenndorf Flagge gezeigt haben. Das und wie - das hat den Menschen dieser Stadt Mut gemacht. Und nicht nur ihnen. Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche mit Polizistinnen und Polizisten geführt. Ja, auch sie sind es leid, diese Rabauken beschützen zu müssen, einmal ganz abgesehen davon, wie das den Landshaushalt belastet.

Es wird behauptet - auch von Ihnen, liebe FDP -, die NPD sei am Ende. Sie ist es nicht. Diese Partei sitzt nach wie vor in zwei Landtagen und in zahlreichen Kommunalparlamenten. Die Gelder, die sie daraus erhält, zusammen mit den Erstattungen sind seit dem gescheiterten Verbotsantrag zu einer zweistelligen Millionensumme angewachsen.

Eines wundert mich doch sehr, liebe FDP: Warum haben Sie noch immer nicht verstanden, dass der NPD alle Vorteile des Parteienprivilegs genommen werden müssen? - Der Weg über den Bundestagspräsidenten würde ein Irrweg sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dabei haben gerade Sie erst jüngst erfahren müssen, welche Probleme es mit sich bringt, wenn diese Partei nicht verboten wird. Da kauften Sie einen Werbespot für Millionen Euro und mussten feststellen, dass eine Quarkfirma und die NPD mit derselben netten Familie warben. Ich habe darüber nicht gelacht. Das ist nicht normal. Das ist nicht humorvoll. Mir taten Sie einfach nur leid.

Natürlich ist mit einem Verbot nicht das braune Gedankengut verschwunden. Das wissen wir alle. Aber wir können diesen Rattenfängern mit einem Verbot - und wir müssen das - vollständig die materielle Basis entziehen.

Wir haben die Bilder in Schneeberg gesehen. Wir haben die Bilder aus Hellersdorf gesehen. Innenminister Friedrich sorgt sich um das Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir sollten uns mehr Sorgen um traumatisierte Asylbewerber machen und endlich überall mit der Willkommenskultur beginnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was wäre eine Aussprache ohne den Kollegen Nacke? Ich muss auch Sie aus gegebenem Anlass ansprechen. Sie machen sich Sorgen um unseren

linken Rand. Sie haben deutlich gemacht, was Sie unter Abgrenzung verstehen. Würden wir in unserem Engagement gegen die NPD immer darauf schauen, ob irgendwo eine Antifa-Fahne weht, könnten wir nirgendwo mehr hingehen. So stärkt man die Zivilgesellschaft keinesfalls.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir vertrauen den Innenministern der Bundesländer, dass der erneute Verbotsantrag wasserdicht ist. Ich komme auf unseren Innenminister Boris Pistorius zurück, und ich erlaube mir, ein Zitat von ihm aus Bad Nenndorf umzuwandeln: Der Niedersächsische Landtag hat kein Problem mit der NPD. Die NPD hat ein Problem mit dem Niedersächsischen Landtag. - Wenn dieser Satz am Ende unserer Debatte stehen könnte, wäre ich glücklich. Rot-Grün wird den Antrag der FDP zurückweisen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Höntsch. Das war Ihre erste Rede in diesem Hohen Hause. Das Präsidium gratuliert Ihnen sehr herzlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun hat für die CDU-Fraktion das Wort Herr Kollege Fredermann. Bitte!

Rainer Fredermann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor fast genau einem Jahr hat der Bundesrat einstimmig beschlossen - also auch unter der Beteiligung der CDU-geführten Landesregierung -, die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens und die Sammlung neuer Informationen nach Abschaltung der V-Leute durchzuführen. Zu diesem Beschluss steht die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion weiterhin.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind uns sicherlich alle darin einig, dass es sich bei der NPD um eine Partei handelt, die fremdenfeindlich, rassistisch und antisemitisch auftritt und es auch ist. Ich bin überzeugt, dass diese Partei nicht für die Grundwerte der Bundesrepublik Deutschland steht und somit auch nicht auf dem

Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch wenn die von der alten Landesregierung unter Uwe Schünemann ergriffenen Maßnahmen gegen den Extremismus bei der Bundestagswahl im Wahlergebnis Erfolge zeigten - die NPD erhielt in Niedersachsen nur 0,8 % der Zweitstimmen -, sollte weiterhin das Verbotsverfahren der NPD unterstützt werden. Auch wenn man der Meinung sein könnte, die NPD sei eine Splitterpartei, so sollten wir doch nicht die Gefahr, die von ihr ausgeht, unterschätzen.

Die Bekämpfung von Extremismus in jeder Form ist eine zentrale Herausforderung nicht nur für dieses Hohe Haus, sondern für unsere gesamte Gesellschaft. Unsere Demokratie hat bewiesen, dass die Bekämpfung extremistischen Gedankenguts durch ein geeintes Vorgehen aller gelingen kann.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der im August vorgestellte Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses zu den verabscheuungswürdigen Morden des rechtsextremen NSU beweist ebenso, wie wichtig, aber auch wie erfolgreich ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Parteien sein kann. Dennoch müssen wir konstatieren, dass in einigen Bereichen auch weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Meine lieben Kollegen von Rot-Grün, ein gemeinsames Vorgehen beinhaltet für uns aber auch ein Vorgehen gegen alle Arten von Extremismus. Ich habe den Eindruck, Sie blenden linke Gewalt aus. Ich möchte jetzt nicht die Diskussion von gestern hier fortführen, aber ich bin an der Stelle mit Jens Nacke einer Meinung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihre Forderung nach einer Abschaffung der Extremismusklausel in Ihrem Antrag in der Drucksache 17/457 ist ebenso durchsichtig wie falsch.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bis heute vermisste ich klare Worte der Landesregierung und des Ministerpräsidenten zu den Brandanschlägen auf die Fahrzeuge der Bundeswehr bei uns in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es passt nicht ins Bild - oder vielleicht doch? -, vor der Sommerpause den Einsatz der Bundeswehr bei der Hochwasserbekämpfung zu loben und jetzt zu schweigen. Der Einsatz der Bundeswehr verdient immer unsere durchgängige Unterstützung.

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Das hat nichts mit der NPD zu tun!)

Ferner möchte ich an dieser Stelle anmerken, dass Ihr Antrag „Rechtsextremismus auf allen Ebenen bekämpfen - NPD-Verbotsverfahren konsequent vorantreiben“ nicht auf der heutigen Tagesordnung steht. Das wundert mich durchaus. Er passt thematisch genau zu diesem Antrag der FDP. Meine Frage: Wollen Sie diesen Antrag zurückziehen?

(Zurufe von der SPD)

Nun zum Antrag der FDP. Liebe Freunde von der FDP, Herr Dr. Birkner, wir können Ihren Antrag zum Verzicht auf Unterstützung des NPD-Verbotsantrags durch den Bundesrat nicht unterstützen. Wie eingangs schon gesagt, stehen wir zu unserer Entscheidung aus dem letzten Jahr.

Für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht nicht in Gänze so, wie wir alle es uns wünschen, urteilt, muss die Konsequenz aber sein, dass es einen vernünftigen Plan B gibt. Der Verzicht auf eine gangbare Lösung wäre schlichtweg falsch. Im Gegensatz zu den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD sind wir jedoch wie die FDP der Meinung, dass es sich sehr wohl lohnt, Finanzquellen der NPD auszutrocknen und somit ihre Organisationsfähigkeit zu schwächen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Ausschluss von der Parteienfinanzierung würde dabei sehr hilfreich sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, seit dem Beschluss des Bundesrats im letzten Jahr galt die Devise „Sorgfalt geht vor Schnelligkeit“. Ziel war es, eine Antragsschrift einzureichen, die der Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht standhält. Eine länderoffene Arbeitsgruppe begleitete diese Erarbeitung. In der letzten Woche wurden wir im Innenausschuss von der Landesregierung über die wesentlichen Inhalte der Antragsschrift informiert. Auch wurde auf Anfrage bestätigt, dass es in Niedersachsen keine V-Leute mehr in der Führungsebene geben soll. Dies ist vor dem Hintergrund

des Scheiterns des letzten Verbotsantrags besonders wichtig.

Persönlich hätte ich mir jedoch gewünscht, dass diese Unterrichtung vor der Einreichung des Verbotsantrags erfolgt wäre.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch bin ich der Meinung, dass wir uns über diesen jetzt debattierten Antrag bereits im letzten Plenum hätten unterhalten sollen; denn jetzt ist die Antragsschrift eingereicht, und somit ist das Ziel des Antrages der FDP nicht mehr zu erreichen, nämlich dass die Landesregierung den Verbotsantrag nicht mehr unterstützt. Von daher einen Monat zu spät!

Aufgrund der wesentlichen Inhalte des Antrags der FDP sind wir nicht in der Lage, ihm zuzustimmen, wie schon gesagt.

Zum neuen Jahr wünsche ich uns, dass das Verfahren erfolgreich über die Bühne geht, dass die NPD als Partei verboten wird.

Falls ich der letzte Redner sein sollte - zumindest sieht es im Moment so aus -, wünsche ich uns allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Danke.

(Lebhafter Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege, auch für Ihre netten Wünsche. - Aber es gibt noch weitere Redner. Zunächst spricht Herr Innenminister für die Landesregierung. Bitte, Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das NPD-Verbotsverfahren hat mich in den letzten Wochen und Monaten, wie Sie sich denken können, qua Amt als Vorsitzender der IMK außerordentlich intensiv beschäftigt.

Mir ist eine Quelle - nicht aus dem NPD-Verfahren, sondern aus der Berichterstattung - in besonderer Erinnerung geblieben. Das ist ein Zitat - ich will es sinngemäß wiedergeben - aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2009 zu einem anderen Sachverhalt. Damals hatte das Gericht festgestellt, dass unser Grundgesetz, unsere Verfassung, quasi als ein Gegenentwurf zur faschistischen Ideologie des vergangenen

Jahrhundert gesehen werden muss und dass es kraft Struktur und Inhalt geradezu darauf ausgerichtet ist, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und künftig Verletzungen der Menschenwürde in dieser oder anderer Form zu verhindern.

(Lebhafter Beifall)

Wer sich das auf der Zunge zergehen lässt und dann über ein NPD-Verbotsverfahren spricht, der kann nach meiner Auffassung natürlich zu jedem Ergebnis kommen. Ich für meinen Teil kann nur zu dem Ergebnis kommen: Eine Partei, die sich - durch öffentlich zugängliche Quellen beweisbar - jeden Tag durch Tun, Sprechen, Veröffentlichungen und vieles mehr außerhalb unserer Verfassung stellt und gleichzeitig jedes Jahr über ihre Mitgliedschaft in zwei Landesparlamenten noch Millionen von Steuergeldern über die Parteienfinanzierung erhält, muss mit einem Verbotsantrag in Karlsruhe landen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Die NPD ist in den vergangenen Jahren immer wieder, jede Woche - vor Wahlen mehr als zu anderen Zeiten -, dadurch aufgefallen, wie sehr sie gegen Juden, Andersdenkende, Muslime, Homosexuelle und Flüchtlinge hetzt, wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Schneeberg ist ein Beispiel, Hellersdorf ein anderes. Aber gerade erst heute Morgen musste die NPD im mecklenburg-vorpommerschen Landtag den Plenarsaal wegen hetzerischer Äußerungen im Rahmen einer Flüchtlingsdebatte verlassen. Ich finde es unerträglich, dass eine solche Partei immer noch in deutschen Parlamenten sitzt, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall)

Lassen Sie uns das NPD-Verbotsverfahren einen Augenblick auch vor dem historischen Hintergrund betrachten. Es ist noch keine sechs Wochen her, dass wir der Reichspogromnacht an ihrem 75. Jahrestag gedacht haben, dieses schrecklichen Ereignisses, das Ausgangspunkt für eine systematische Ermordung von Millionen von Menschen war.

Die NPD hat sich in den letzten Jahren immer wieder auf erschreckende Art und Weise geäußert und die Opfer dieser Zeit, aber auch unserer Zeit täglich verhöhnt.

Das alles kann man in diesem Verbotsantrag nachlesen, der inzwischen öffentlich ist.

Eine Zwischenbemerkung an Herrn Fredermann: Es wäre schlicht unmöglich gewesen, alle Ausschüsse in Deutschland vor Einbringung dieses Antrags zu informieren. Das war schlicht nicht zu koordinieren. Deswegen war der Weg so zu gehen.

Der Antrag, der fast 300 Seiten lang ist, stützt sich auf offizielle, nachlesbare Quellen, die jedermann zugänglich sind. Da ist nichts Geheimes drin. Das spricht für sich. Ich erspare uns die Zitate.

Ich bin der festen Überzeugung, dass ein NPD-Verbotsantrag ein starkes Signal von Demokratie ist, ein starkes Signal eines Rechtsstaates, der sich wehren muss. Wo bitte steht geschrieben, dass man sich gegen eine solche Partei, die so weit außerhalb unserer Verfassung steht, erst dann wehren muss oder darf, wenn sie über 10 % oder 5 % kommt? - Ich kann das nirgendwo finden. Die Geschichtsforschung konnte bis heute den Zeitpunkt nicht definieren, zu dem die Weimarer Republik verloren ging, weil es so war, wie es war, meine Damen und Herren. Deswegen ist es richtig, einer Partei den Riegel zu einem Zeitpunkt vorzuschieben, zu dem noch Zeit genug dafür ist.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Deswegen ist es egal, dass die NPD zurzeit keine nennenswerten Ergebnisse bei Wahlen erzielt. Das ist egal, buchstäblich egal, weil sie auf andere Weise versucht, mehr oder weniger erfolgreich, je nach Region, in die Gesellschaft vorzudringen, gerade in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen. Sie schafft es über die Mitarbeiter, die sie über die Parteienfinanzierung in den Parlamenten bezahlt und die in der Fläche Basisarbeit für diese rassistische, fremdenfeindliche Partei betreiben. Damit muss es ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der CDU sowie Zustimmung bei der FDP)

Ich sage Ihnen, wir alle, die wir hier sind, sind Demokraten genug, um zu akzeptieren, dass jeder eine eigene Sicht auf einen Verbotsantrag haben kann und darf. Artikel 21 des Grundgesetzes ist nicht umsonst selten zur Anwendung gekommen; denn eine wehrhafte Demokratie muss einiges aushalten können. Ja, wir können die NPD aushalten - noch. Aber wollen wir zulassen, dass die Gesellschaft von diesen Menschen weiter gespalten wird, mit Steuergeldern unterstützt?

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]:
Nein!)

Ich meine, nein. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es extrem wichtig, dass wir uns dessen vergewissern. Wir haben immer wieder gesagt, auch im Kreis der Innenminister: Niemand unterliegt der Illusion, ein erfolgreicher Verbotsantrag erledigt das Problem für uns. Niemand glaubt, dass ein erfolgreicher Verbotsantrag uns gemeinsam von der gesellschaftspolitischen Pflicht entbindet, weiter jeden Tag jeder rechtsextremistischen Bedrohung und jedem rechtsextremistischen Gedankengut mit Nachdruck entgegenzutreten. Das wissen wir, und das werden wir tun.

Aber, meine Damen und Herren, egal, wie man sich hinsichtlich des Parteiverbotsantrages entscheidet: Mich hat im vergangenen Jahr geärgert, dass sich, als wir über ein Parteiverbot gesprochen haben, Bundesregierung und Bundestag nicht angeschlossen haben. Das ist zu respektieren. Wenn dann aber gleichzeitig im Raum steht, die Mittel für Aussteigerprogramme oder für Präventionsprojekte zu kürzen, dann ist das ein fatales Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das eine ist eine Frage der persönlichen Betrachtung eines Verbotsverfahrens als solches. Aber das andere ist die unbestreitbare Pflicht, präventiv alles zu tun, was möglich ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss eine Bemerkung zu der Frage machen: Müssen wir eigentlich, wenn wir über Rechtsextremismus diskutieren - so wie hier gerade -, immer auch gleich über Linksextremismus diskutieren? - Die Diskussion führen wir. Aber wir können doch die Diskussion auch einmal führen, ohne immer gleich die andere Seite zu nennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niemand - mich eingeschlossen - verharmlost Linksextremismus oder religiös motivierten islamistischen Terrorismus oder Extremismus. Das ist überhaupt nicht die Diskussion. Aber wir reden heute über Rechtsextremismus. Die Augen, Herr Fredermann und meine Damen und Herren, müssen wir nach allen Seiten hin offen haben, und die Dioptrien sollten etwa gleich schwach oder gleich stark sein; lieber stärker als schwächer.

Wenn wir das beherzigen, uns gegenseitig tief in unsere hübschen Augen schauen und uns sagen, wie wichtig Prävention beim Rechtsextremismus ist, der nämlich durch sein fremdenfeindliches Gedankengut ganz andere Wirkung entfaltet, dann können wir gelassen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entgegensehen. Vor Gericht und auf hoher See, meine Damen und Herren - das wissen wir -, sind wir alle in Gottes Hand. Aber einen solchen demokratisch und politisch für richtig erachteten Schritt aus Angst vor einer Niederlage nicht zu gehen, wäre ein Zurückweichen der Demokratie und des wehrhaften Rechtsstaates.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, bei allem Respekt vor Ihrem Antrag: Er kommt zu spät, weil der Verbotsantrag eingereicht ist.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist nicht wahr! Er war längst gestellt!)

Wir sind uns einig in der Frage der Prävention. Ich persönlich würde mich freuen, wenn Sie Ihren Antrag heute zurückziehen könnten; denn dies würde unterstreichen, dass wir uns im Ziel und auch in der Bewertung dessen einig sind, worauf es ankommt, nämlich das eine zu tun, ohne das andere zu lassen.

In diesem Sinne bedanke ich mich fürs Zuhören und bitte um Entschuldigung für die Überziehung der Redezeit; aber das musste einmal gesagt werden.

Danke schön.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich schließe nun die Beratung und komme zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der FDP in der Drs. 17/176 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde mit großer Mehrheit gefolgt.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun erteile ich Herrn Kollegen Busemann das Wort zu einer **persönlichen Bemerkung** nach § 76 unserer Geschäftsordnung. Bitte!

Bernd Busemann (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich, auch wenn wir alle in die verdiente Weihnachtspause wollen, zu Wort gemeldet, weil ich schon daran interessiert bin, dass der Umgang hier miteinander gepflegt, im Einklang mit der Geschäftsordnung und stilvoll geschieht und dass auch der Umgang zwischen Plenum und Präsidium zweifelsfrei und geklärt bleibt.

Ich darf daran erinnern, dass hier gestern eine Dringliche Anfrage zum Thema: „Ist der Verbraucherschutz bei dieser Landesregierung in guten Händen?“ behandelt worden ist. Seitens der CDU wurde die Anfrage vorgetragen, und die Landesregierung hat darauf geantwortet. Danach gab es, wie es sich gehört, die üblichen Zusatzfragen. Während der Behandlung dieser Anfrage wurde die Sitzung teilweise von mir als Präsident, teilweise vom Kollegen Bachmann geleitet. Wir haben die Sitzungsleitung sozusagen während der Behandlung der Dringlichen Anfrage übergeben.

Im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte heute Morgen hat sich der Kollege Tonne zu dem gestrigen Ablauf wie folgt eingelassen - ich zitiere ihn -:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich rückblickend die gestrige Diskussion über die Dringliche Anfrage anschaut, dann wird man feststellen müssen: Sie haben eine Anfrage zum Verbraucherschutz gestellt und haben dann die Anfrage mit missbräuchlichen Nachfragen erst einmal unzulässig ausgeweitet. Das wurde leider zugelassen.“

Ich darf an dieser Stelle festhalten, meine Damen und Herren, Herr Kollege Tonne: Kein Abgeordneter, welcher Fraktionszugehörigkeit auch immer, hat missbräuchliche Nachfragen gestellt, und kein Präsident - gemeint war wahrscheinlich ich; faktisch hätte es aber auch der Kollege Bachmann sein können - hat insofern unzulässigerweise Nachfragen zugelassen. Es ist mir schon wichtig, das festzustellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: Jetzt ist eine Entschuldigung fällig!)

Meine Damen und Herren, angesichts des Vorwurfs habe ich den GBD heute Vormittag gebeten,

den Ablauf auch von der rechtlich-sachlichen Seite zu prüfen. Der GBD hat mir entsprechend einen Vermerk zur Verfügung gestellt - ich darf Ihnen einige Sätze davon zur Kenntnis geben -, in dem er noch einmal darauf abhebt, er als GBD sei gebeten worden zu prüfen, ob der Präsident im Rahmen der Sitzungsleitung verpflichtet war, im Rahmen der Dringlichen Anfrage - Landtagsdrucksache 17/1006 - „Ist der Verbraucherschutz bei dieser Landesregierung in guten Händen?“ die den Gammelfleischskandal in Bad Bentheim betreffenden Zusatzfragen zurückzuweisen. Er weist darauf hin - das ist die Rechtslage -: Gemäß § 48 Abs. 3 Satz 4 unserer Geschäftsordnung müssen die Zusatzfragen zur Sache gehören und dürfen die ursprüngliche Frage nicht auf andere Gegenstände ausweiten.

Sodann beschreibt der GBD noch den Hintergrund der Fragestellung - es ging um Bad Bentheim, wie Sie sich erinnern - und sagt dann folgenden Kernsatz:

„Vor diesem Hintergrund stehen nach unserer Auffassung auch die Fragen, die den Fall Bad Bentheim und seine Behandlung durch die niedersächsischen Behörden betreffen, in dem notwendigen Sachzusammenhang zu dem Gegenstand der Dringlichen Anfrage. Denn sie thematisieren einen aktuellen in der öffentlichen Diskussion befindlichen Lebensmittelskandal und seine Behandlung durch niedersächsische Behörden.“

Ich darf feststellen, meine Damen und Herren: Weder haben sich die Fragesteller missbräuchlich verhalten, noch wurde von der jeweiligen Sitzungsleitung fehlerhaft geleitet.

Herr Kollege Tonne, das möchte ich Ihnen ausdrücklich noch einmal so sagen. Ich stelle es Ihrem Rechts- und Stilempfinden anheim, ob Sie die Sache bereinigen oder nicht.

Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank.

Ich komme zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts.

(Zuruf von der CDU: Keine Entschuldigung? - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Ich bitte noch kurz um Ihre Aufmerksamkeit!

Der nächste, der 11. Tagungsabschnitt ist für die Zeit vom 22. bis zum 24. Januar 2014 vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich mich im Namen des gesamten Präsidiums bei Ihnen bedanken und Ihnen und Ihren Familien frohe und erholsame Festtage und einen guten Start ins neue Jahr wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 14.24 Uhr.